Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

März 76 / 4. Jhg. Nr. Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: S. 4

Gegen die Minderheitenfeststellung!

Die Regierung plant die Beschließung eines "Volksgruppengesetzes", in dem angeblich die Rechte der Minderheiten in Österreich verankert werden sollen.
Vorher soll eine Minderheitenzählung durchgeführt werden, für die im März noch ein gesetzlicher Beschluß gefaßt werden soll.
Sie kann nur dazu dienen, festzustellen, in welcher Ortschaft den Minderheiten die Rechte zustehen sollen und in welcher nicht. Das sieht man eindeutig an der letzten Einigung über die Ortstafeln, nach der nur in Ortschaften mit über 25% Minderheitenanteil die Ortstafeln zweisprachig gemacht werden.
Es gibt unter den bürgerlichen Parteien verschiedene Ansichten darüber, ab welchem Prozentsatz die Rechte gewährt werden sollen.
Aber im wesentlichen sind sie sich darin einig, den Minderheiten die vollständige rechtliche Gleichstellung vorzuenthalten.
Wir Kommunisten treten gegen die Versuche auf, die Minderheiten zu bevormunden und ihre Rechte in Österreich einzuschränken. Denn die Diskriminierung der anderssprachigen Minderheiten richtet sich nicht nur gegen deren Interessen. Die bürgerlichen Parteien versuchen, eine Kluft zwischen den deutschsprachigen und den anderssprachigen Teilen des österreichischen Volks zu errichten bzw. aufrechtzuerhalten. Ihre Politik zielt auf eine Verewigung des nationalen Haders und der chauvinistischen Verhetzung ab. Indem sie gegen die einen hetzen und sie zu Staatsfeinden stempeln, versuchen sie die anderen Teile des Volks auf die Seite der Bourgeoisie zu ziehen, sie für ihre gesamte Politik einzuspannen und vom Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem abzulenken. Siehe Artikel Seite 18 u. 19

Aus dem Inhalt

Benzinpreiserhöhung

Staat und Ölkapital vereint gegen das Volk

Am ersten März ist die Erhöhung der Haftpflichtprämien um 7% in Kraft getreten. Ebenfalls seit 1. März wird der Strom um 10% teurer verkauft. Ministerium und E-Gesellschaften haben vereinbart, daß diese Erhöhung lediglich als "Akontierung" betrachtet wird und weitere Strompreiserhöhungen folgen sollen. Die Stromgrundgebühren wurden um 10% angehoben. Erhöht wird die Kfz-Steuer um 50% bis 200%. Letztere Erhöhung sei "sozial ausgewogen", meint die Arbeiterzeitung vom 10.2., denn *"rund 1,5 Millionen Autofahrer werden höchstens 25 Schilling (bei 1,5 Liter) und 60 Schilling (bei 2 Liter) im Monat zusätzlich zu zahlen haben."*
Diese "Ausgewogenheit" wird gleich näher erklärt: *"Da die großvolumigen Autos meist Dienst- oder Geschäftsfahrzeuge sind, fällt die Erhöhung (um 200% bei 2 Liter Hubraum) nicht direkt ins Gewicht..."*.
Was davon stimmt ist, daß für die Besitzer solcher Autos diese Erhöhung tatsächlich nicht ins Gewicht fällt. Handelt es sich um "Geschäftsfahrzeuge", dann wird eifrig von der Steuer abgeschrieben. Handelt es sich um den 450er Dienstmercedes von Gratz, dann zahlen von vornherein die Steuerzahler. Für die 1,5 Millionen "Mittelklassewagen"-Fahrer aber wird die Steuererhöhung ins Gewicht fallen. Der Staat hat aber keineswegs vor, sich damit zufriedenzugeben. Voraussichtlich noch im März wird der Benzinpreis erhöht werden. Siehe Artikel Seite 2

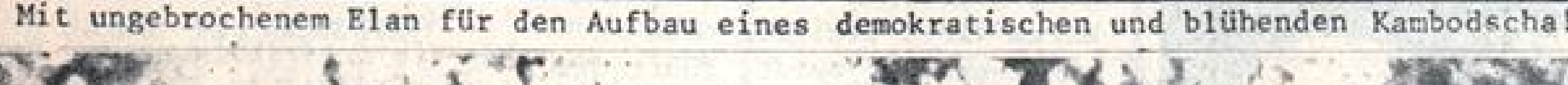
Demonstration gegen jede Form des Abtreibungsverbots

Das Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen hat für die Woche, in der das Volksbegehren der Aktion Leben im Parlament behandelt wird, eine Demonstration unter den Losungen "Gegen jede Form des Abtreibungsverbots" und "Für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" vorgeschlagen. Alle Menschen und Organisationen, die für das Recht auf Abtreibung eintreten, wurden aufgerufen an der Demonstration teilzunehmen und die Vorbereitungen aktiv zu unterstützen.

Der KB Wien hält die Demonstration zu diesem Zeitpunkt für einen geeigneten Schritt im Kampf gegen das Abtreibungsverbot und wird sie daher nach Kräften unterstützen.

Im Laufe des vorigen Jahres, in dem die Fristenlösung in Kraft trat, konnten viele Familien Erfahrungen mit dem neuen Gesetz machen und zeitweilig wurde sehr viel in der Öffentlichkeit diskutiert.
Der Charakter der Fristenlösung als eine neue Form des Abtreibungsverbots kam immer deutlicher zum Vorschein. Das Gesetz selbst und seine Auswirkung in der Praxis zeigen, daß es dem Volk keineswegs, wie vielleicht von vielen erwartet, das Recht auf Abtreibung gibt. In der Bevölkerung verbreitet sich daher immer mehr Unzufriedenheit und Empörung über die Fristenlösung. Der Kampf gegen das Abtreibungsverbot, dem mit der Einführung der Fristenlösung kurzfristig die Spitze genommen werden konnte, geht also weiter.

Fortsetzung Seite 16


Mit ungebrochenem Elan für den Aufbau eines demokratischen und blühenden Kambodscha!



FILMVERANSTALTUNG des KB Wien zum 1. Jahrestag der Befreiung Phnom Penh's
26. März 1976 im Porrhaus, 1040 Treitlstr. 4, 19 Uhr

Benzinpreiserhöhung

Staat und Ölkapital vereint gegen das Volk

Bereits seit etlichen Wochen spielen Regierung und Ölkapitalisten Komödie um den Benzinpreis. Einig sind sie sich darüber, daß dem Volk neue Lasten aufgebürdet werden müssen, daß für beide - Ölkonzerne und Staat - ein ordentlicher Brocken abfallen muß, daß das Volk auch gleich die "Notstands"lager mitbezahlen soll, für deren Errichtung sich die österreichische Bourgeoisie im Rahmen ihrer Energie-Agentur-Mitgliedschaft verpflichtet hat. Einig sind sie sich also, wer zahlen soll, uneinig sind sie sich noch, wieviel für die Lager auf den Benzinpreis aufgeschlagen werden soll und wieviel über Steuern oder staatliche Subventionen hereingeholt werden soll.

Gegen die Mineralölsteuererhöhung gegen die Kfz-Steuererhöhung

Groß angekündigt wurden die Lanc-Pläne für den Autobahnausbau. Die Mittel dafür sollen zum Teil aus der Kfz- und Mineralölsteuer, zum Teil aus Atuobahnmauten "möglichst rasch bereitgestellt werden, um Arbeitsplätze zu sichern" (AZ, 10.2) Letzteres ist eine glatte Lüge: denn 1975 sind *"ohne Mineralölsteuererhöhung und Bemautung 66 km Autobahn fertiggestellt worden, während in Zukunft nur 55 km durchschnittlich vorgesehen seien"* (Wiener Zeitung, 26.2.) Es wird also weniger gebaut. Vielleicht meint die Arbeiterzeitung die Arbeitsplätze jener "Experten", die das Bautenministerium eingesetzt hat, um Einsparungen beim Autobahnbau zu erzielen. Davon ist ein Vorschlag bekanntgeworden, die Kurvenradien enger zu ziehen. Man erspart sich da einige Meter Autobahn, dafür wird die Straße gefährlicher. Das Bautenministerium allerdings hat einen festen Standpunkt. Über die Autobahnmaut befragt, kam die Antwort: "Uns ist alles recht, was mehr Geld für den Straßenbau bringt". (Die Wirtschaft, 17.2). Tatsächlich beweist der Staat aber schon seit Jahren, daß er nicht fähig ist, die zusammenbrechenden Verkehrsverhältnisse in den Griff zu bekommen. Sie werden gerade noch aufrechterhalten oder ausgebaut für den "Wirtschaftsverkehr", der öffentliche Massenverkehr wird nicht ausgebaut sondern eingeschränkt und teurer. Kein Wunder, wenn zur Sanierung der Profithaie Steuermilliarden verpulvert werden oder etwa staatliche Milliardengarantien für "politisch riskante" Exportgeschäfte den Kapitalisten versprochen werden. Aber für die Besorgung von deren Geschäften und Interessen ist der Staat da und weil das so ist, kann er keine Rücksicht nehmen auf die Interessen des Volkes. Genauso rücksichtslos gegenüber dem Staat sollten aber auch wir sein und die neuen 50 Steuergroschen auf den Liter Mineralölprodukt - von Benzin bis Heizöl - ablehnen.

Was den Kapitalisten nützt und dem Volk nichts bringt, das soll der Staat auch von den Kapitalisten holen - durch deren schärfere Besteuerung!

»Notstands«-Lager und Energie-»Sicherung« bringen dem Volk überhaupt nichts

Zum Termin der Benzinpreiserhöhung gibt sich Staribacher standhaft:

"Es bleibt dabei, daß ein höherer Benzinpreis erst dann bewilligt wird, wenn im Parlament die Einigung über die Energiesicherung erzielt ist" (AZ, 10.2.).

Warum diese Einigung noch nicht erzielt wurde, führt das SP-Blatt auf *"die Haltung der österreichischen Statthalter der multinationalen Konzerne zurück... Diese wollten eine "Umlage" genannte Steuer auf den Benzinpreis, mit deren Hilfe ein neuer Apparat zur Verwaltung der Vorräte finanziert werden sollte."*

Das ist nichts als Heuchelei. Die Regierung will keine "Umlage" sondern einen "vertretbaren Aufschlag" und den Rest über staatliche Subventionen und einen billigen Nationalbankkredit. Der "Apparat", den die Regierung meint, - wiederum aus Steuergeldern finanziert - wird eine "Lagerhaltungsgesellschaft" sein, an der die ÖMV mit 51% und die inländischen Tochterfirmen der internationalen Ölkonzerne mit 49% beteiligt sein werden. Das Gezerre, wie dem Volk das Geld für die Lagerfinanzierung am besten abgepreßt werden soll, ist lediglich Ausdruck der Konkurrenz zwischen der ÖMV und den ausländischen Konzernen.

Die ÖMV ist der größte Mineralölkapitalist am Inlandsmarkt und will auch die Lagerhaltung kontrollieren. Sie deckt "mit ihrer Raffineriekapazität zur Zeit rund 75% des österreichischen Mineralölproduktenverbrauchs" (aus: Regierungsvorlage zum "Übereinkommen über ein internationales Energieprogramm", 9.5.1975). Der Standpunkt der ÖMV ist auch der Standpunkt der Regierung. In den wesentlichen Fragen sind sich ÖMV, Konzerne und Regierung allerdings einig: Daß der Benzinpreis um 1.- bis 1.50.- hinaufgetrieben wird und jeder der drei einen ordentlichen Bissen bekommen soll.

Für das Volk Einschränkungen - »Bevorratung« für die Kapitalisten und das Militär

In der "Wiener Zeitung" vom 18. Februar spricht sich der ÖAMTC zwar nicht gegen die Lagerfinanzierung durch das Volk aus, muß aber zugeben, daß "die Kraftfahrer...im Notstandsfall keine Zuteilungen aus den Treibstoffreserven erhalten würden." Das Energiesicherungsgesetz, das demnächst beschlossen werden soll, sieht nämlich vor allem "die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsverkehr s" (§ 32 der Regierungsvorlage) vor, sowie die Verfügbarkeit des Treibstoffes für das Militar bzw. für die übrigen Mitgliedsländer der Energie-Agentur (IEA).

Für die Unterstützung der NATO im Kriegsfall (siehe Artikel über die "Umfassende Landesverteidigung", Seite 9), für die Sicherheit der Profitproduktion in "Krisenfällen", für die Mitgliedschaft der österreichischen Bourgeoisie an einer imperialistischen Erpresserorganisation unter US-Führung (wie die IEA eine ist und deren Politik der Linie folgt, "das OPEC-Kartell zu sprengen oder wenigstens zu unterminieren" - Neue Zürcher Zeitung, 28.2.76), für die Teilnahme also der österreichischen Kapitalistenklasse an der Sabotage des gerechten Kampfes der 3.Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung -

FORTSETZUNG AUF SEITE 13





Kämpfer der FPOLISARIO (Befreiungsfront für Sahara)

Am 27. Februar hat der Generalsekretär der FPolisario (Volksfront für die Befreiung Saguiet al Hamras und Rio de Oro), El Ouali, die "Demokratische Arabische Republik Sahara" ausgerufen. Bereits 21 der 47 Mitgliedsstaaten der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) haben den neuen Staat anerkannt. Die militärischen Erfolge der FPolisario gegen die marokkanischen und mauretanischen Invasionsarmeen zeigen, wie unerschütterlich die Saharauis für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen. So eroberten Ende Jänner Befreiungskräfte der FPolisario den mauretanischen Stützpunkt Ain-Ben-Titi.

Dem gerechten Kampf des saharauischen Volkes ist die Unterstützung der Völker der Welt gewiss.

ES LEBE DIE FPOLISARIO !

ES LEBE DIE DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA !

Krankenkassen »gesundschrumpfen« - das Volk krankschröpfen

zu Selbstbehalt und Spitalsfinanzierung

Weissenberg, Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherung und designierter Sozialminister, hat in einer Pressekonferenz Alarm geschlagen: Das Defizit der Krankenkassen betrage für 1975 500 Millionen und für 1976 sei eine Milliarde zu erwarten (AZ 10.2.) . Nur wenn alle Sparmaßnahmen ergriffen werden, könne man 1976 ohne Beitragserhöhung auskommen (Presse 10.2) "Dabei ist an Einsparungen auf allen Sektoren- Arzthonorare, Arzneimittel, sowie Verwaltung der Krankenanstalten- gedacht".(AZ 10.2.)

Er schlägt vor, daß die Versicherten in Zukunft ihre Medikament mehr als bisher bezahlen sollen. Denn zur Zeit würden von den 6.800 auf dem österreichischen Markt erhältlichen Medikamenten 4.800 von der Krankenkasse bezahlt, was auch in den letzten 5 Jahren die Kosten von 2 auf 3,5 Milliarden hinaufgetrieben hat. Sametz, ein Vertreter der steirischen Gebietskrankenkassen, spricht offen aus, was Weissenberg vorläufig wohl für sich behält: In Wirklichkeit seien für alle Krankheiten nur 500 Medikamente notwendig (Presse 10.2). Häuser selbst hat schon im Juni verganenen Jahres den Selbsterhalt bei Medikamenten befürwortet, als er den Vorschlag der Ärztekammer nach Einführung eines Rückerstattungssystems ablehnte. Jetzt sollen also mit dem berüchtigten Selbstbehalt Milliardenkosten auf die versicherten Lohnabhängigen abgewälzt werden. Die bei den Landwirtschaftskassen versicherten Bauern können bereits ein Lied davon singen, weil es für sie den Selbstbehalt schon seit 1967 gibt: Immer weniger gehen zum Arzt, weil sie die Kosten fürchten.

Welche Reform wird angestrebt?

Tatsächlich ist eine Reform des Gesundheitswesens dringend. Auf der einen Seite spitzen sich die Spitals- und Medikamentenkosten zu, während auf der anderen Seite das staatliche Budget schrumpft (heuer um 9,5 %) und die Defizite der Krankenkassen zunehmen. Kein Wunder, daß sich allseits ein Geschrei erhebt, es sei "kurz vor zwölf" und "man müsse spätestens 1976 zu einer Neuordnung (der Spitalsfinanzierung) kommen, will man die Beiträge nicht erhöhen." (Weissenberg in der "Presse" 10.2).

Der Hauptverband der Sozialversicherung hat sich dem Häuser-Vorschlag nach Errichtung eines 'Pools' angeschlossen. In einen solchen Krankenanstaltenfonds sollten Länder, Gemeinden, und die Krankenkassen einzahlen, und entsprechend ihrem Gewicht über die Ausgaben entscheiden. Und da zur Zeit die Krankenkassen die Hälfte des 15 Milliarden Spitalsbudgets zahlen, würden sie auch zur Hälfte mitbestimmen. Schließlich hätte Häuser gesagt:" Wer zahlt, soll entscheiden",meinte Weissenberg auf seiner Pressekonferenz (Presse 10.2). Es gehe nicht an, daß Länder und Gemeinden, die ja nur einen verschwindend geringen Teil der Spitalskosten bezahlen, gänzlich über ihre Spitäler bestimmen, die ja mehr als die Hälfte aller Krankenhäuser in Österreich ausmachen. Es müsse eine "Zentralisierung der Spitalsfinanzierung" stattfinden.

Das miserable Gesundheitswesen soll uns jetzt noch mehr kosten

Was ist vom Häuser-Weissenbergreformplan zu erwarten? Bekommt ein gewöhnlicher Pflichtversicherter dann leichter ein Bett ? Verbessert sich etwa die Qualität der gesundheitlichen Versorgung ? Nehmen die Wartezeiten in den Ambulanzen und Ambulatorien ab ? Wird die Bürokratie in den Krankenhäusern geringer?

All das ist sicherlich nicht zu erwarten. Nur kosten soll es uns mehr. Durch Einführung des Selbstbehalts sowie die geplante Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenversicherung auf 9.000.- hoffen sich die Krankenkassen finanziell gesund zu schrumpfen. Ausdrücklich hat der Hauptverband in seiner Zeitung festgestellt, daß nur durch progressiv steigende Steuern die Kostenexplosion zu bremsen sei.("Spitälerfinanzierung durch Krankenkassen unmöglich" in "Sozialer Sicherheit" 2/76). Die versicherten Lohnabhängigen sollen also durch weitere Gesundheitsschillinge, Krankenhausmaut usw. weiter krank geschröpft werden.

Was aber den versicherten Lohnabhängigen nützt, ist keinesfalls eine Streiterei darüber, ob durcherhöhte Steuern, erhöhte Krankenkassenbeiträge oder verstärkte direkte Bezahlung durch die Versicherten selbst die Spitäler saniert werden sollen. Die heutigen Diskussionen zwischen Regierung und Sozialversicherung drehen sich ja nur darum, auf welche Weise die wachsenden Kosten bei den Spitälern und Medikamenten auf die Versicherten abzuwälzen sind. Was wir brauchen, ist die volle Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten. Denn ein verbesserter Gesundheitsschutz soll von jenen bezahlt werden, für deren Profit die versicherten Lohnabhängigen ihre Gesundheit und Lebenskraft zu Markte tragen.

Die Sozialversicherung muß einheitlich sein!

"Eine Krankenkasse für alle" hat vor kurzem der SP-Gemeinderat und Klagenfurter Spitalsdirektor Posch gefordert. Denn damit könnten die im letzten Jahr um 16,6% gestiegenen Verwaltungskosten der Krankenkassen "spürbar" gesenkt werden (AZ 14.2.). Häuser meinte dazu: das sei "ein Entwicklungsprozeß von 15-20 Jahren." (Kurier 6.1.) Was ihm vorschwebt, ist offenbar ein technokratischer, gutgeölter, einheitlicher Versicherungsapparat an Stelle eines zersplitterten, verbürokratisierten Krankenschutzes. Dies ist das deklarierte "mittelfristige Ziel" (Kurier 6.1.) und gut Ding braucht Weile.

Tatsächlich brauchen wir heute eine einzige Krankenkasse für alle Lohnabhängigen. Aber nicht deshalb, um dann noch besser im Gesundheitswesen zu rationalisieren und die Kosten aufs Volk abzuwäl-

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Das Warten soll jetzt teurer werden.

Psychotherapeutische Ambulanz Myrthengasse:

Patienten gegen Schrumpfungspolitik

Eine erste Bewegung von Versicherten ist in Wien gegen die "Gesundschrumpfungspolitik der Krankenkasse entstanden.

Es geht um die Psychotherapeutische Ambulanz der Wiener Gebeitskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, die bis an die Grenze der völligen Wirkungslosigkeit zusammenschrumpfen soll.
Im Jahr 1975 betrug die Anzahl der Behandlungen ca.11.000, wobei hervorzuheben ist, daß sie im wesentlichen von einem (!) Arzt, dem einzigen analytisch ausgebildeten Psychotherapeuten der Ambulanz durchgeführt wurden. Dieser Arzt, der der Leiter der Ambulanz ist, soll nun (ein Funktionär der Krankenkasse: "...straffe Fürhung muß her!") durch einen Neurologen ersetzt werden.

In der Zeit der ständigen Schrumpfung der Ambulanz (1971 etwa waren noch bis zu 6 Psychotherapeuten beschäftigt) wurde immer wieder versichert, daß die Ambulanz zu einem eigenständigen Ambulatorium erweitert werden solle, daß ein dahingehender Antrag beim Gesundheitsamt bereits eingebracht sei. Nun soll es für die ca.15% der rund einen Million Versicherten, die einer psychotherapeutischen Behandlung bedürfen (Schätzung des früheren Leiters der Ambulanz) praktisch kaum mehr Behandlungsmöglichkeiten im Rahmen der Leistungen der Sozialversicherung geben.
Dagegen hat aber jetzt ein Patientenkollektiv den Kampf aufgenommen. Sie haben ein"Komitee für die Erweiterung der psychotherapeutischen Ambulanz in Wien" gegründet, das in einer Unterschriftensammlung die Forderung der Erweiterung der Ambulanz zu einem eigenständigen Ambulatorium erhoben hat.
Es führte auch eine Unterredung mit Funktionären der Wiener Gebietskrankenkasse durch und wurde von ihnen wie folgt abgekanzelt:
"Warum sollen wir ein psychotherapeutisches Ambulatorium einrichten, wir brauchen noch viele andere Dinge!"
Auf die Frage, warum der Psychotherapeut durch einen Neurologen ersetzt würde:
"Das hat sie nicht zu interessieren!" und schließlich:
"Es wird nichts verändert, es ist kein Bedürfnis vorhanden, wir werden kein selbständiges Ambulatorium errichten."

Im Kurier vom 2.1.1976 erklärte dann Krankenkassengeneral Pascher ungerührt: "Wir sind schließlich nicht dazu da, alles zu realisieren was sich die Wissenschaftler so ausdenken....".

Damit haben sich die Patienten jedoch nicht abspeisen lassen. In einer öffentlichen Versammlung, die im März stattfinden wird, sollen die Krankenkassenfunktionäre Sekanina und Dallinger Rechenschaft ablegen über ihre rücksichtslose Politik der ständigen Einschränkung der gesundheitlichen Versorgung der versicherten Werktätigen.

G.F.

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Krankenkasse...

zen, sondern um einen einheitlichen und verbesserten Krankenschutz für alle Lohnabhängigen zu erreichen, einen Krankenschutz, der die Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht.

Heute kann von einem einheitlichen Krankenschutz kaum die Rede sein. In 24 verschiedene Krankenkassen zersplittert, hat jede eine eigene Verrechnung, die noch dazu getrennt für Arbeiter und Angestellte läuft. Ein Beamter beispielsweise bekommt im Rahmen einer Pflichtversicherung automatisch ein Kassebett. Ein Bauer dagegen muß die Behandlung eines Arzte selbst bezahlen und bekommt nur einen Teil von der Krankenkasse zurück. Überhaupt wird für Beamte viermal so viel für ärztliche Hilfe ausgegeben als für Landarbeiter und Bauern. Auch die Leistungen der Gebietskrankenkassen unterscheiden sich beträchtlich. In Oberösterreich wurden pro Versichertem im Jahr 3.105.- ausgegeben, während im Burgenland nur 2.513.- (1973) ausgegeben wurden. Deshalb schließt heute jeder, der sichs leisten kann, eine private Zusatzversicherung ab. Das sind immerhin 12-15 % aller Hilfs-und Facharbeiter und 50% aller höheren Angestellten und Beamten. (Sämtl.Zahlen aus: "Systemanalyse des Ges undheitswesens in Österreich").

Einheitlicher verbesserter Krankenschutz ist aber undenkbar ohne eine einheitliche Krankenkasse, die das gesamte Gesundheitswesen kontrolliert, eine Krankenkasse, die selbst verwaltet wird: Die Leitung muß von den Versicherten selbst gewählt werden. Und die Kapitalistenvertreter, die heute mehrheitlich in den Überwachungsausschüssen sitzen, begründet mit dem abgedroschenen Argument, daß sie ja die Hälfte der Beiträge bezahlen, (obwohl sie die Sozialversicherungsbeiträge selbst zu den Lohnkosten zählen) sollen sich fortscheren.

M.B.

Schrack-Waidhofen sperrt für zwei Monate

Das erst vor zwei Jahren gebaute Werk von Schrack in Waidhofen sperrt nun einmal für zwei Monate zu. 2oo Beschäftigte wurden in eine Umschulung geschickt, wo sie 8o - 85 % des vorherigen Lohnes erhalten. Gleichzeitig mit dieser Sperre geht ein verstärkter Abbau und Reduktion von Produktionsstätten im Wiener Werk vor sich, und auch im Werk Diemling wurden in den letzten Monaten 35 Arbeiter gekündigt.

Konkurs der Grazer ATS-Bank

Dieses Lockinserat erschien noch zur Zeit der Verhaftung des Bankdirektors der ATS-Bank, Melcher, in bürgerlichen Zeitungen



Konkurse gehören in der kapitalistischen Gesellschaft zum Alltag. Dies gilt ganz besonders in Zeiten, wo sich die Konkurrenz der Kapitalisten um die Aufteilung der von der Arbeiterklasse produzierten Profite verschärft. Dann häufen sich die Konkurse, wie sich das gegenwärtig ganz drastisch zeigt. Aber um diese normale Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft macht die bürgerliche Presse im allgemeinen kaum ein Geschrei.

Zum Geschrei aber reizt sie geradezu der Krach der Grazer ATS-Bank. Erstens, weil es bei einer Bank verhältnismäßig viele Beteiligte gibt, die sich um die Millionen raufen. Zweitens, weil der ATS-Krach einen spektakulären Höhepunkt hatte:
Am 17.Februar wurde der Direktor der Bank, Horst Melcher, verhaftet. Wegen "Verdacht auf Untreue, sowie auf fahrlässige Krida und Betrug". Zwei Tage später der am 16.2. als Geschäftsführer der Volksbank Ferlach vom Dienst suspendierte Herbert Drmola - wegen "Verdacht auf Beihilfe zur Veruntreuung".
Die bürgerliche Presse schätzt einen entstandenen Schaden von über 100 Millionen Schilling.

Von Interesse ist bei dieser Geschichte nicht, daß kleine Sparer um ihr Geld geprellt wurden - die ATS-Bank war zwar eine kleine Bank, aber kleine Sparer hatten mit ihr nichts zu tun: Einlagen unter 100.000 Schilling nahm sie fast nie an.

Von Interesse ist dagegen vor allem einmal, was zu diesem Bankenkrach geführt hat; und weil im Verlauf des ATS-Sturzfluges auch andere Banken und Institute ins Schleudern gekommen sind: Wer dazu beigetragen hat und in welchem Interesse.

Hohe Zinsen und »schwarze« Gelder

Seit Jahren war die ATS-Bank ein Vehikel verschiedenster Großbanken, Versicherungen und Spekulanten für allerlei undurchsichtige oder besonders riskante Geschäfte und Transaktionen. Sie lebte davon, daß sie sich Kapitalgeber angelte, die ihre Millionen und Schwarzgelder, die sie bei der Steuer verheimlicht hatten, zwar möglichst profitträchtig anlegen, selbst aber möglichst wenig Risiko eingehen wollten. Eine "normale" Bank kommt dafür nicht unbedingt in Frage - sie brachte zuwenig Zinsen oder stellte zuviel Fragen. Diese Lücke füllte die ATS-Bank. Sie bot ihren Einlegern bis zu 13% Zinsen (bzw.9% bei jederzeit behebbaren Einlagen)-was verschiedene Institute reizen mußte.Die Zeitschrift "Profil" nannte "neben solchen Größen wie der Anglo-Elementar-Versicherung (13,8 Millionen S ATS-Einlagen) und dem Pensionsfond der Steirischen Ärztekammer (5 Millionen) vor allem :

- die Landeshypothekenanstalt Burgenland (rund 20 Millionen Schilling),
- die Landeshypothekenanstalt Oberösterreich (ursprünglich 20 Millionen Schilling, von denen zehn Millionen bereits zurückgezahlt wurden),
- die Kirchenbank Schelhammer & Schattera (rund 6 Millionen Schilling) und
- die Volksbank Wien-Landstraße (rund 7 Millionen). Was von ihnen allerdings heftig bestritten wird."

Soweit Profil. Dazu kommen freilich noch "kleinere" Einleger, die mit insgesamt ca. 14 Millionen S in der ATS stecken; z.B. das Stift Admont, einer der größten Großgrundbesitzer der Steiermark, dessen geschäftstüchtiger Abt Kolomann Holzinger die Mitteilung machte: "Wir waren aber nur mit einem minimalen Betrag (unter einer Million Schilling) drinnen und haben keinen Schilling verloren." (Kleine Zeitung, 21.2.)
Mit diesen Millionen mußten Melcher und seine Bank nun jonglieren. Das ging solange gut und ohne besondere Schwierigkeiten, solange die Kapitalisten in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase ihre Produktion ausweiten, Investitionen vornehmen und daher eine große Nachfrage nach Krediten vorhanden war. Besonders kleinere Unternehmen müssen, wenn sie am Wirtschaftsboom mitnaschen wollen und Kredite abbekommen wollen, dabei auch höhere Zinsen in Kauf nehmen.
Solches Jonglieren wird aber auch schwierig, sobald das Ausmaß der kapitalistischen Krise zunimmt, die Absatzschwierigkeiten steigen, das Risiko bei ohnehin schon riskanten Projekten größer wird und vor allem : sobald aber das ganze Bankkapital in Geld schwimmt, nicht weiß, wohin damit-und daher die Kreditzinsen senkt, um es loszuwerden.

Die »gewagten« Projekte der ATS-Bank

Die ATS-Bank vergab also Kredite unter anderem :

- für den Bau des "Anabella"-Bordells in Traun/Oberösterreich, das ein Glied in einer ganzen Kette derartiger Häuser in ganz Europa werden sollte - und pleite ging;
- für ein Motel in Tillmitsch bei Leibnitz (an der Gastarbeiterroute) - das an allen Ecken und Enden verschuldet und belastet ist;
- für die Linzer "Spezialtechnik GmbH", eine Firma, die sündteure Spielautomaten an den Mann bringen sollte -

und aus den Absatzschwierigkeiten nicht herauskam;

- für den Bau eines Kurzentrums in Laßnitzhöhe bei Graz, in das bis jetzt über 30 Millionen Schilling gepulvert wurden und das nunhalb fertig-vor dem Konkurs steht. Der wiederum eine Kettenraktion von Pleiten Dutzender Kleinunternehmer von Laßnitzhöhe und Umgebung, die die bisherigen Bauten ausgeführt haben, nach sich ziehen dürfte und hunderte Arbeiter arbeitslos macht.

Das sind einige der ATS-Projekte, von denen in den Zeitungen in den letzten Wochen und Monaten geschrieben wurde, weil sie sich abenteuerlich anhören.

Die durch diese Projekte verspielten Millionen brachten die Bank in Zahlungsschwierigkeiten. Daher leitete der von dem oststeirischen Großgrundbesitzer und Expräsidenten der ATS-Bank Graf Stürgkh zum Bankier gemachte Eigentümer der ATS-Bank, Horst Melcher, Verkaufsverhandlungen mit der Postsparkasse ein. Diese hatte und hat großes Interesse daran, in das Kreditgeschäft einzusteigen, das sie selbst, außer mit dem Staat, nicht betreiben darf: Das Postsparkassengesetz erlaubt ihr nur den Postscheck - und Sparverkehr; sie darf keine Kredite an Kapitalisten gewähren, noch sich durch Aktien an Unternehmen beteiligen. Durch eine Übernahme der ATS-Bank hätte sie diese Hürde genommen.

Nur nicht ins Gerede kommen

So waren Ende Dezember 1975 die Verhandlungen "schon sehr weit gediehen". Sie kamen zu keinem Abschluß, weil "eine Einigung zwischen Melcher und der Postsparkasse zu dem wegen der Bilanzerstellung wichtigen Jahresultimo nicht zustandegekommen war". (Kleine Zeitung, 3.2.) Sie zögerten sich immer mehr hinaus und wurden schließlich abgebrochen, vor allem, weil "der übrige Kreditapparat" gegen den Einstieg der Postsparkasse ins Bankgeschäft vehement protesierte. "Wohl mit beifälliger Unterstützung der Großbanken" (Profil) und "ohne die sonst im Bankgeschäft übliche Diskretion" (Kleine Zeitung) wurde auf die Zahlungsschwierigkeiten der ATS-Bank hingewiesen und "die merkwürdigen Gesetzpraktiken" Melchers "nach und nach ans Licht gebracht". "Der ATS-Bank passierte das Schlimmste, was einem in der Geldbranche zustoßen kann : Sie kam ins Gerede." (Profil) Was soviel heißt wie : In der "Geldbranche" ist alles "merkwürdig", nur ist darüber der Schleier der Diskretion und der Geheimhaltung gehüllt und so fällts nicht auf. - Was auch auf die "Geschäftspraktiken" Melchers zutrifft, die sich keineswegs in besonderer Weise von den üblichen kapitalistischen Umgangsformen unterscheiden.

"Vom kleinen Bankbeamten zum Bankdirektor"

Horst Melcher war noch bis vor kurzem Liebling der bürgerlichen Presse. Er diente ihr als Beispiel für den Aufstieg eines Mannes "vom kleinen Bankbeamten zum geschäftstüchtigen Bankdirektor". Heute wird davon nicht mehr gesprochen. Hingegen wird ihm von denselben Leuten seine "Unfähigkeit" im Konkurrenzkampf um die Aufteilung der von der Arbeiterklasse produzierten Profite vorgeworfen, wird ihm vorgehalten, daß er ausgeliehene Millionen in "riskante bis aussichtslose Unternehmungen" steckte, für sich selbst "zuviel" einsteckte usw...

Fest steht aber spätestens seit seiner Verhaftung, was Kripchef Grosslercher mitteilte :
"Die Geldgeber, es handelt sich bekanntlich um die Landeshypothekanstalten von Oberösterreich und Burgenland, 2 Versicherungen, die steirische Ärztekammer und 2 sehr angesehene Bankinstitute, 'müssen gewußt haben, wohin die Gelder gehen'". (Kleine Zeitung, 24.2.) Dasselbe teilte wenige Tage vorher das Finanzministerium mit. (Kleine Zeitung, 21.2.)

Die Katholische Kirche z.B., Haupteigentümerin der Bank, Schellhammer &Schattera, die in der Kleinen Zeitung (Eigentümer Katholischer Preßverein) nur unter : "Sehr angesehenes Bankinstitut" genannt wird und mit rund 6 Millionen S in der ATS-Bank steckt, muß demnach also gewußt haben, daß ihre Millionen beispielsweise ins "Anabella"-Bordell investiert worden sind. Nicht kann sie sich darauf ausreden, daß der Bankrott des Bordells durch göttliche Führung zustande gekommen ist, sondern gegen ihre erklärten und beabsichtigten Profitinteressen.
Und so ähnlich ist es wohl bei allen anderen ATS-Einlegern, die sich, angelockt durch hohe Zinsen, verspekuliert haben.

Melcher und seine ATS-Bank waren ihr Vehikel, das ihnen allerlei Geschäfte und Profite erschloß. Daß Melcher selbst dabei nicht leer ausgehen wollte, liegt nur in der Natur einer solchen Wirtschaft.

K.W., KG-Graz

Industrieproduktion sank um 6;2%

Im vergangenen Jahr ist die Produktion der österreichischen Industrie um 6,2% zurückgegangen. Bei den Konsumgütern machte der Rückgang im Jahresdurchschnitt 8,9% aus und bei den Investitionsgütern 9,8%.

Bauwirtschaft - ein Drittel mehr Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit der Baubranche lag im Jänner 1976 mit 27.397 Arbeitslosen um 33,2% über dem Jänner des Vorjahres.
(laut Bericht der Vereinigung industrieller Bauunternehmer Österreichs)

Strumpffabrik Roylon sperrt zu

Der BRD Strumpfkonzern Kunert hat beschlossen, seinen Produktionsbetrieb in Österreich, Roylon in Bregenz, aufzulassen. Damit werden mindestens 200 der jetzt dort Beschäftigten arbeitslos. Von den 400 Arbeitern und Angestellten sollen etwa 80 Gastarbeiter nach Immenstadt in das "Stammhaus" mitgenommen werden, und etwa 100 bis 120 Verwaltungskräfte sollen im weiter bestehenden Zentrallager bleiben. Die Verbleibenden 200 sollen jetzt, laut Arbeitsamt Vorarlberg, den anderen Textilunternehmen des Landes "offeriert" werden. Was allerdings bei dem dauernden Abbau von Arbeitern in der Vorarlberger Textilindustrie ziemlich erfolglos verlaufen wird.

Grundmann beabsichtigt massive Kündigungen

Im Laufe des letzten Jahres wurde in der Gießerei Grundmann in Herzogenburg gewaltig investiert. Mit einem Kredit von 247 Millionen Schilling wurde die Fabrik auf den neuesten Stand gebracht, die Produktion erheblich vergrößert. Das einmal erreicht, sieht sich die Firmenleitung imstande, auf einen Teil der dort Beschäftigten zu "verzichten", sie zu kündigen. Nach offiziellen Mitteilungen soll Anfang Mai von den derzeit 1.000 Arbeitern und Angestellten mindestens 10% gekündigt werden. Doch nach internen Informationen soll die Zahl wesentlich höher, an die 500, liegen. Danach wird die Lage im Traisental für die Arbeiter und Angestellten ziemlich schlecht werden, da ein Teil der vor einiger Zeit anläßlich der Pleite der Gießerei Schmidt in Wilhelmsburg Gekündigten, auch noch keine Arbeit gefunden hat.

546 Tote bei Arbeitsunfällen

Die Gesamtzahl der registrierten Arbeitsunfälle betrug im Jahre 1975 172.097 (!). Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle 546. Am meisten gefährdet sind die Arbeiter in der Metall- und in der Bauindustrie. Auf 100 Bauarbeiter entfallen im langjährigen Durchschnitt pro Jahr 15 Unfälle und bei den Metallarbeitern beträgt die Zahl der Unfälle 14 pro Jahr.

Jänner 1976 : offiziell 97.000 Arbeitslose

Ende Jänner wurden in Österreich offiziell 97.o2o Arbeitslose gezählt. Gegenüber dem Vormonat, dem Dezember 1975, bedeutet das eine Zunahme von 12.824 oder um 15 %. Gegenüber dem Vorjahr, dem Jänner 1975, ist die Zahl um 22.353 oder um 3o % angestiegen.

Gleichzeitig mit dem Steigen der Zahl der Arbeitslosen ist die Zahl der offenen Stellen im gleichen Zeitraum von 38.oo5 auf 2o.511 gesunken. Mit Ausnahme einer Branche ist die Zahl der Arbeitslosen überall angestiegen. Am stärksten war die Zunahme bei den Metall- und Elektroarbeitern, wo sich die Zahl der Arbeitsuchenden im Laufe eines Jahres verdoppelte, bei den Bauarbeitern, den Hilfsarbeitern und bei den Verwaltungsberufen stieg die Zahl um 64 % an.

GOERZ-ELECTRO sperrt Werk Schwarzenau

Nach längerem Hin und Her beschloss die dem Brown Boveri-Konzern gehörende GOERZ-Elektro ihr Zweigwerk in Schwarzenau/Bezirk Gmünd zu schliessen. Damit verloren etwa 4o Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Das Werk Schwarzenau war von der GOERZ erst in den 6oer-Jahren gegründet worden, um die dort besonders billigen Arbeitskräfte ausnützen zu können. Die Löhne dort lagen zum Teil um 5o % unter denen des Wiener Werkes, was für die Kapitalisten natürlich eine gewaltige Einsparung bedeutete. Jetzt in der verschärften Krise und Kurzarbeit im Wiener Werk stellte sich das zusätzliche Werk als Belastung heraus. Also wird zugesperrt - und die Arbeiter sollen schauen, wie sie über die Runden kommen.

Siemens-Konzern beschließt Werksstillegung

Das Werk Heiligeneich/Bezirk Tulln, des Siemens-Konzerns wird mit 31.Juli gesperrt. Damit verlieren etwa 80 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz. In diesem Werk wurden Relais und diverse elektronische Bauteile erzeugt. Obwohl das Werk erst 1961 gegründet wurde, ist es heute für die Siemenskapitalisten profitabler, das Werk zu schließen, und die Arbeiter rauszuschmeißen.

BRD:1;3 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im Jänner um 127.600 auf 1,351.000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote erreichte damit 5,9 %. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug zum gleichen Zeitpunkt 743.000.

Brand in der Chemiefabrik HIAG

Tausende Liesinger gefährdet



HIAG. Ein herabgestürzter Tank in der zerstörten Halle

Ende Februar fing durch einen Kurzschluß eine Mischanlage Feuer. Es bestand höchste Explosionsgefahr, da in unmittelbarer Nähe 500 Tonnen Methanol (explosive Alkoholverbindung) gelagert werden. Schon allein durch die gewaltige Hitze hätten diese 500 Tonnen in die Luft fliegen können. 120 Feuerwehrleute hätten ihr Leben wahrscheinlich verloren, aber auch die Bewohner der nur 50 Meter entfernten Gemeindesiedlung waren bedroht.

Schon seit Jahren führen die umliegenden Bewohner einen Kleinkrieg gegen die HIAG-Chefs. Jeder, der in der Unterliesingsiedlung wohnt, weiß, wenn's nach Essig stinkt, gibts Niederdruckwetter oder Südwind. An manchen Tagen ist es so arg, daß man die Fenster nicht öffnen kann, will man nicht den säuerlichen Gestank in der Wohnung haben. Ein Vertreter der österreichischen Umweltschutzbewegung sagte dazu: "In der Fabrik in der Seybelgasse (HIAG) werden unter anderem zwei gefährliche Stoffe, Formaldehyd und Methanol, hergestellt, die penetrant säuerlich riechen. Dadurch und durch ein extrem lautes Gebläse, das Tag und Nacht eingeschaltet ist, sind rund 5.000 Bewohner(!) direkt beeinträchtigt. Die gesundheitsschädliche Belastung ist vor allem bei Südostwind groß."

Aus Berichten der Feurwehr ist zu entnehmen, daß die Methanoltanks nicht einmal in Betonwannenstehen, sondern frei. Das bedeutet, im Falle einer Explosion wären 500 Tonnen Methanol in der Gegend verspritzt worden, und es hätte tagelang einen gigantischen Flächenbrand in Liesing gegeben.

Der HIAG-Chef Dr. Wegmann "hat aber bis heute keinen Weg gefunden, die Belästigung der Anrainer zu beseitigen" (Kronenzeitung 23.2.) Er will also, was für einen Kapitalisten nur normal ist, kein Geld ausgeben, das ihm keine Profite bringt- für den Brand ist er aber sicherlich versichert. Natürlich ist er auch Mitglied des Umweltschutzvereins(!), was ihn nicht daran hindert, 5.000 Menschen einer Gesundheitsschädigung auszuliefern. Die Firmenleitung versuchte, die ganze Angelegenheit zu bagatellisieren, sie sprach davon, daß "bloß 4.000 Liter Kühlöl gebrannt hätten".

Die Feuerwehr hingegen stellte fest, daß sich schon beim Eintreffen der Löschmannschaften eine Flüssigkeitsmenge von etwa 20.000 Liter im Vollbrand befand.

Die Gemeinde geht nicht gegen die Kapitalisten vor

Auf Grund des großen Protests in der Bevölkerung, mußten schon vor zwei Jahren Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen beantragt werden. Die Kapitalisten legten natürlich Berufung ein. Die nächsthöhere Instanz, nämlich das Handelsministerium, ließ sich aber zwei Jahre(laut Kurier) Zeit, und erteilte auch nur einem Teil der ursprünglichen Auflagen seine Zustimmung. Es hat aber nichts geändert, die Gefährdung und Belastung ist so groß wie eh und je. Durch den großen Unmut, der jetzt herrscht und die breite Öffentlichkeit, die dieser Fall hatte, mußten einige Lippenbekenntnisse gemacht werden. So beantragte die Liesinger Bezirksvostehung für die Firma HIAG "schärfste" Kontrollen bei Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen.

Wir werden uns in nächster Zeit verstärkt mit diesen Fragen beschäftigen müssen, da dieser Brand uns, wie der gesamten Liesinger Bevölkerung vor Augen geführt hat, wie willkürlich die Kapitalisten mit unserer Gesundheit herumspringen.

R.K.
(Stadtteilzelle Liesing)

Waagner-Biro verhindern

Der Lohnraubabschluß, den die Kapitalisten im Jänner durchsetzten, hat der Firmenleitung bei Waagner-Biro den Rücken gestärkt. Vor allem hat sie die Einführung von Nacht- und Schichtbetrieb in den letzten Wochen versucht. So wollte sie die Ausbeutung ordentlich verschärfen. Dabei hat sie mit allen Tricks gearbeitet: In der Stahlkonstruktion hat die Firma genug Aufträge. Mitte Jänner waren aber noch nicht alle Aufträge angelaufen. Da hieß es von der Firmenleitung:"Einige müssen Nachtschicht machen, im Maschinenbau und in der Zuschneidehalle. Sonst steht's ihr euch am Tag nur im Weg herum. Wenn ihr nicht wollt, müssen wir welche entlassen."
Dabei wollte die Firmenleitung die Nachschicht nur als Vorbereitung zur Durchsetzung des Drei-Schichtbetriebes einführen. Sobald die Aufträge in Arbeit gekommen wären, hätte sie so die Kapazität voll aus-

Lehrlinge bei EUMIG

Unverschämte Zumutung

Nachdem die Empörung über die alten schäbigen und stinkenden Garderoben immer stärker geworden war, sind jetzt vor einiger Zeit neue Garderoben gebaut worden. Doch diese Neueinführung war gleich mit zwei Schikanen versehen, die einen Teil der Frauen und die Lehrlinge betreffen.

Das erste ist, daß die neuen Garderoben im Gegensatz zu früher während der Arbeitszeit abgesperrt sind. Früher war es den Frauen möglich, bei großer Hitze und unerträglichen Öldämpfen schnell einmal während der Arbeitszeit duschen zu gehen. Heute ist das nicht mehr möglich. Die Frauen unterliegen nun der Kontrolle durch den Meister, bei dem sie sich jedesmal den Schlüssel holen müssen, wenn sie etwas aus der Garderobe wollen.

Noch unverschämter ist die Zumutung für die Lehrlinge: Für je zwei steht nur ein Spind zur Verfügung. Für zwölf Lehrlinge steht genau gemessen nur 1,5 m² zum Umkleiden zur Verfügung.

Das war zuviel! Zwei Kollegen gingen hinauf zum Betriebsleiter. Den Vorschlag, den dieser daraufhin machte, lehnten die Lehrlinge entschieden ab. Er wollte die Lehrlinge in drei Gruppen auseinanderdividieren. Die eine Gruppe sollte um eine Viertel Stunde verschoben mit der Arbeit beginnen bzw. aufhören. Die einen um eine Viertel Stunde früher kommen, die anderen um eine Viertel Stunde später gehen. So würde es zu keiner Drängerei kommen. Der Betriebsleiter ließ für diesen Vorschlag sogar Unterschriftslisten herumgehen, aber sie wurden kaum unterschrieben.

Die Firmenleitung erspart sich das Geld für zusätzliche Garderobekästen und die Lehrlinge sollen dafür herhalten. Das stieß auf Widerstand und Ablehnung. Aber so wie der Zustand jetzt ist, ist er untragbar. Einige kommen erst eine Viertel Stunde nach Arbeitsschluß zum Umkleiden.

Die Forderung: "Für jeden Lehrling einen eigenen Spindkasten, für alle genug Platz zum Umkleiden" muß erhoben werden. Solange der gegenwärtige Zustand nicht verschwindet, sollen die Lehrlinge um eine Viertel Stunde früher Schluß haben, sodaß keiner sich im Gedränge umziehen muß und niemand nach Arbeitsschluß den Betrieb verlassen muß.

Eumig-Aufbauzelle
b.b.

Arbeiter Dreier-Schicht

lasten und noch mehr Profit erzielen können.
Zunächst wirkte die Drohung mit der Arbeitslosigkeit, und einige Kollegen gingen in die Nachtschicht. Anfang Februar hieß es dann: Ab 16.2. soll es Drei-Schicht-Betrieb in den drei wichtigsten Hallen im A-Werk (Stahlkonstruktion) geben. Dabei hat sich die Firmenleitung aber verrechnet.
Eine Dreier-Schicht heißt doch für jeden, daß er sich gesundheitlich zugrunderichtet und, wie ein Kollege richtig sagt: "Da hast überhaupt keine Zeit und keine Ahnung, was in der Welt los ist."
Auch viele Kollegen in den anderen Hallen waren dagegen. Sie wissen, daß sie auch bald drankommen, wenn die Dreier-Schicht einmal in diesen Hallen läuft.

Natürlich versuchen die Herren Ingenieure von der Geschäftsleitung mit der Schichtzulage zu locken. Ein Kollege vom Maschinenbau gab dem die richtige Antwort: "Zahlt's uns lieber die Innerbetrieblichen, aber heuer 200.- für alle! Da wird nicht geschichtet, und wir haben alle mehr Geld." Denn Schichtarbeit ist genausowenig wie Überstunden ein Ausweg für einen besseren Lohn. Sie fördert nur die Uneinigkeit unter den Kollegen.
Oft sind sich z.B. bei Waagner-Biro zwei Schichten untereinander in den Haaren gelegen, weil die eine der anderen "Arbeit übergelassen" hat. Diesmal haben es die Kollegen nicht soweit kommen lassen.

Vor allem die vielen Pendler aus den drei Hallen sind gegen die Dreier-Schicht aufgetreten. Für sie hätte das besonders untragbare Belastungen bedeutet; unter anderem, daß um 2 Uhr nachts - wann die eine Schicht ausgewesen wäre - denkbar schlechte Verbindungen nach Niederösterreich hinaus sind. Am 13.2. haben sich dann Kollegen aus den betroffenen Hallen in der Kantine besprochen und dann auch ein paar Meister dazugebracht, gegen die Dreier-Schicht aufzutreten. Am Montag den 16.2. hat die Firmenleitung vorläufig zurückgesteckt. Ein Arbeiter aus der Co-Halle sagte am nächsten Tag in der Kantine: "Die Firmenleitung wird es jetzt immer wieder versuchen. Und wegen des niedrigen Lohns können leicht welche nachgeben von uns. Unsere Gewerkschaft muß sich dafür einsetzen, daß die Schichtarbeit überhaupt verboten wird."
a.g. (Waagner-Biro-Kollektiv)

Wertheim: Erfolgreicher Streik

Anfang Februar hat die Direktion versucht, eine Rationalisierungsmaßnahme durchzusetzen, die für einen großen Teil der Belegschaft eine Verschlechterung bedeutet hätte. Die Direktion hielt bis zuletzt alles geheim und wollte "vor vollendete Tatsachen stellen" - und ist kläglich gescheitert.
Was wollten die Kapitalisten erreichen?
Bei Wertheim wurde die Kinderbeihilfe bis dahin immer am Anfang des Monats, mit der ersten à conto-Zahlung ausgezahlt. Jetzt wollten die Kapitalisten den betroffenen Arbeitern das Geld bis zur Abrechnung am Monatsende vorenthalten. Damit wollten sie Zinsen kassieren (das Geld wäre so länger für sie auf der Bank gelegen) und Verwaltungskosten sparen. Vor allem aber hätte diese Maßnahme auch einfach den Charakter einer Schikane - "das werden sich die Leute schon gefallen lassen müssen". Die Spitze war, daß es der Personalrat nicht einmal für notwendig befunden hatte, die Kollegen vorher zu informieren: In der ersten Februarwoche war einfach das Geld nicht im Sackerl. Auf Erkundigungen hin kehrte er auch noch in frecher Manier den Boß hervor wie auch schon bei vorherigen Gelegenheiten. Und die Arbeiter wollte man auch noch für dumm verkaufen, indem man die Umstellung damit "erklärte daß der Komputer nicht anders verrechnen könne.
Die Frechheit und Überheblichkeit, die Geringschätzung der Arbeiter, die die Direktion an den Tag legte, hat die Kollegen wohl am meisten empört.
Im kürzester Zeit war eine große Schar beim Betriebsrat und forderte ihn zum Handeln auf. Die Arbeit war bald überall hingeworfen, Kollegen mit und ohne Kinder ließen die Maschinen stillstehen. Nach zweieinhalb Stunden Streik mußten die Direktoren klein beigeben.
W.R.

Maschinenfabrik Andritz-Graz

Nicht Gewerkschaftsaustritt sondern gemeinsame Gehaltsforderung

In der Maschinenfabrik Andritz ist kürzlich unter die sonst so ruhigen Angestellten Bewegung gekommen, und zwar als die Ergebnisse der letzten Kollektivvertragsverhandlungen bekannt wurden.

Mit Erbitterung wurde der skandalöse 7,5%-Abschluß diskutiert. Viele Kollegen meinten, daß die Gewerkschaft sowieso zu nichts gut sei und daß man es denen einmal zeigen müsse. Am besten damit, daß man aus der Gewerkschaft austrete. Man würde sich dann auch noch den Mitgliedsbeitrag ersparen.

22 Kollegen haben damit Ernst gemacht und haben ihren Austritt erklärt.

Unter einem Teil der Angestellten entwickelte sich daraufhin eine Diskussion, ob dieser Schritt richtig sei, oder ob man einen anderen Weg gehen müsse. Die Mehrheit kam zu der Ansicht, daß man damit die Gewerkschaft schwäche, und daß man dann erst recht keine Möglichkeit hätte, auf das Geschehen Einfluß zu nehmen. Richtig sei es vielmehr, vom Betriebsrat und von der Führung der Gewerkschaft der Privatangestellten Rechenschaft über ihr Verhalten bei den Kollektivvertragsverhandlungen zu fordern.

Auf Betreiben dieser Kollegen wurde der Landessekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Rainer, in den Betrieb geholt und auf einer Teilversammlung zur Rede gestellt. Rainer versuchte, den katastrophalen Abschluß mit der schlechten Auftragslage in der Metallindustrie und mit der harten Haltung der Unternehmer zu entschuldigen. Er bezeichnete den Abschluß aber als unbefriedigend. Von den Kollegen wurde ihm vorgerechnet, daß dieser Ausdruck nicht zutrifft, sondern daß es sich hier um einen ganz massiven Lohnabbau handelt.
Es wurde dann über die Möglichkeit einer innerbetrieblichen Gehaltserhöhung diskutiert.

Die auf der Teilversammlung forderten sodann den Betriebsrat auf, eine Betriebsversammlung einzuberufen, auf der

- eine Protestresolution an die Gewerkschaftsführung verabschiedet werden soll.
- der Betriebsrat aufgefordert werden soll eine Gehaltserhöhung in gleicher Höhe für alle anzustreben.
- Der Arbeiterbetriebsrat soll davon unterrichtet werden, um gemeinsam vorgehen zu können.

Es kommt jetzt darauf an, den Betriebsrat dazu zu zwingen, seine Aufgabe als Vertretungsorgan der Belegschaft wahrzunehmen.

wu (KB Graz)

Chemiearbeiter-Abschluß

Ende Februar wurde nach langem Hin und Her der Abschluss bei den Chemiearbeitern perfekt. In seinem Ergebnis "orientierte" er sich an denen des Metallarbeiterabschlusses. Ein Lohnraubabschluss, der in keiner Weise imstande ist, der Verschlechterung des Lebensniveaus etwas entgegen zu stellen. Die Ist-Löhne wurden mit Wirksamkeit vom 1.2. um 8,4 % erhöht und ein Mindestbetrag von 500,-Schilling, und die KV-Erhöhung beträgt 9,8 %, bei einer Laufzeit von 13 Monaten. War schon die Gewerkschaftsforderung mit 650,- S fix und einem Zuschlag von 3 % schon äusserst dürftig ausgefallen, und eben schon zu niedrig, so wollten auch hier die Chemiekapitalisten nicht so ohne weiteres auf das eingehen. Ihr Angebot lag bei 6,8 % für die erste bis dritte und 7,5 % für alle weiteren Lohngruppen und einem Mindestsatz von 430,- S.

Abschluß - Reisebüroangestellte

Das Ergebnis der Verhandlungen blieb weit unter der ursprünglichen Forderung zurück. War von der Gewerkschaft zu Beginn noch 300.-S plus 13% auf die KV-Gehälter und 15% auf die Ist-Gehälter gefordert worden, so wichen sie auf der ganzen Linie, vor den Reisebürounternehmern zurück: 10 bis 11% auf den KV-Gehalt und den gleichen Betrag auf die Ist-Gehälter, was etwa auf 8% Ist-Erhöhung hinausläuft, waren das Ergebnis.

Bankangestellte bekommen zu wenig

Ähnlich wie bei den Reisebüroangestellten wich auch da das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee vor den Kapitalisten zurück. Von den ursprünglich geforderten 14% blieben dann im Endeffekt 8,7% über. Obwohl die Sektion Bank und Kredit der Privatangestellten-Gewerkschaft sich nach dem ersten empörenden Kapitalisten-Angebot von 6% in Rundbriefen an die Mitglieder wandte und informative Betriebsversammlungen, wo über die notwendigen Schritte zur Durchsetzung der Forderungen beraten werden sollte, vorschlug, zog sie dann plötzlich zurück und präsentierte den überraschten Kollegen diesen Abschluß.

Protestaktionen

In Pottendorf hat sich gegen die geplante Auflassung der Streichgarnproduktion ein Komitee gebildet, das den Kampf gegen die Produktionsverlegung nach Heidenreichstein aufgenommen hat. Diesem Komitee gehören bis jetzt Gemeinderäte aus Pottendorf, Betriebsräte und Funktionäre der Ortsgruppe der Textilgewerkschaft an. Zur Zeit läuft in den Pottendorfer Betrieben eine Unterschriftenaktion.

Ausländische Arbeiter in Österreich - Teil der Reservearmee der Kapitalisten

Seitdem die Arbeitslosigkeit in Österreich zunimmt, kriegen wir ständig Rezepte vorgesetzt, wie die Arbeitsplätze gesichert werden können. Eines - dem viele Kollegen Glauben schenken - heißt : Zuerst müssen die Ausländer heimgeschickt werden. So steht es im Ausländerbeschäftigungsgesetz, so erklärt es auch die ÖGB-Führung. Wenn wir Kommunisten gegen dieses Gesetz auftreten, sagen viele Kollegen, wir richten uns damit gegen die Arbeiter, weil - sagen sie - schließlich ist es doch besser, die ausländischen Arbeiter wegzuschicken, wenn sonst bei uns keine Arbeit da ist.

Den Kapitalisten ist es gerade recht, wenn die Arbeiter aufeinander los gehen; wenn wir glauben, daß die einen Arbeiter - nämlich die ausländischen - den anderen Arbeitern - nämlich den österreichischen - die Arbeit wegnehmen und nicht sehen, woran es tatsächlich liegt, daß zuwenig Arbeit da ist.

In der Hochkonjunktur gibt es nicht genug Arbeitskräfte ...

In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs - der Konjunktur - als die Geschäfte gut gingen und die Unternehmer recht viel produzieren wollten, haben sie alles dazu getan, um möglichst viele Leute in ihre Fabriken zu kriegen. Den kleinen Bauern haben sie vorgeschwärmt, wie leicht man in der Fabrik einen Traktor verdienen könnte und den Frauen haben sie versucht, die Fabriksarbeit schmackhaft zu machen. Denken wir nur an die zahlreichen Werksbusse, die Pendler aus Niederösterreich und dem Burgenland nach Wien karrten. Oder an die schönen Inserate, die den Frauen leichte Arbeit in der Elektroindustrie versprochen haben, in denen der Schichtbetrieb angepriesen wurde, weil da der halbe Tag noch frei bleibt für Haushalt Kinder ... Aber all das brachte den Kapitalisten noch nicht genug Arbeitskräfte, sie wollten noch mehr produzieren und noch mehr Profit machen. Deshalb haben sie auch noch gleichzeitig Arbeiter aus Jugoslawien und der Türkei geholt. Für die Kapitalisten war das sehr günstig.

Die jugoslawischen Kollegen kamen meist aus sehr armen Gegenden, wo es wenig Arbeit gibt und sie waren froh, überhaupt welche zu finden. Sie konnten weder deutsch, noch kannten sie die Bedingungen unter denen wir hier leben und arbeiten. Den Kapitalisten fiel es so leicht, sie gegen die anderen Arbeiter auszuspielen. Sie zahlen ihnen niedrige Löhne und verlangen von ihnen möglichst schnell zu arbeiten. Gerade sie werden oft für Stoppungen herangezogen. Die ausländischen Kollegen müssen die schlechten Arbeitsbedingungen annehmen, weil sie sich nicht auskennen und ständig Angst haben, heimgeschickt zu werden. So gelang es den Kapitalisten, sie gegen uns einzusetzen und damit das Ansteigen der Löhne zu stoppen, und uns allen schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen.

Als die Kapitalisten noch freie Märkte fanden, und Möglichkeiten, die Produktion auszuweiten, da waren sie um ihres Profites willen auch zu "Zugeständnissen" bei den Löhnen bereit, um ja genug Arbeiter zur Verfügung zu haben. Doch das reichte nicht aus : Hausfrauen, Bauern, die von ihrem Hof schlecht und recht leben können und denen der Nebenverdienst gerade recht kommt und Kollegen aus den anderen Ländern, wo es zu wenig Arbeit gibt, weil diese Länder von ebensolchen Kapitalisten ausgeplündert werden - das ist die "Reservearmee" an Arbeitern, die die Kapitalisten dann und dorthin holen, wo sie sie gerade brauchen, und die sie wieder rausschmeißen wollen, wenn sie sie nicht mehr brauchen.

In der Krise gibt es zuviel Arbeitskräfte ...

Heute, wo es nicht mehr so leicht ist, Geschäfte zu machen, wo die ganze Wirtschaft immer tiefer in der Krise steckt, wo die Produktion eingeschränkt wird, werden Arbeiter entlassen. Den Kapitalisten ist es an sich egal, welche Leute sie entlassen, ob Frauen, Männer, Pendler oder Ausländer. Aber für den kapitalistischen Staat schaffen arbeitslose Ausländer weniger Probleme : sie werden einfach heimgeschickt, dann braucht man ihnen keine Unterstützung zu zahlen und man hat auch keine Arbeitslosen im Land, sondern in Jugoslawien; und dort kümmern sie die österreichische Regierung nicht.

Wird ein Nebenwerwerbsbauer arbeitslos, so hat er meist keinen Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung, und muß versuchen, mit dem zurechtzukommen, was die Landwirtschaft bringt. Auch von den Frauen verschwinden viele sang-und klanglos dorthin wo sie herkamen, in Küche und Kinderzimmer.

Sie haben zwar alle ihre Arbeit verloren, aber sie "müssen sich nicht" in Massen auf Arbeitssuche begeben und so stellen sie keine unmittelbare Bedrohung für die kapitalistische Ordnung dar. Denn eine große Masse von Arbeitslosen würde ja in aller Deutlichkeit vor Augen führen, wie diese kapitalistische Gesellschaft nicht imstande ist, den Menschen eine gesicherte Existenz und Perspektive zu bieten. Sondern, es wird dadurch nur besonders deutlich, daß der Mensch in dieser Gesellschaft nur interessant ist, solange man ihn ausbeuten kann.

Heute wollen die Kapitalisten mit weniger Leuten schnell und billiger produzieren. Gekündigt wird der, der die verschärfte Antreiberei oder die Einführung von Schichtarbeit am schlechtesten mitmacht. Die Kapitalisten nützen dabei die Angst vor der Arbeitslosigkeit aus. Diese Angst ist bei den ausländischen Kollegen besonders groß, weil sie durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz unter einem besonderen Druck stehen : Wenn man die Arbeitsbewilligung nur für einen bestimmten Unternehmer kriegt; wenn man weiß, daß sie nicht verlängert wird, wenn man heute dort gekündigt wird; wenn man dann auch noch aus Österreich ausgewiesen wird, dann läßt man sich im Betrieb viel mehr gefallen. So gelingt es den Kapitalisten, Verschlechterungen zuerst bei den schwächeren Teilen der Arbeiterklasse durchzusetzen.

Bei den Ausländern, die der Willkür der Kapitalisten und der staatlichen Stellen - wie der Arbeitsämter - ausgesetzt sind, oder bei den Nebenerwerbsbauern und Frauen, die z.T. nur begrenztes Anrecht auf Unterstützung und bestimmt keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz haben. Sind die Verschlechterungen bei einem Teil aber einmal eingeführt, so ist es für die anderen Arbeiter viel schwieriger, sich dagegen zu wehren. Damit wir Arbeiter nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können, müssen wir die gleichen Rechte für alle erkämpfen, für die Österreicher und für die Ausländer. Damit wir nicht mehr mit der drohenden Entlassung unter Druck gesetzt werden können, müssen wir einen ausreichenden Schutz für alle Arbeitslosen erkämpfen.

T.F.,
EUMIG-Betriebsaufbauzelle

Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst

Unklarheit über Bedingungen

Anfang März sollen die Gehaltsverhandlungen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit der Bundesregierung offiziell aufgenommen werden. Die Situation ist durch grosse Unklarheit auf Seite der öffentlich Bediensteten und durch Verschleierung auf Seite der Bundesregierung gekennzeichnet.

"Gleich viel wie die Metaller", so drückte es der Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft Fritz Prechtl aus.

Es besteht auch Unklarheit darüber, ob den öffentlich Bediensteten aus dem letzten Abkommen noch eine Abrechnung zusteht oder nicht. Die SP-Gewerkschaften sagen, das letzte Abkommen läuft erst im Juli 1976 aus. Die VP-Gewerkschaften wiederum sagen, es sei schon mit Ende 1975 ausgelaufen und demnach gäbe es jetzt schon Anspruch auf eine Abrechnung. Diese widersprüchlichen Aussagen kommen daher, dass ein "normaler" Mensch dieses Abkommen nie zu Gesicht bekommen hat.

Der Poststreik vor 10 Jahren zeigte, daß ein wichtiger Teil der öffentlichen Bediensteten nicht mehr bereit war, die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen stumm und tatenlos hinzunehmen. Die drohende Gefahr einer Ausweitung dieses Kampfes gegen den bürgerlichen Staat unter den über 500.000 öffentlich Bediensteten sollte das 1.Gehaltsabkommen, das am 1.10.1968 wirksam wurde, langfristig auffangen. Der Regierung und der Führung der vier Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, (Bahn, Post, Gemeinde, öffentlich Bedienstete) gelang es, eine spalterische, unüberprüfbare und verzögernde Prozentmechanik (mit Vorleitung für eine vergangene Zeitspanne und späterer Abrechnung) gesetzlich zu verankern. Sie war an einen Index gebunden, der auf Konsumerhebungen von 1964 und den Jahresdurchschnitt von 1966 beruhte. Der Index gibt die durchschnittliche Preiserhöhung von 253 Warenpreisen (einschließlich Dienstleistungen) an, die für das tägliche Leben zu zahlen sind. Das sich die-

Fortsetzung s. 12

Mit Polizeiknüppel und Untersuchungsrichter geht der Staat gegen die Spaniensolidarität vor

Streiks für höhere Löhne, Massendemonstrationen, Kampf um Rechte - der Kampf der spanischen Arbeiter und Bauern trieb das Franco-Regime immer mehr in die Enge. Franco antwortete mit verstärkter Unterdrückung und liess am 27. September 1975 fünf aufrechte Kämpfer gegen den Faschismus hinrichten. Ein Aufschrei der Empörung ging nicht nur durch ganz Spanien, sondern aus allen Teilen Europas kamen Meldungen von grossen Demonstrationen, Sturm auf die spanische Botschaft, Boykott spanischer Einrichtungen. Bei uns fand die Empörung Ausdruck in einer machtvollen Demonstration am 2. Oktober. Anschliessend manifestierten 1.5oo Leute ihren Hass gegen das Faschistenregime, indem sie das Büro der staatlichen Spanischen Fluggesellschaft am Ring demolierten.

Und prompt zeigte unsere Regierung, die vorher auch von Solidarität gesprochen hatte, ihr wahres Gesicht: Mit Polizeiknüppeln liess sie Präsenz und Eigentum der Spanischen Fluggesellschaft "IBERIA" verteidigen. Als die Polizei Kollegen und Genossen drosch, wurde vielen Leuten klarer, dass zwischen Solidaritätsworten der Regierung und unserer Solidarität ein Unterschied besteht.

Das zeigte sich auch in der Hetzkampagne, die von den bürgerlichen Zeitungen am selben Tag gestartet wurde. Das selbständige und empörte Handeln der Menschen in Österreich wurde in den Dreck gezerrt und die Aktion zur Tat eines "Häufleins Linksradikaler" abgestempelt. Und wieder mit dem gleichen Effekt: So mancher Arbeiter sagte: "Das ist was ganz Reaktionäres, was die Regierung da macht".

Doch damit nicht genug. Auf der Demonstration vor der Iberia wurden 7 Leute verhaftet, stundenlang festgehalten und einvernommen. Einige haben nachher unterschrieben, dass sie sich die Verletzungen, die sie bei der Iberia erlitten, selber zugezogen hätten. Ein Teil der sieben Verhafteten muss Geldstrafen zahlen. Gegen zwei von ihnen, M. Hubmann und T. Matzer wurde die gerichtliche Voruntersuchung eingeleitet wegen "Widerstands gegen die Staatsgewalt" und "Körperverletzung". Einer von ihnen wird beschuldigt, mit einem Stein einen Polizisten geschlagen zu haben. Er wurde dem Polizisten allein gegenübergestellt und dieser hat ihn "wiedererkannt". Eine Zeugin, die für M. Hubmann aussagen sollte, wurde letzte Woche vorgeladen. Sie ersuchte um Verschiebung des Termins, was ihr gestattet wurde. Doch am nächsten Tag drang die Polizei in ihre Wohnung ein und sie wurde vom Bett heraus zwangsvorgeführt und musste einige Stunden im Arrest verbringen. Von den einschüchternden Verhörmethoden ganz zu schweigen!

Die Polizei versucht mit allen Mitteln, irgendwelche Leute auszuforschen und gegen sie vorzugehen, die sich an der Spanien-Solidaritätsaktion beteiligt haben. Es wurden bisher viele Leute vorgeladen und von der Kriminalpolizei einvernommen, sogar am Sonntag. Für das Anbringen der Parole "Nieder mit dem Franco-Regime" wurden Strafen von mehreren tausend Schilling verhängt. Mit allen Mitteln will der Staat verhindern, dass so etwas wie die Iberia-Aktion noch einmal "passiert". Bei dieser mächtigen Willenskundgebung von Hunderten Leuten ist dem bürgerlichen Staat der Schrecken in die Glieder gefahren. Es könnte sein, dass die Empörung über die Steuerausplünderung der nächste Anlass für solche Massenaktionen ist.

In diesem Fall geht es dem österreichischen Staat darum, die Spaniensolidarität abzuwürgen. Wenn Kreisky im Herbst von Solidarität sprach, dann meinte er nicht Solidarität mit dem Kampf der Arbeiterklasse Spaniens bis zur Errichtung der Volksmacht, sondern lediglich die Ablösung des so offen brutalen Franco-Regimes durch eine andere Regierung, die einen "liberaleren" oder "demokratischen" Anstrich hat, das Volk mit Reformversprechen besänftigt, auf diese Weise die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse sichert und somit günstige florierende Geschäfte mit Spanien. Wie andere westeuropäische Bourgeoisien sind auch die österreichischen Kapitalisten für die Öffnung Spaniens nach dem Westen, den Eintritt Spaniens in die NATO und EG.

Das neue Regime hat dem Volk trotz Versprechungen keine Verbesserung gebracht. Es wurde ein Lohnstopp verhängt, Inflation und Arbeitslosigkeit drücken das Lebensniveau der Arbeiterklasse noch mehr hinab. Es wurden keine politischen und gewerkschaftlichen Rechte gewährt, Verhaftungen und Folterungen dauern an. Bei einer Demonstration wurden 11 Arbeiter verletzt. Am 26.2. wurde bei einer Demonstration ein Arbeiter erschossen. Die Arbeiterklasse Spaniens aber ist nicht bereit, sich mit Reformversprechen abspeisen zu lassen, sie will die Grossgrundbesitzer und Kapitalisten überhaupt zum Teufel jagen. Streiks und Demonstrationen häufen sich. 2oo.ooo Streikende im Jänner, 3o.ooo Arbeiter in 13o Betrieben befinden sich in Sabadell und Barcelona im Streik.

Die spanischen Faschisten sind so schwach wie noch nie und können die Ausbreitung der revolutionären Bewegung nicht eindämmen. Das Volk geht den Weg des Kampfes und unsere Solidarität muss diesen Kampf unterstützen. Deshalb wenden wir uns auch dagegen, die Solidaritätsbewegung zu einem kriminellen Akt zu machen und Leute dafür zu verfolgen, dass sie gegen Unterdrückung und Ausbeutung auftreten. Wir müssen dafür eintreten, dass die Voruntersuchungen gegen M. Hubmann und T. Matzer eingestellt werden!

S.R.

Erfolgreiches Treffen von Eltern und Lehrern

Seit einigen Monaten halten einige Lehrer meiner Schule Treffen mit Eltern einer Klasse ab. Diese Treffen sind zu stande gekommen, weil wir Lehrer einerseits das Bedürfnis hatten, die Eltern und ihre Probleme genauer kennenzulernen und weil wir wollten, daß sie uns kennenlernen, mit uns zusammenarbeiten, und wissen, was wir mit ihren Kindern machen. Üblich ist ja, daß Eltern den Lehrer am Sprechtag sehen, wo sie stundenlang Schlange stehen müssen, um dann zwei Minuten vorzusprechen.

Ein wesentlicher Punkt war die Neueinstellung einer Lehrerin und eine Neufestlegung des Klassenvorstands. Die Eltern forderten, darüber informiert zu werden, und hatten auch die Vorstellungen, wer ihrer Meinung nach am besten als Klassenvorstand geeignet ist. Es wurde ein Sprecher zum Direktor geschickt, und dieser auf die Versammlung eingeladen, um zu berichten, was geschehen wird. Es gelang, den Vorschlag der Eltern durchzusetzen, und der Lehrerwechsel ist auf Initiative der Eltern so verlaufen, daß er für die Kinder am wenigsten Änderungen und Nachteile bringt. Dieses Beispiel zeigt, daß die Eltern Einfluß auf die Schule nehmen können, und daß das eigentlich das Normale und Richtige wäre, solche Fragen von den Eltern entscheiden zu lassen. Das verbietet uns im jetzigen Schulsystem allerdings der Staat durch die Schulbehörde. Einerseits wird von den oberen Behörden ein Lehrer geschickt, den die Eltern am Sprechtag meistens erst sehen. Andererseits ist es dem Lehrer verboten, laut Dienstpragmatik, sich außerhalb der Schule mit den Eltern zu treffen. Man kann dafür mit Disziplinarverfahren bestraft werden.

Wie sehr das Volk durch den Staat bevormundet wird, zeigte ein anderer Diskussionspunkt: Die Eltern wünschen schon lange, daß das baufällige Schulhaus renoviert wird. Wir fragten den Direktor dazu. Hier erfuhren wir, daß es jahrelang schon Eingaben, Anfragen, Bitten und Debatten gegeben hatte, innerhalb der Schulbürokratie, und bis heute noch immer kein Geld dafür da ist. Sie sahen daraufhin deutlich, daß es auf ihre Initiative ankommt, sonst geht das noch Jahre so weiter. Sie schlugen also eine Unterschriftenaktion vor:

"Wenn Sie eine Unterschriftenaktion machen wollen, bitte, aber wir Lehrer und Direktoren dürfen damit nichts zu tun haben."

Aber tatsächlich haben wir Lehrer was damit zu tun. Tatsächlich gehören wir auch zum Volk. Wir diskutierten z.B. über das Gehaltsabkommen im Öffentlichen Dienst und unsere wirtschaftliche Lage. Es wurde klar, daß sich die nicht wesentlich von den Eltern, Arbeitern und Angestellten unterscheidet. Und sie meinten auch, daß wir alle mehr brauchen würden, und auch für Lehrer ein neues Abkommen her muß.

So konnten wir uns in unseren Diskussionen klarer werden, daß Eltern und Lehrer zusammenarbeiten müssen, und daß die Eltern nicht vor den Lehrern buckeln brauchen, sondern sie zur Rechenschaft ziehen sollen und sich ins Schulwesen einmischen sollen.

s.r.

»alt und ausgestoßen«

Was die ÖGB-Führung zur Lage der Pensio

Die "Solidarität" bringt seit ihrer Oktobernummer in loser Folge Berichte über die Lage und Probleme alter Menschen. Diese Serie, die unter dem Namen "Alt und ausgestoßen" läuft, hat ein gewaltiges Echo unter Gewerkschaftsmitgliedern, Pensionisten, Verbänden und Politikern hervorgerufen. Das ist kein Wunder, werden doch Probleme angeschnitten, die für jeden Arbeiter und Angestellten von großem Interesse sind.

In diesen Artikeln wird viel über die aktuelle Situation der alten Menschen berichtet. Darüber, daß sie mit dem Leben nicht mehr zurecht kommen:

Sie hat Angst vor dieser Stadt, die sie nicht kennt, Angst vor dem Verkehr: „Ich traue mich nicht auf die Straße." Und so sitzt sie in ihrer Wohnung, täglich „so sechs bis acht Stunden" schaut sie aus dem Fenster. Sonst nichts. Ob sie unglücklich ist: „Andere haben es viel schlechter, die sind in Lainz."

Darüber, daß manche Alten vergrämt und zu Nörglern werden:

Er ist ein Ekel. Nichts ist ihm recht. Er weiß alles besser, im Park, beim Kiebitzen, im Wirtshaus, wo man ihm aus dem Wege geht. Er verkündet überall, wo man es nicht hören will, daß es früher besser war. Damals, als er beim Straßenbau war.

Darüber, daß viele alten Menschen resignieren und nur mehr auf den Tod warten:

So oft sie nur kann, fährt sie zum Friedhof, manchmal jeden Tag. Dort füttert sie die Eichkätzchen. Und redet mit ihren toten Eltern. „Die verstehen mich", sagt sie. Und scheinbar ohne jede Furcht: „Oft bete ich, daß sie mich bald zu sich nehmen. Hier habe ich ja nichts mehr zu suchen."

Jeder kennt sicher selbst solche "typische" Beispiele aus seiner Umgebung:

Es ist daher eine ausgezeichnete Sache, wenn diese Mißstände und Probleme offen ausgesprochen werden und die Gewerkschaftsartikel die Grundhaltung einnehmen: "Kampf dem Ausgestoßen sein im Alter."

WELCHE LÖSUNGEN WERDEN VORGESCHLAGEN?

• "Wir"müssen unsere Einstellung zu den Alten ändern!

das liegt an der Einstellung unserer Gesellschaft zum Alter. Einer Gesellschaft, die Kindheit und Jugend über alles schätzt und vergöttert, aber das Alter kurzerhand verdrängt, als wäre es nicht vorhanden. Das liegt an einer Leistungsgesellschaft, die die Arbeitskraft so hoch einstuft, daß sie schon gegen die Fünfzigjährigen Bedenken anmeldet. Folgerichtig liest man in jedem Stellenanzeiger, es würden junge, dynamische Kräfte gesucht, am liebsten bis vierzig.

• "Wir"müssen auf die Probleme der Alten speziell eingehen!

Dazu gibt es die Möglichkeit zweier Modelle:

A. Das Herauslösen der Alten aus der Gesellschaft zur Schaffung von Altenstädten. (Wodurch auch die Wirtschaft ein neues Tätigkeitsfeld bekommt).

B. Die bewußte Eingliederung von Alten, indem man ihnen wieder Aufgaben zuweist, wie Kindererziehung usw. (Wodurch dem Staat Kosten erspart werden, wie z.B. Kindergärten usw.) (November 75, Seite 8 ff.)

• "Wir" müssen die biologischen, geistigen und körperlichen Probleme alternder und älterer Menschen am Arbeitsplatz miteinbeziehen.

Immer wieder stoßen wir am Arbeitsplatz und im Betrieb auf das Fehlen menschengerechter Arbeit, deren Auswirkungen besonders der alternde und ältere Mensch durch ein hohes Gesundheits- und Unfallrisiko, durch Verschleiß und Abnutzung, zu bezahlen hat.

• Das Altwerden muß gelernt werden!

Um dies zu erleichtern ist es notwendig, kombinierte Systeme des Arbeitsrechts und der Pensionsversicherung zu erstellen, um den etappenweisen Übergang vom aktiven Leben in die Pensionierung zu erleichtern."

Bei allen diesen Lösungsvorschlägen wird von tatsächlichen Problemen ausgegangen. Jedoch wird in allen Vorschlägen die Ansicht vertreten, daß "die Gesellschaft" schuld sei, d.h. "wir alle". "Wir" müßten eben unsere Einstellung und Ansichten zu den Alten ändern, dann wird es schon möglich sein das Problem des Ausgestoßenseins zu überwinden. Wo ein Wille ist, da wird sich auch ein Weg finden lassen.

Ganz übersehen wird aber dabei, daß die Gesellschaft, von der die Rede ist, der Kapitalismus ist, der von zwei gegensätzlichen Interessen geprägt ist. Auf der einen Seite das



Interesse der Kapitalisten nach möglichst hohem Profit, um in der Konkurrenz bestehen zu können, was nur durch verstärkte Antreiberei, Lohndruck, mit einem Wort, vermehrte Ausbeutung möglich ist.

Auf der anderen Seite die Arbeiterklasse, die um leben zu können, ihre Arbeitskraft verkaufen muß. Sie hat das Interesse für Lohn und Schutzrechte einzutreten, um ihre Arbeitskraft vor dem frühzeitigen Verschleiß zu bewahren, um Kraft zu gewinnen, zum Sturz des Kapitalismus. Ein unerfüllter Wunsch, d.h. eine Illusion ist es daher, wenn die Solidarität schreibt:

Die Unternehmer müssen endlich erkennen: Wenn sie vom Arbeitnehmer das Erbringen einer optimalen Leistung verlangen, sind sie auch verpflichtet, die dazu notwendigen Arbeitsbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen. Finanzielle Leistungen wie Zulagen sind keine Alternative. Hinter diesen Überlegungen steht der Grundsatz, daß Arbeit oder Gesundheit keine Ware ist, die man kaufen und verkaufen kann.

Wie krass die Linie der Forderungen nach "Rücksichtnahme auf die älteren Menschen am Arbeitsplatz" zur kapitalistischen Wirklichkeit im Widerspruch steht, beweist der Verfasser des Artikels in der Solidarität 12/75 selbst am besten, wenn er sagt:

Besonders schlecht für ältere Arbeitnehmer sind Arbeiten in übermäßiger Hitze oder Feuchtigkeit, verunreinigter Luft, unter unzureichender Beleuchtung oder Blendwirkung und übermäßigem Lärm. Die Planung und Ausstattung und Ausrüstung der Arbeitsplätze soll nicht zu längerem Hokken, Beugen, Strecken und Liegen zwingen. Besonders problematisch sind schwere Hebe- und Tragearbeiten sowie schwere Arbeit in heißer Umgebung mit vorbestimmtem Tempo. Beschäftigungen, bei denen besonders das Auge gebraucht wird, die ein feines Unterscheidungsvermögen an ungenügend beleuchteten Arbeitsplätzen erfordern oder einer Blendwirkung ausgesetzt sind: komplizierte Anzeigevorrichtungen, die in einem nicht von der Arbeitskraft bestimmten Tempo abgelesen werden müssen, und Arbeiten mit hohem Genauigkeitsgrad bei vorbestimmtem Tempo.

In Österreich einen Betrieb zu finden, in dem die Arbeitsverhältnisse nicht durch weniger oder mehr der oben angeführten Bedingungen gekennzeichnet sind, wird den ÖGB-Sekretär, der für den Artikel zeichnet, mehr als schwer fallen und er selbst weiß das wahrscheinlich am allerbesten! Ist doch gerade die extremste Auspressung der Arbeitskraft und damit der Gesundheit der Arbeiter eine Voraussetzung für die Kapitalisten, um bei der Jagd nach dem Profit, die Konkurrenz mit den anderen Ausbeutern durchzuhalten eine der grundlegendsten Erscheinungen der kapitalistischen Produktion.

Darum braucht auf die Antwort zur Forderung nach "Rücksichtnahme auf die Älteren" gar nicht erst lange gewartet zu werden. Sie ist schon solange bekannt, solange es den Kapitalismus gibt. Den alten Arbeiter, der die herrschenden Arbeitsbedingungen nicht mehr durchsteht, wie eine ausgepreßte Zitrone auf den Müll werfen, das ist die "Rücksichtnahme" der Ausbeuter.

Für einen alternden Kapitalisten stellt sich das Problem

nisten sagt

natürlich ganz anders. Einsam wird er sich nie fühlen. Gibt er doch rauschende Fest, fährt in der ganzen Welt herum usw. Auch wird er sich kaum, wenn er alt ist, persönlich unnütz vorkommen - war er dies doch auch schon vorher.

Es zeigt sich hier, daß das Problem der Alten, so wie alle Fragen des Lebens, eine Klassenfrage ist. Sie stellt sich unterschiedlich für jeden, gemäß seiner Klassenlage. Die "Solidaritäts"-Artikel sehen dies leider anders. Sie gehen zwar von der Lage der arbeitenden Menschen aus, versuchen jedoch jede Verbesserung nur mit Rücksicht auf die Interessen der Kapitalisten zu erreichen. Dadurch geben sie eine schädliche Orientierung an, verkleistern die bestehenden Widersprüche des Kapitalismus und ordnen letztlich die Arbeiterinteressen denen der "Wirtschaft" unter.

P.b.

...egal ob jung oder alt: Im Sozialismus wird der Mensch zum Wertvollsten!

Heute sieht unser Leben ganz anders aus. Alle haben Arbeit, Essen und Kleidung. Niemand braucht Angst um Unterkunft oder Wohnung zu haben. **Heute haben die Arbeiter und Bauern die Macht im Staat fest in der Hand, und das ganze Volk ist ständig auf der Hut, damit China seine rote Farbe nicht verliert.**

Heute lebe ich mit meiner Tochter, meinem Schwiegersohn, meinem Enkelkind und meiner Frau in dieser Wohnung. Wir haben zusammen ein monatliches Einkommen von 220.3 Yüan. In der alten Gesellschaft war ich so arm, daß mich nicht einmal Verwandte besuchten; heute **kommen sogar österreichische Besucher zu mir in meine Wohnung, um mit mir zu plaudern und Tee zu trinken. Damals war ich rechtlos und weniger wert als Futtergras. Heute nehme ich aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Ich gehe ebenso wie meine Frau dreimal wöchentlich in den Arbeiterklub, um gemeinsam mit den anderen zweimal die Volkszeitung und einmal die Werke des Genossen Maotsetung zu studieren und zu diskutieren. So habe ich gerade in letzter Zeit durch das Studium der Artikel zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius einige Fehler an mir entdeckt und korrigiert. Zum Beispiel hatte ich vorher gedacht,** daß ich ohnehin lange genug gearbeitet hätte und wollte mich daher nur mehr beim Fischen erfreuen und ausruhen. Mit der Fabrik, in der ich gearbeitet hatte, wollte ich nichts mehr zu tun haben. Oder in der Behandlung meiner Frau: Wenn ich mich geärgert hatte, dann ließ ich meine Wut an ihr aus. Manchmal hab ich sie sogar geschlagen. Während ich mich ausruhte, hat sie die ganze Hausarbeit machen müssen. Beim genauen Studium der Artikel in der Volkszeitung und durch die Diskussion mit den anderen Genossen merkte ich, daß die Geringschätzung der Frau eine konfuzianische Haltung ist. Meine Haltung zu den Fragen des Klassenkampfes und des Produktionskampfes in meiner Fabrik war ebenfalls grundfalsch. Um diese Fehler zu überwinden und auch als Rentner aktiv am Klassenkampf und am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen, besuche ich jetzt mindestens einmal im Monat die Fabrik und diskutiere dort mit den Arbeitern Fragen der Politik und der Verbesserung der Produktion. Einige Arbeiter kommen zu mir in die Wohnung, um mit mir gemeinsam anstehende Probleme zu besprechen. Was meine Haltung gegenüber meiner Frau angeht, so helfe ich ihr jetzt regelmäßig bei der Hausarbeit, wasche, koche und gehe mit meinem Enkelkind spazieren. An meinen eigenen Fehlern sieht man sehr deutlich, wie wichtig die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist.

Außerdem bringe ich, wie viele andere Rentner auch, die Kinder aus der Nachbarschaft zur Schule, wenn ihre Eltern bereits in die Fabrik gegangen sind. Ich mache mit ihnen im Park Morgengymnastik und hole sie nach der Schule wieder ab. Bei dieser Gelegenheit erzählen wir Rentner den Kindern häufig über das Leben in der alten Gesellschaft, um ihr revolutionäres Bewußtsein zu erhöhen. Manchmal werden wir auch in die Schule eingeladen, um aus unserem Leben zu erzählen.

Wir sind bemüht, noch aktiver am Klassenkampf und am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen und die Anstrengungen zu verdoppeln, um den Imperialismus zu besiegen. Richten Sie bitte den österreichischen Arbeitern herzliche Kampfgrüße aus. Auch die österreichischen Arbeiter **und das österreichische Volk werden ihre Ausbeuter besiegen.**"

Nachdem wir von den Verhältnissen in Österreich erzählt hatten, zeigte uns der Rentner seine Wohnung. Immer wieder betonte er die ungeheuren Fortschritte, indem er von den alten kleinen Schlaflöchern erzählte, in denen er früher hausen mußte.

In jedem Wohnhaustrakt befinden sich pro Stockwerk – die Häuser haben meist zwei Stockwerke – drei Wohnungen. Jede Familie hat ihr eigenes WC und jeweils drei Familien miteinander eine Gemeinschaftsküche mit drei Kochstellen. Vor den Häusern sind kleine Vorgärten und viele Bäume. Die Häuser sind entsprechend den Bedürfnissen der Menschen gebaut. Es gibt keine knapp aneinandergeklebten Betonsilos mit Beton, Asphalt und einem Baum dazwischen, sondern die nur zweistöckigen Häuser sind großzügig mit viel Grün dazwischen angelegt.

Aus der Broschüre "ZU BESUCH IN DER VR CHINA". Zu beziehen über den KB Wien, Preis S 25.-

Das Pensionsalter muß herabgesetzt werden!

Die ÖGB-Funktionäre, die die "Solidarität"-Artikelserie verfaßten, sehen die Gründe für das Rentner- und Pensionistenelend im mangelnden Verständnis, in einer Kluft zwischen Jung und Alt, in einer Kluft zwischen Kapitalisten und älteren Arbeitern. Wenn ihre Vorschläge, die in die Richtung gehen, Kapitalisten und ältere Arbeiter "Rücksichtsnahme", junge und alte Arbeiter "Einstellung zu den Alten ändern" "auszusöhnen", auch nichts taugen, so haben sie doch wenigsten in einem Recht:

Die Kapitalisten nehmen auf die Arbeiter keine Rücksicht. Die Arbeiterklasse ist gespalten: Etwa in aus der Produktion Ausgeschiedene und in der Produktion Stehende.

Die Gründe für diese Spaltung liegen jedoch keineswegs in altersbedingter Feindschaft und Rivalität. Wer diesem Fehler aufsitzt, kann die Spaltung auf keinen Fall wirksam bekämpfen. Denn ihre Ursache liegt hauptsächlich in den folgenden drei Punkten:

- Die Pensionisten sind nicht nur nach Berufsgruppen gespalten (Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, der Angestellten, für Beschäftigte der Österreichischen Bundesbahn und der Bergleute) sondern bei ihrer Versicherung auch abgetrennt von den übrigen Sozialversicherungen. Damit erscheint es, als ob die Frage der Sicherung des Lebensabends eine Sonderfrage sei und auch gesondert behandelt werden müsse. In Wirklichkeit dient jedoch die gesamte Sozialversicherung dem einzigen Zweck, die Arbeitskraft für all die Fälle, wo sie aus verschiedenen Gründen nicht verkaufbar ist, zu schützen. Seien diese Gründe nun Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall oder Alter.

- Die Hälfte der Pensionsversicherungsbeiträge wird den Werktätigen vom Lohn abgezogen. Nur die andere Hälfte zahlen die Kapitalisten selbst, obwohl natürlich klar ist, daß dieser Betrag ebenfalls aus dem Ertrag der Ausbeutung der Arbeitskraft stammt. Durch dieses Beitragssystem erscheint es aber, als ob die in der Produktion stehenden Arbeiter die Pensionisten erhalten müßten.

Eine einheitliche Sozialversicherung, von den versicherten Werktätigen selbst verwaltet und von den Kapitalisten finanziert, erschwert den Kapitalisten die politische Spaltung von Jung und Alt. Jeder Kampf für eine solche Sozialversicherung erscheint dann nicht mehr als Generationskonflikt - wo die Jungen die Alten "erhalten" müssen - sondern wird als offener Klassenkampf ausgetragen. Darum ist es notwendig zu erkämpfen, daß die Kapitalisten die gesamten Beiträge bezahlen. Sind doch sie es, die durch die Auspressung der Arbeitskraft profitieren. Darum ist eine einheitliche Sozialversicherung, die von den versicherten Werktätigen selbst verwaltet wird, nötig. Sie wird die Einheit der Werktätigen und damit ihre Kampfkraft gegen die Kapitalisten stärken.

- Der augenscheinlichste Umstand, der den Kapitalisten die Spaltung der Arbeiterklasse in Pensionisten und in noch in der Produktion stehenden Arbeiter erleichtert, ist der, daß es tatsächliche Unterschiede gibt. Die kapitalistische Produktion hat die alten Arbeiter körperlich und geistig vollständig ausgelaugt, ihre Lebenskräfte bis zur Hilflosigkeit erschöpft. Dies ist die materielle Basis dafür, daß es den Kapitalisten so leicht gelingt, die alten und jungen Arbeiter gegeneinander auszuspielen.

Es ist heute keine Seltenheit, wenn Arbeiter schon mit 50 Jahren sterben. Nach offiziellen Angaben beträgt das durchschnittliche Sterbealter etwa von Schweißers 49,2 Jahre. Die Lebenserwartung von Akkordarbeitern ist noch geringer anzusetzen. Die offizielle Lebenserwartung in den Gesundheitsstatistiken hat für die Mehrheit der Arbeiter keine Gültigkeit. Doch auch hier ist sie im Sinken und das trotz der zweifellos gemachten großen Fortschritte in medizinischen Kenntnissen! Während ein Mann in den Jahren 1949 bis 51 im Alter von 65 noch durchschnittlich erwarten konnte, 12,01 Jahre zu leben, so sank diese Erwartung 1970 bis 72 auf 11,94 Jahre! Richtig wird die steigende gesundheitliche Ruinierung der Arbeiterschaft durch Akkord -, Nacht- und Schichtarbeit sowie überhaupt durch Steigerung der Arbeitshetze in der Solidarität vom Dezember festgestellt: "...Die Lebenserwartung in den Altersbereichen zwischen 25 und 55 beginnt zu sinken. Herz- und Kreislauferkrankungen nehmen zu. Und der Herzinfarkt hält fürchterliche Ernte. (Dezember S.7). Die ständig weiter steigende Auspressung der Arbeitskraft macht es notwendig, für Arbeiterschutzforderungen wie Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden einzutreten. Im Bezug auf die hier behandelte Frage ist es wichtig, dafür einzutreten, daß das Pensionsalter bei Frauen auf 55 und bei Männern auf 60 Jahre herabgesetzt werden muß!

Ein drastisches Bild für die Notwendigkeit der Herabsetzung des Pensionsalters vermitteln folgende Zahlen: ca.20% aller Pensionsanträge gehen in Richtung Frühpension. Wenn man an den niedrigen Durchschnittsbetrag, den die Pensionen ausmachen denkt und daran, daß die Höhe der Pension mit der Versicherungsdauer steigt, so kann man ermessen, daß diese Anträge keinesfalls freiwillig erfolgen. Wer nimmt schon gern finanzielle Einbußen hin.

FORTSETZUNG SEITE 12

FORTSETZUNG VON SEITE 11

...Pensionsalter

So führte eine IFES-Studie die tatsächlichen Gründe an, warum viele ältere Menschen um eine Frühpension ansuchen:

44% der befragten Männer sind der Meinung, daß sie sich mit 60 den Ruhestand verdient haben. "Sie wollen vom Leben noch etas haben," sagen sie.

38,2% "setzen ihre Hoffnung auf die Frühpension, weil sie krank (wenn auch nicht im Sinn der Invalidität) waren." (zitiert nach Solidarität, Feber 76).

Noch deutlicher werden die Zahlen, wenn man die Pensionszugänge nach den Pensionsversicherungsanstalten aufgliedert:

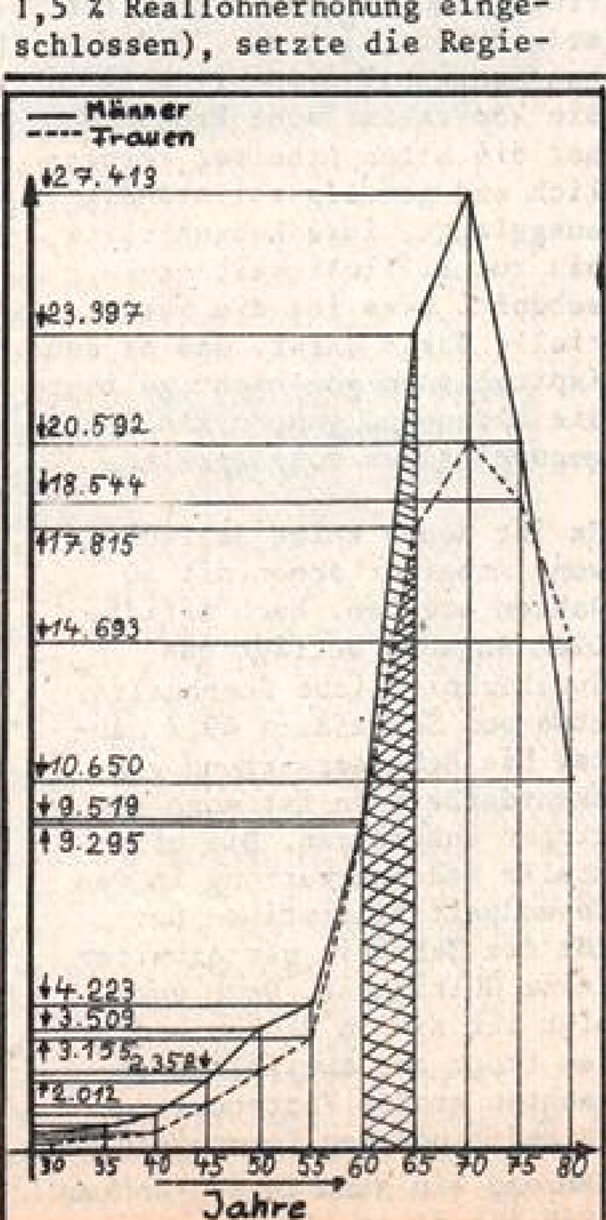
Man erhält, das bei der PVA der Arbeiter nur ein Drittel der jährlichen Neuzugänge normale Alterspensionen sind, während Früh- und Invaliditätspension die restlichen zwei Drittel ausmachen!

Noch krasser ist dieses Verhältnis in der knappschaftlichen Pension, d.h. bei den Bergarbeitern. Hier sind Zugänge der Frühpension und der normalen Pension etwa gleich hoch (sie schwanken jährlich etwa zwischen 220 und 290), während die gewährten Invaliditätspensionen absolut am höchsten sind'

Das nachfolgende Schaubild zeigt das Anwachsen der Invaliditätspensionen mit dem Alter. Die relativ niedrigen Zahlen bis zum 55.Lebensjahr zeigen, daß die hauptsächliche Ursache der Invalidität nicht etwa Unfall usw. ist, sondern die tag tägliche Ausbeutung im Betrieb und der dadurch frühzeitige Verschleiß von Arbeitskraft und Gesundheit.

Bei der Skizze ist noch zu bedenken, daß es gar nicht einfach ist, eine Invaliditätspension zu bekommen. Daß das Ausmaß der gesundheitlichen Schädigung der österreichischen Arbeiter daher noch weitaus höher liegen muß! Die Skizze zeigt, daß die Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit ab dem 55.Jahr sprunghaft ansteigen. Dies besonders bei den Frauen (strichlierte Linie), die ab dem 45.Lebensjahr konstant um etwa 1.000 unter den Männern liegen, in den Jahren 55 bis 60 jedoch fast dieselbe Anzahl erreichen. (Bei den Männern liegt dieser besonders hohe Anstieg in den Jahren 60 bis 65).

Daß die Frauen im folgenden nun nicht mehr so hoch steigen, liegt natürlich daran, daß eine Frau ab 60 Jahren um eine normale Alterspension einreichen kann und daher aus dieser Statistik ausscheidet.



Das Absinken der Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit ab dem 70.Lebensjahr ist durch die steigende Zahl der Todesfälle gegenüber den Neuzugängen bedingt. Dieses Schaubild verdeutlicht eindringlich, wie notwendig es ist, dafür einzutreten, daß das Pensionsalter für die Frauen auf 55 Jahre und für die Männer auf 60 Jahre herabgesetzt wird!

Die Durchsetzung dieser Forderung ist unumgänglich, damit sich die Arbeiterklasse ihre körperliche und geistige Gesundheit bewahrt und den Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat erfolgreich führen kann. Der Klassenkampf ist auch das einzige Mittel, um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, um besonders im Kampf um die obengenannten Forderungen auch einzelne ihrer Teile, wie z.B. die Alten aus ihrer gesonderten und isolierten Stellung herauszureissen und in eine einheitliche Klassenfront einzureihen.

Hier die Kapitalisten, die für eine möglichst intensive Ausbeutung der Arbeitskraft bis zu ihrem völligen Verschleiß eintreten - da die Arbeiterklasse, die für Schutzrechte und Versicherung der Arbeitskraft kämpft.

Hier die Bourgeoisie, die für die Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände eintritt - da das Proletariat, das Kräfte braucht, um die Ausbeuterordnung zu stürzen. Denn erst in einer Gesellschaft, wo nicht mehr der Profit das Höchste ist, nicht mehr nur die protabel verwertbare Arbeitskraft zählt, erst im Sozialismus wird der Mensch zum Wertvollsten - egal ob jung oder alt.

p.b./G.F.

FORTSETZUNG VON SEITE 8

...Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst

ses Verfahren "bewährte" und die Notwendigkeit für den bürgerlichen Staat bestand, diesen Erfolg auszunützen, wurde am 1.7.1972 ein neues Gehaltsabkommen angeschlossen, daß sogar - zusätzlich zur angeblichen Teuerungsabgeltung - eine 3 % Reallohnerhöhung zu bringen vorgab. Allein die Steuerprogression, in welche die höheren Gehälter hineinwuchsen, machte jede reale Erhöhung zunichte. Mit gutem Grund vermieden es Regierung und Gewerkschaftsführung, den genauen Text der abgeschlossenen Vereinbarungen zu veröffentlichen. Nur einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze wurden von der ÖVP - oder der SP-Gewerkschaftsfraktion in Wahlkämpfen gegeneinander ausgeschlachtet.

Das unbekannte Gehaltsabkommen

Nicht einmal die genaue Laufzeit der Abkommen wurde bekannt! So konnte keiner der Betroffenen überprüfen, was mit der Abrechnung bei Auslaufen eines Abkommens geschah und geschieht. Zur Zeit laufen verspätet Verhandlungen über ein drittes Abkommen, bei dessen Abschluß die öffentlich Bediensteten um die Abrechnung von 12 oder 15 Monaten Teuerung - das macht mehr als einen ganzen Monatsgehalt aus - höchstwahrscheinlich umfallen werden. Während noch im Frühjahr 1975 die Gewerkschaftsführer von einer möglichen 12 % Erhöhung ab 1.Juli 1976 schwätzten (1 bis 1,5 % Reallohnerhöhung eingeschlossen), setzte die Regierung im Budget für 1976 keinen Groschen mehr ein, als sie gesetzlich verpflichtet ist (etwa für die Abgeltung der Arbeitszeitverkürzung der Lehrer durch Überstunden mit 21monatiger Verspätung). Die Regierung hat von 1966 bis 1975 den staatlichen Personalaufwand nur von 35,29% auf 35,97% des jeweiligen Budgets erhöht. Mehrarbeit aber hat sie ihren Bediensteten im Auftrag der Bourgoisie aufgehalst, die auch auf diesem Weg ihre Unkosten beim Profitmachen von der Öffentlichkeit eintreibt. Das führte zu rapidem Ansteigen vor allem der tödlichen Arbeitsunfälle im öffentlichen Dienst (bis zu 300%) und soll durch ein Dienstnehmerschutzgesetz kaschiert werden, das einen arbeitsrechtlichen Ausgleich für geringere Gehaltserhöhung darstellen soll.

Die starre Haltung der Regierung, ihr erpresserisches und zynisches Ausspielen der Unbliebtheit der Beamten bei der Bevölkerung (dabei sind kaum 14 % der Staatsdiener Schreibtischbeamte) brachte die Gewerkschaftsführung über den Sommer zur Einsicht, daß eine sogenannte "Politik der Vernunft" am Platz sei.

»Unser Beitrag zur Budgetsanierung«

So protzte sich neulich einer dieser Kerle damit, daß er vorrechnete, der Unterschied zwischen dem, was die Beamten bei Weiterlaufen des bisherigen Gehaltsabkommens am 1.7. 1976 bekommen hätten, und dem, was "seine"Gewerkschaft "erkämpfen"werde, sei unser Beitrag zur Budgetsanierung. Die Weihnachtsbescherung für die Mitglieder der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hieß: Höchstens soviel, wie die Metaller damals forderten (10%),mindestens soviel, wie die Handelsangestellten bekamen(8,5%). Den unruhig werdenden Mitgliedern wurde versichert, nichts genaues zu sagen sei notwendig, um nicht die Kampfpläne an die Regierung zu verraten. Die bürgerliche Presse begeilte sich an den geschätzten Summen von 6-10 Milliarden S für 1976. Unter solchen Umständen die Unruhe unter den "Staatsdienern" wächst, ist kein Wunder, wenn auch die meisten nicht wissen, was man da überhaupt tun kann. Die Bindung der öffentlich Bediensteten an die bürgerliche Ideologie ist besonders groß, ihre Fesselung durch Gesetze ist besonders intensiv. Nur ein verschwindender Bruchteil von höheren Beamten (etwa 8.000) genießt wirklich Privilegien, während mehr als 70% aller Bediensteten im Monat weniger als 10.000 S verdienen und ihre Privilegien nicht größer sind als ihre Rechte, - nämlich so gut wie keine. Gerade aber die vielen Kleinverdiener haben täglich mit der Bevölkerung zu tun, spüren immer deutlicher, was da alles nicht stimmt an der bürgerlichen Ideologie, beginnen mehr und mehr einzusehen, welche Rolle ihnen vom Staat zugedacht ist, um die arbeitenden Menschen zu knechten. Sie spüren immer mehr, daß sie ihre Interessen selbst verteidigen müssen, aber daß sie das nicht allein, sondern nur organisiert machen können.

P.P.

"... seitens der österreichischen Exportindustrie (ist) im heurigen Jahr mit einer Offensive auf breitester Front zu rechnen. 'Uninteressante' Märkte wird es kaum mehr geben. Die Wettbewerbsverschärfung zwingt dazu, geographisch entlegene Marktchancen wahrzunehmen, und die Marktnischenpolitik auch auf die überseeischen Märkte auszudehnen." (Pressedienst der Industrie 2.1.76).

Österreichischer Nahost - Export

Jagd nach Maximalprofit

In den letzten Jahren versucht die österreichische Bourgeoisie, verstärkt auf den Export zu setzen. Heute wird die Exportoffensive als das Patentrezept gegen die Krise, ja zur 'Sanierung der gesamten Wirtschaft' angepriesen. Die 'Sanierung der Wirtschaft' hieß für die Kapitalisten im Klartext jedoch immer schon Sanierung bzw. Maximierung ihrer Profite. Auch die Imperialisten der anderen imperialistischen Staaten stehen vor dem selben Problem. Durch die internationale Krise geraten die verschiedenen Monopolverbände in immer schärfere Konkurrenz zueinander - mit allen Mittel müssen sie versuchen, sich gegenseitig die Marktanteile abzujagen.

Konnten die österreichischen Kapitalisten noch 1974 den Gesamtexport um 30% steigern, so sank der Export im letzten Jahr um 4 %. Der starke Exportrückgang in die traditionellen Märkte der EWG und Efta (Efta -15 %) schmälerte die Profite. Doch die Versuche der Bourgeoisie, ihre Exportpolitik umzuschichten, und neue Schwerpunkte zu schaffen, machten sich hier bezahlt: Der erfolgreiche 'Vorstoß in den arabischen Raum' brachte eine Exportsteigerung in die OPEC-Länder um 46%. (AZ 14.1.76)

Um diesen Vorstoß in die arabischen und afrikanischen Länder vorzubereiten bzw. abzusichern, wurden in den letzten Jahren mit diesen Ländern zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen. So mit dem Irak, Syrien, Libyen, Marokko und Ägypten. Über weitere Abkommen mit dem Sudan, Saudi-Arabien und den Vereinigten arabischen Emiraten wird verhandelt. Die Früchte dieser Bemühungen lassen auch nicht lange auf sich warten. Triumphierend verkündet die "Presse" vom 15.1.76: "Österreich gut im Rennen um ägyptische Großprojekte". Gute Aussichten für die österreichischen Kapitalisten bestünden beim Bau eines kalorischen Kraftwerks, von dem vor allem die Waagner-Biro als Kesselbauer profitieren soll. Zur Finanzierung dieses Projektes will die österreichische Kontrollbank mit einem Kredit von 28o Millionen Schilling und mehr sorgen. (Presse 20.1.76). Solche Projekte laufen darauf hinaus, daß die Entwicklungsländer doppelt geprellt werden: Erstens zahlt Ägypten 15 Jahre lang an dem Kredit und den üblichen Zinsen zurück, die Verschuldung verstärkt sich. Zweitens muß sich Ägypten den Geschäftsbedingungen der österreichischen Kapitalisten unterwerfen, um den Kredit überhaupt zu bekommen, die Abhängigkeit wird größer. Das ist nur ein Beispiel für eine ganz gängige Praxis der Imperialisten.

Während das Lebensniveau der werktätigen Klassen im eigenen Land gesenkt wird, die 'Sozial'-Ausgaben drastisch gekürzt werden, pressen die Kapitalisten durch Verschärfung der Arbeitshetze und Lohndrückerei Riesenprofite aus den Arbeitern, die sie dafür einsetzen, die Völker der dritten Welt auszuplündern und auszubeuten und in Abhängigkeit zu halten. Inländische Arbeitsplätze und Sozialleistungen werden um nichts "sicherer", wenn das Finanzkapital hohe Profite macht. Das "überflüssige" Kapital wird immer noch dort angesetzt, wo es am meisten bringt, etwa in Ländern, wo die Arbeitskräfte billig sind.

Sieht man sich die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ägypten insgesamt an, so merkt man ebenfalls, daß sie nicht beiden 'Partnern' in gleicher Weise zugute kommen: die Entwicklung der Handelsbilanz wirkt sich auf die ägyptische Wirtschaft äußerst ungünstig aus, und die österreichischen Kapitalisten profitieren davon.

Der Export Österreichs nach Ägypten betrug im ersten Halbjahr 1974 erst 83 Millionen Schilling, er stieg im ersten Halbjahr 1975 auf 290 Millionen Schilling, was einer Steigerung von 249 % entspricht. Auf der Import-Seite zeigt sich das umgekehrte Bild: betrug der Import Österreichs noch 145 Millionen Schilling **im ersten Halbjahr 1974, so sank er im ersten Halbjahr 1975 auf ganze 28 Millionen Schilling, was einem Rückgang von rund 81 % entspricht.** (Die Industrie 29.8.75).
Das bedeutet ebenfalls verstärkte Abhängigkeit und Verschuldung Ägyptens gegenüber Österreich. Es handelt sich jedoch nicht um ein besonders krasses Beispiel: die Tendenz zur verstärkten Abhängigkeit und wachsender Verschuldung prägt die Handelsbeziehungen zu allen arabischen Ländern: 1974 stieg der Export Österreichs in diese Länder um 36% gegenüber dem Vorjahr, der Import ging im selben Zeitraum um 28% zurück.

Bei ihren imperialistischen Vorstößen auf neue Märkte verlangen die österreichischen Monopolkapitalisten vom Staat so ungefähr alles, damit sie ungehindert ihre Profite scheffeln können und bürden ihm alles auf, was sie an Verlusten erwarten. Das Wirtschaftsmagazin 'Der Trend' vom Oktober 74 drückt das so aus: *"Gegen ein halbes Prozent Jahresprovision spielt Vater Staat gerne Versicherungsgesellschaft und deckt 90 % der Schadensfälle, die aus politischen Risiken entstehen. Ohne langes Feilschen werden die Schadenssummen sofort flüssig gemacht."*

"Den labilen politischen Verhältnissen Rechnung tragend" (Länderbank-Wirtschaftsdienst 1/2 76) übernimmt der Bund seit November letzten Jahres nicht mehr 90 %, sondern gleich die gesamten 100 % der Schadenssumme. Gegen den Widerstand der Völker der dritten Welt gegen die imperialistische Ausbeutung ist der österreichische Staat wirklich eine gute Versicherungsgesellschaft. Er preßt mit immer neuen Mitteln Unsummen an Steuergeldern aus den Werktätigen heraus und steht den Kapitalisten mit diesen Geldern großzügig zur Seite, wenn es bei ihnen 'Pannen' gibt, und sie nicht auf ihre Rechnung kommen sollten.

Im Jänner dieses Jahres beschloß die Regierung durch eine neuerliche Novellierung des Ausfuhrförderungs- und finanzierungsgesetzes eine weitere Erhöhung der Gelder für das genannte Exportgarantieverfahren von bisher 60 auf 80 Milliarden Schilling. Auch die Kreditgelder für die Exportfinanzierung wurden von 30 auf 40 Milliarden Schilling erhöht. Mit diesen 40 Milliarden Schilling bekommen die Kapitalisten besonders günstige und extra subventionierte Kredite, mit denen sie ihre Exporte vorfinanzieren. So ist der Staat der perfekte Handlanger der österreichischen Monopolkapitalisten, den sie kräftig einsetzen, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können, und mit hohen Profiten auszusteigen.

E.K.

Fortsetzung von Seite 2

. . . Benzinpreis

für all diese ungerechten Ziele, an denen die österreichischen Werktätigen kein Interesse haben können, sollen sie aber schon heute zur Kasse gebeten werden und mittels des Energiesicherungsgesetzes schikaniert werden können.

Allein eine Million Schilling im Jahr wird der österreichische "Mitgliedsbeitrag" für die Finanzierung der Tätigkeiten der Herren im IEA-Sekretariat betragen. Bei "Krisen" werden die Kapitalisten - vor allem die der Schwerindustrie - weiterhin genug Strom bekommen, um mit Profit produzieren zu können, die Stromversorgung der Bevölkerung aber wird eingeschränkt. Nicht genug: während die Industrie bekanntlich den billigen Strom bekommt, sollen alle Werktätigen, die mehr Strom verbrauchen als erlaubt, zehnmalsoviel für die Kilowattstunde bezahlen!

"Insbesondere können Stromverbraucher vorübergehend vom Strombezug ausgeschlossen oder im Strombezug beschränkt werden.."(§ 38)
"Für die entgegen Beschränkungsmaßnahmen ... mehr verbrauchte elektrische Energie haben die Elektrizitätsversorgungsunternehmen von den Stromverbrauchern..Mehrgebühren einzuheben... Die Höhe der Mehrgebühren...darf je Kilowattstunde das Zehnfache des ... Kilowattstundenpreises...nicht übersteigen..(§ 42)."

Solche Maßnahmen und eine Reihe weiterer Schikanen kann der Handelsminister

"jederzeit erlassen, also auch schon vor einer Gefährdung der Energieversorgung (was sich, um den Rechtsunterworfenen und die Vollziehungsorgane mit dem Krisenmanagement vertraut zu machen, in manchen Fällen als zweckmäßig erweisen wird)..."(§ 26/27; Erläuterungen)

Auf Probe sozusagen, wie wir es schon aus der Zeit der sogenannten "Ölkrise" kennen. Die Vorfinanzierung derartiger Einschränkungen soll sich aber der Staat ebenfalls von denen holen, für die die Energie "gesichert" wird - von der Kapitalistenklasse. Und nicht durch weitere indirekte Steuern oder "Aufschläge" auf den Benzinpreis.

H.H.

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70,- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB-Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37. Einzahlung auf das Konto Nr. 648 156 701 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Erlagschein folgt mit der ersten Übersandten Nummer.
Redaktionsschluß: 28.2.76 Erscheinungstermin: 2.3.76
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien.
Für den Inhalt verantwortlich: Wilfried Graf. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Gegen die Abweichungen der VRA in

Gegen wen muß heute der Hauptschlag im Kampf

Seit Mitte des letzten Jahres hat die VRAÖ/ML in ihrer Zeitschrift "Für die Volksmacht" bei verschiedenen Gelegenheiten die These vertreten, daß sich gegenwärtig in Österreich die faschistischen Tendenzen verstärken und daß es Aufgabe der kommunistischen Bewegung in unserem Lande sei, den Kampf gegen die faschistische Gefahr zu organisieren.

In den betreffenden Artikeln wird diese These nirgends umfassend aus einer konkreten Analyse der gegenwärtigen Klassenkampfsituation begründet, noch wird sie zusammenhängend mit all ihren Konsequenzen dargelegt. Stattdessen finden wir in der "Volksmacht" eine Aneinanderreihung verworrener, einander oft direkt widersprechender Aussagen zu dieser Frage. Sie lassen erkennen, daß sich die VRA keine Rechenschaft über die Bedeutung einer klaren Analyse und einer festen Linie in einer für die Entwicklung des Klassenkampfes und für die Taktik der Kommunisten so entscheidenden Frage ablegt.

Diese beliebige, oberflächliche Haltung ist gefährlich. Die kommunistische Bewegung in Österreich hat es bisher verabsäumt, einen offenen Meinungskampf über alle damit zusammenhängenden Fragen zu führen. Es ist hoch an der Zeit, mit dieser liberalen Haltung Schluß zu machen und diese Auseinandersetzung zu eröffnen, um Klarheit zu gewinnen und damit die Voraussetzungen für die Herstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung in Österreich zu verbessern.

Der Faschismus ist nicht einfach Reaktion auf eine Wirtschaftskrise und die „beginnende Gegenwehr" der Arbeiter

Die VRA leitet ihre These von der drohenden faschistischen Gefahr in Österreich nicht aus einer konkreten Analyse der gegenwärtigen Klassenkampfsituation und ihrer Entwicklungsperspektiven her, sondern aus dem allgemeinen Charakter des kapitalistischen Systems und der Bourgeoisherrschaft und ihrer Tendenz zur Reaktion im Imperialismus: *"Hat nicht die Arbeiterklasse die Macht, so hat sie unweigerlich die Kapitalistenklasse. Von Demokratie kann in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein, denn es herrscht eine winzige Minderheit von Ausbeutern über die gewaltige Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Eine winzige Minderheit herrscht und übt über die Arbeiterklasse Diktatur aus, weil eben alles nach ihren Wünschen zu gehen hat. Mag da noch soviel von "Demokratie" gesprochen und geschrieben werden. Solange die winzige Minderheit der Kapitalistenklasse ihre Ziele verfolgen kann, nämlich ungehindert die Macht auszuüben und menschliche Arbeitskraft in ihren gewaltigen Profit zu verwandeln, solange läßt sie die Zügel locker, spielt "Demokratie" mit allem Drum und Dran (Parteien, Parlament, Wahlen usw.) und verteilt Brosamen in Form von Reformen. Gerät die Kapitalistenherrschaft aber in die unvermeidlichen Schwierigkeiten ihrer Mißwirtschaft (Krisen), beginnen sich die Arbeiter gegen den Druck der ausbeuterischen Machthaber zu wehren, dann hat die Scheindemokratie ein Ende und die faschistische Diktatur des Kapitals beginnt. Unweigerlich führt Kapitalismus zu Faschismus, wenn nicht die Kapitalherrschaft von der Arbeiterklasse gestürzt wird."* (Für die Volksmacht Nr.103, Seite 2, Hervorhebung G.St.)

Dieser Darstellung nach hat der Faschismus seine Wurzeln im kapitalistischen Ausbeutersystem. Dessen Aufrechterhaltung dient die Diktatur der Bourgeoisie, in ihrer verdeckten Form des bürgerlichen Parlamentarismus wie auch in ihrer Gestalt der offenen faschistischen Diktatur. Beiden gemeinsam ist, daß sie Formen der Diktatur der Bourgeoisie über die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung sind, zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. **Im Falle des Faschismus allerdings nicht Diktatur der Bourgeoisie schlechthin, wie die VRA glauben macht, sondern Diktatur der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals, auch über die anderen Teile der Bourgeoisie.**

Unrichtig in der Darstellung der VRA ist bereits, daß im Fall der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie "von Demokratie überhaupt nicht die Rede sein kann". Geschichtlich ist die Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus als revolutionäre Vorkämpferin der bürgerlichen Demokratie an die Macht gelangt. Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium hat die Bourgeoisie der imperialistischen Länder jedoch bereits ihre fortschrittliche Seite völlig verloren, wurde zu einem erbitterten Feind der Demokratie, bedeutete ihre Herrschaft Reaktion auf der ganzen Linie und Abbau der Demokratie. Dies ändert aber nichts daran, daß sie, solange sie ihre Herrschaft in der Form der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrechterhält, dem Volk gewisse demokratische Rechte nicht völlig absprechen kann, wie verlogen, beschränkt und verstümmelt diese auch immer sind. Diese Rechte sind tatsächlich vorhanden und geben dem Klassenkampf des Proletariats einen gewissen Spielraum. Sie sind nicht nur einfach eine betrügerische "Sinnestäuschung", wie die VRA glauben macht. Im schroffen Gegensatz zur Tendenz der Bourgeoisie zur Reaktion auf der ganzen Linie hat die Arbeiterklasse auch ein brennendes Interesse daran, diese noch vorhandenen demokratischen Rechte nicht nur gegen jeden Angriff zu verteidigen, sondern im revolutionären Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie entschieden zu erweitern. Dieses Interesse hat sie, weil sie nur im Kampf um Demokratie an ihre soziale Befreiung herankommen und Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes schaffen kann.

Ist es bereits falsch, ein völliges Fehlen von Demokratie unter jeder Form der bürgerlichen Herrschaft zu behaupten und so die Unterschiede zwischen der bürgerlich-parlamentarischen und der faschistischen Form der bürgerlichen Klassenherrschaft völlig zu verwischen, so ist ein noch gefährlicherer Fehler in der Darstellung der Bedingungen für den Übergang von der einen zur anderen Form der bürgerlichen Herrschaft enthalten, wie die VRA sie entwickelt.

Nach der Darstellung der VRA geht die Bourgeoisie zum Faschismus über, wenn ihre Wirtschaft in die Krise gerät und die Arbeiter sich gegen den Druck der Ausbeuter zu wehren beginnen. Daraus leitet sie letztlich auch ihre These ab, daß gegenwärtig in Österreich der Faschismus eine aktuelle Bedrohung darstelle. Denn die kapitalistische Wirtschaft steckt in der Krise und die Arbeiter haben sich in vielfältigen Kämpfen zu wehren begonnen.

Es ist ganz offensichtlich, daß eine solche Darstellung der Bedingungen für den Übergang der Bourgeoisherrschaft zum Faschismus falsch ist. Keineswegs hat die Bourgeoisie irgendeines imperialistischen Landes in der Geschichte auf die bloßen Tatsachen einer Wirtschaftskrise und der Gegenwehr der Arbeiter mit der Errichtung des Faschismus reagiert. Wäre das so, so hätte bereits unzählige Male in allen imperialistischen Ländern der Faschismus errichtet werden müssen, alle paar Jahre eben, wenn es zur unvermeidlichen Krise der kapitalistischen Wirtschaft und zur ebenso unvermeidlichen Gegenwehr der Arbeiter gegen deren Folgen gekommen ist. Es bedarf keiner besonders gründlichen Geschichtskenntnisse, um zu sehen, daß das keineswegs der Fall war. Auch in Österreich hat die Bourgeoisie auf die Krise der Jahre 1967/68 und die beginnende Gegenwehr der Arbeiter durchaus nicht mit dem Faschismus geantwortet, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu erwähnen.

Die Geschichte lehrt dagegen, daß die Bourgeoisie dann den faschistischen Ausweg einzuschlagen versucht, wenn dieser Ausweg notwendig wird durch eine, im Gefolge scharfer Klassenkämpfe und einer Offensive der Arbeiterklasse äußerst zugespitzten Krise ihres ökonomischen und politischen Systems, eben des Systems ihrer bürgerlich-parlamentarischen Herrschaft, mit dem die Ausbeuterinteressen in dieser Lage nicht mehr durchgesetzt werden können; und wenn dieser Ausweg möglich wird in einer Lage, in der die Offensive der Arbeiterklasse gescheitert oder ins Stocken geraten ist und es der Bourgeoisie gelingt, aus der Defensive herauszukommen und nun ihrerseits die faschistische Offensive gegen die Arbeiterklasse zu eröffnen.

Die heutige politische Lage in Österreich

Haben wir es heute in Österreich mit solchen Bedingungen zu tun? Keineswegs.

Aus dem 2.Weltkrieg sind in Österreich alle Klassen erschöpft hervorgegangen, sowohl die Bourgeoisie als auch die Arbeiterklasse. Zur revolutionären Offensive ist die Arbeiterklasse zu keinem Zeitpunkt der Nachkriegsperiode angetreten, auch nicht am letzten Höhepunkt des Aufschwungs der Klassenkämpfe in den Massenstreiks des Jahres 1950. Der Abschwung der Arbeiterbewegung, der der Niederlage in diesen Massenkämpfen und der politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse in den 50-er Jahren durch den Farbwechsel der KPÖ folgte und vom zielstrebigen Ausbau des Apparates der Klassenzusammenarbeit und der So-

der Frage der faschistischen Gefahr

gegen die bürgerliche Reaktion geführt werden?

'zialpartnerschaft begleitet war, kam erst im Gefolge der Krise 1967/68 zum Stillstand. Unter den Bedingungen der gewaltigen Erschütterung der ideologischen Bindungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen an das kapitalistische System durch diese Krise, der maßlosen Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung durch die wiedererstarkte Bourgeoisie, die ihren verstärkten imperialistischen Bestrebungen nach außen eine feste Grundlage im Inneren schaffen mußte, und unter dem günstigen Einfluß der revolutionären Hauptströmung auf der Welt und der immer heftigeren Erschütterung des imperialistischen Weltsystems, begann damals die Phase der relativen Ruhe im Klassenkampf ihrem Ende zuzugehen und begannen mit dem Anwachsen der Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen wieder Elemente für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung und revolutionären Massenbewegung heranzuwachsen.

Die österreichische Bourgeoisie stellte sich auf diese Veränderungen und die zukünftige Entwicklung mit verschärfter Reaktion ein, wie das ihrem Wesen entspricht. Ziel ihrer reaktionären Bestrebungen war es in dieser Situation, die maßlose Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung im Inneren und ihre imperialistischen Bestrebungen nach außen politisch abzusichern.
Der sich ankündigende neue Aufschwung der Arbeiterbewegung und revolutionären Volksbewegung mußte im Keim erstickt werden. Als Mittel dazu boten sich reaktionäre Reformen an, in denen sich Betrug und Ausbau des gesetzlichen und materiellen Unterdrückungsapparates paarten. Fürs erste sollte es genügen, die betrügerische Seite dieser Reformen wirken zu lassen und mit ihrer Hilfe den Drang der Massen nach Veränderungen auf die Mühlen der Bourgeoisie zu lenken. Für den Fall des Scheiterns dieses Betrugs war mit dem Ausbau des Unterdrückungsapparates das Waffenarsenal für die gewaltsame Niederschlagung eines Aufschwungs der Massenbewegung bereitzustellen.

Für diese bestimmte Form der Reaktion der Bourgeoisie in einer bestimmten politischen Situation bot sich die SPÖ als der geeignete Träger an. Ihr großer Einfluß in der Arbeiterklasse auf dem Boden des Reformismus und ihre größere Beweglichkeit aufgrund der Tatsache, daß sie nicht wie die ÖVP durch Rücksichten auf die kleine und mittlere Bourgeoisie behindert war, ermöglichten es ihr, diesen reaktionären Auftrag mit der Bildung ihrer Alleinregierung vor sechs Jahren zu übernehmen und zu erfüllen.

Ihre reaktionären Maßnahmen konnten das weitere Anwachsen der Elemente für einen neuen Aufschwung der Massenbewegung jedoch nicht verhindern. Die Zersetzung des ideologischen Einflusses der Bourgeoisie auf die Massen schreitet fort. Die politische Fesselung durch die Illusionen über die Reformprogramme der SPÖ nimmt mit dem immer offensichtlicheren Hervortreten ihres betrügerischen Charakters ab. Zudem wird der Spielraum der SP-Regierung für Zugeständnisse an die Massen im Rahmen solcher Reformen mit der fortschreitenden Krise immer enger und hat sie ihren Reformeifer selbst drastisch zu beschneiden begonnen. Die kommunistische Bewegung ist in den vergangenen Jahren erstarkt und hat - wenn auch noch auf niedrigem Niveau - begonnen, in den Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes die Selbständigkeit und Einheit gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu stärken. Die selbständigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volks haben in den 70-er Jahren zugenommen und an Kraft gewonnen, wenn sie auch nach wie vor zersplittert und beschränkt sind und sich noch nicht zu einem wirklichen Aufschwung der Massenbewegung entwickelt haben. Zu einem offenen Zusammenstoß der Reaktion der Bourgeoisie mit diesen selbständigen Bewegungen ist es noch kaum gekommen, aber der Aufschwung der Massenbewegung auf dem Boden der Krise wird unvermeidlich zu einem solchen Zusammenstoß führen. Die Bourgeoisie rüstet sich dafür und die Arbeiterklasse muß sich ebenfalls darauf vorbereiten.

Der Träger der bürgerlichen Reaktion ist heute die SP-Regierung

Untersucht man die politische Lage und ihre Entwicklung in den letzten Jahren, so sieht man, daß die Reaktion der Bourgeoisie ganz bestimmte Ziele und ganz bestimmte Träger hat. Die gegenwärtigen Ziele der Reaktion im Inneren bestehen nach wie vor in der Fesselung der Massen an das bürgerlich-parlamentarische System, keineswegs im faschistischen Angriff auf das bürgerlich-parlamentarische System. Auch der Entwurf für ein Vorarlberger Sicherheitsgesetz, das die VRA gerne als solchen Angriff anführt, ist nichts anderes als ein bestimmter reaktionärer Vorschlag zum Ausbau des Unterdrückungsapparates im Rahmen des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Kein maßgeblicher Sprecher der Bourgeoisie hat auch nur im geringsten das bürgerlich-parlamentarische System angegriffen, im Gegenteil: sie alle überschlagen sich mit Vorschlägen zu seiner Reformierung zum Zweck der engeren Bindung der Arbeiterklasse und des Volkes daran. An dieser Tatsache ändert auch das Auftreten von faschistischen Grüppchen da und dort nichts, die es immer geben wird und die immer ihre Geldgeber finden werden, solange es den Kapitalismus gibt. In keiner Weise sind sie gegenwärtig repräsentativ für die heutigen reaktionären Bestrebungen der österreichischen Bourgeoisie. In keiner Weise sind sie der heutige Träger der Reaktion der Bourgeoisie. Dieser Träger ist nach wie vor die SP-Regierung. Sie - und nicht die Faschisten - führt heute alle reaktionären Maßnahmen zur Gängelung und Knebelung der Arbeiterklasse und des Volkes durch. Sie - und nicht die Faschisten - rüstet den imperialistischen Staat für die Unterdrückung der Klassenkämpfe im Inneren und die Verfolgung der imperialistischen Bestrebungen nach außen. Gegen sie - und nicht gegen die Faschisten - muß daher die Arbeiterklasse gegenwärtig den Hauptschlag in ihrem Kampf gegen die Reaktion der Bourgeoisie richten.

Das gilt unabhängig davon, daß den Faschistengruppen jederzeit entschieden politisch und ideologisch entgegengetreten werden muß. In dieser Hinsicht ist es in der Politik des KB stellenweise zu Versäumnissen gekommen. Völlig falsch ist es jedoch, den Hauptschlag gegen sie führen zu wollen, wie es sich in der Politik der VRA immer deutlicher abzeichnet.

Eine Fehleinschätzung in dieser Frage ist natürlich eng verbunden mit einer falschen Einschätzung und Haltung zur SP-Regierung. Dementsprechend ist die Position der VRA zur SP-Regierung von besonders krassen Schwankungen und offen widersprüchlichen Festlegungen geprägt.

In der "Volksmacht" Nr.106 schreibt sie im Artikel "Chile-Solidarität":

"Es darf nicht übersehen werden, daß die herrschende Klasse Österreichs und hier besonders die SPÖ-Führung (aber auch die Revisionisten) der Jugend gern ein ablenkendes Betätigungsfeld überläßt." (Gemeint ist die aktive Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes. G.St.) "Erstens präsentiert man sich da in der weißen "Demokratieweste" und vertuscht die eigenen Faschisierungsvorbereitungen."

Wird hier die SP-Führung als Träger der faschistischen Gefahr gekennzeichnet, so wird sie bald darauf als eine Kraft dargestellt, die vor den faschistischen Bestrebungen der Kapitalistenklasse zurückweicht und kapituliert, obwohl ihr im gleichen Atemzug bescheinigt wird, daß sie "im höchsten Maße das Gesamtinteresse der herrschenden Kapitalistenklasse vertritt":

"Wir...erweisen uns...dadurch vor den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung als echte und einzige Vertreter ihrer Interessen,...daß wir im Zuge der konkreten und täglichen Verteidigung der Interessen der Werktätigen an Hand deren eigener Praxis nachweisen, daß die SP-Führung die arbeitenden Menschen betrügt und verrät, daß sie nicht einmal ihre eigenen Versprechungen wahrmachen will, daß sie bereit ist, vor der Kapitalistenklasse im allgemeinen und vor den reaktionären und faschistischen Attacken auf die Lebensrechte der Werktätigen im besonderen wie eh und je schmählich zu kapitulieren."
(Für die Volksmacht Nr.109/110 "Orientierung auf die SPÖ-Arbeiter").

Der Reaktion muß im Kampf um Demokratie entgegengetreten werden

Die eine Seite der Medaille der VRA-Politik bildet so auf dem Boden einer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation eine falsche Einschätzung der gegenwärtigen Formen, Ziele und Träger der Reaktion der Bourgeoisie, eine entsprechend falsche Bestimmung des Ziels des notwendigen Hauptschlages der Arbeiterklasse, und eine schwankende, so oder so falsche Haltung zur SP-Regierung.

Die andere Seite der Medaille bildet die falsche Haltung der VRA zum politischen Kampf der Arbeiterklasse.

FORTSETZUNG AUF SEITE 16

FORTSETZUNG VON SEITE 15

Was den Klassenkampf betrifft, ist die VRA bestrebt, ihn auf den wirtschaftlichen Kampf einzuschränken und praktisch jede politische Bewegung, sei es nun die anti-imperialistische Bewegung, der Kampf um die völlige Streichung der Abtreibungsparagraphen oder der Kampf gegen die staatliche Ausplünderung, als "Ablenkung vom jetzt entscheidenden Kampf um den Lohn" zurückzuweisen und zu verteufeln. Einzige Ausnahmen bilden einerseits der "anti-faschistische Kampf", andererseits der "Kampf gegen die Supermächte", in dem die VRA durchaus bereit zu Bündnissen mit der Bourgeoisie ist, die ihrer Meinung nach gerade den Faschismus vorbereitet.

Diese falsche Linie ist keine aktuelle Besonderheit der VRA. Sie hat in der kommunistischen Bewegung immer schon ein große Rolle gespielt. Lenin hat sie schon bei ihrem ersten Auftreten in der Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und später um das ganze politische Minimalprogramm der Kommunistischen Partei entschieden bekämpft und als "imperialistischen Ökonomismus" gebrandmarkt.

Diese Abweichung vom Marxismus-Leninismus besteht darin, den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie und demokratische Forderungen nach dem Eintritt des Kapitalismus in seine imperialistische Epoche für erledigt und "reformistisch" zu betrachten, ein politisches Minimalprogramm der Kommunisten mit den Forderungen des konsequenten Demokratismus abzulehnen, den Kampf der Arbeiterklasse auf den wirtschaftlichen Kampf einzuschränken oder den politischen Kampf nur auf wirtschaftlichem Boden zu führen und diese Einschränkung des Klassenkampfes zu verbinden mit einer abstrakten Propaganda der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus, ohne den Weg zu zeigen, auf dem die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, ihre Diktatur errichten und den Sozialismus aufbauen kann.

Von ihrer Grundsatzerklärung bis zu ihrer heutigen praktischen Politik ist die VRA eine Verfechterin dieser Abweichung geblieben. Auch die Politik des KB ist durchaus nicht frei von dieser Abweichung, doch im Gegensatz zur VRA handelt es sich bei diesen Fehlern nicht um die grundsätzliche Linie, sondern um Abweichungen von der in seinem letzten Rechenschaftsbericht festgelegten richtigen Linie des demokratischen Kampfes, auf deren Boden diese Fehler korrigiert werden können.

Die Arbeiterklasse muß heute den Kampf gegen die bürgerliche Reaktion in ihrer aktuellen Form führen, indem sie ihren wirtschaftlichen Kampf eng mit dem politischen Kampf um Demokratie zum einheitlichen Klassenkampf verbindet.

Dabei geht es nicht nur um die Verteidigung der bestehenden verstümmelten demokratischen Freiheiten, die der imperialistische Staat heute noch zugestehen muß, sondern um die Vorbereitung des offensiven Kampfes um revolutionär-demokratische Forderungen, wie die nach Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter, nach Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Beamten und Lehrer, nach Abschaffung der indirekten Steuern und ausschließlicher direkter progressiver Besteuerung, nach Abschaffung des Bundesheeres, der Polizei und Gendarmerie und ihrer Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung bei Wählbarkeit und Abwählbarkeit der Offiziere usw.

Nur unter solchen Forderungen und Teilforderungen auf ihrer Linie kann die Arbeiterklasse im Aufschwung der Massenbewegung das Volk um sich sammeln, den Angriff auf die Positionen der herrschenden Ausbeuterminderheit einleiten und führen bis hin zu direkten Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, zur Errichtung der eigenen Diktatur in der Form der uneingeschränkten Volksherrschaft, um sich von der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft zu befreien und den Sozialismus aufzubauen.

Sie kann den Kampf gegen die bürgerliche Reaktion nicht führen, indem sie auf den politischen Kampf verzichtet oder ihn nur auf wirtschaftlichem Boden führt oder ihn einschränkt auf die bloße Verteidigung der noch bestehenden demokratischen Freiheiten. Nur die zielstrebige Verbindung des wirtschaftlichen Kampfes mit dem entschiedensten Kampf um Demokratie zum einheitlichen Klassenkampf ermöglicht den erfolgreichen Kampf gegen die heutigen reaktionären Bestrebungen der Bourgeoisie, wie auch, der Bourgeoisie den faschistischen Ausweg verstellen zu können, wenn sie ihn in einer anderen Situation des Klassenkampfes unweigerlich suchen wird.

Die Arbeiterklasse im Geist des konsequenten Demokratismus zu erziehen und jeden Ansatzpunkt für die Vorbereitung des praktischen Kampfes um demokratische Rechte des Volkes zu nutzen, das ist die aktuelle Aufgabe der Kommunisten in Österreich im Kampf gegen die bürgerliche Reaktion.

G.St.

Demonstration gegen jede und für die ersatzlose Streich

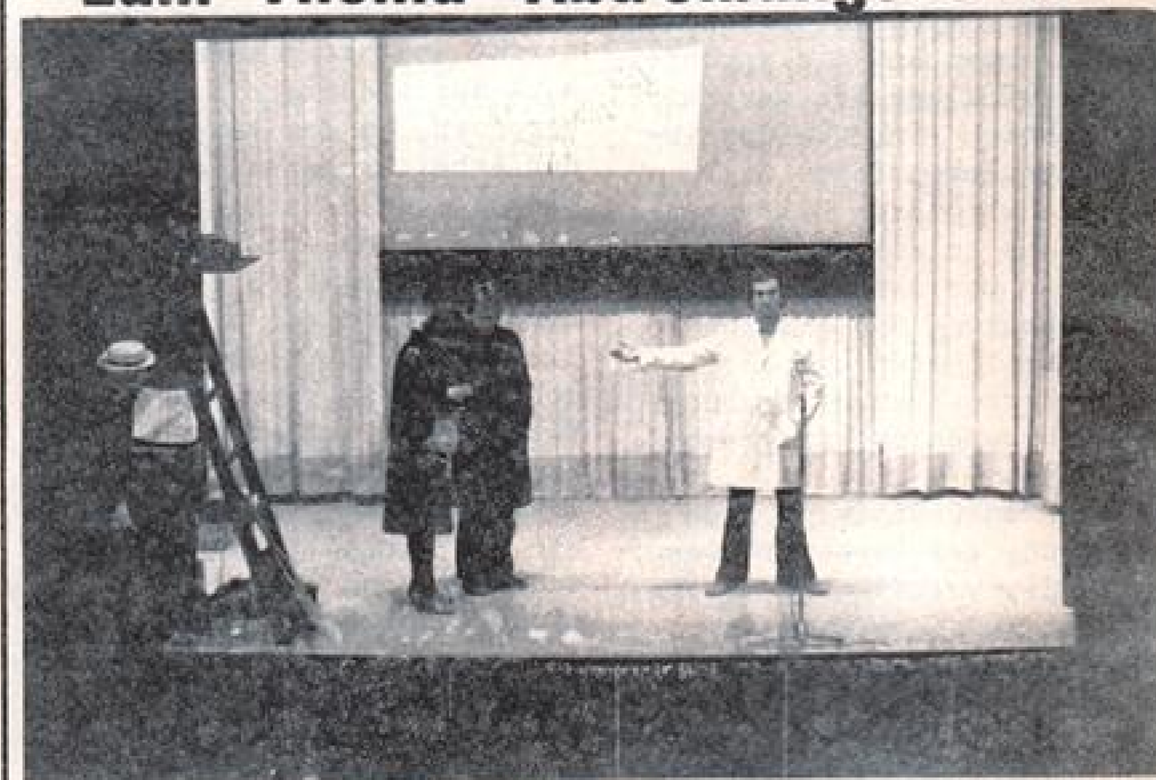
In den letzten Tagen trat die Hauptwahlbehörde zusammen, die über das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens der Aktion Leben entscheidet.

Damit ist abzusehen, daß in nächster Zeit der Gesetzesentwurf im Parlament behandelt werden wird. Worüber aber wird verhandelt? Etwa über die Alternative: Abtreibungsverbot oder Recht auf Abtreibung? Nein, keineswegs! Verhandelt wird über die wirksamste Methode, Abtreibungen zu verhindern, ohne den Betroffenen die Entscheidung zu überlassen, also über das wirkungsvollste Abtreibungsverbot. Zur Auswahl stehen der Gesetzesentwurf der Aktion Leben, die Fristenlösung der SPÖ, sowie die Indikationenlösung der ÖVP und die Konfliktregelung der FPÖ. Das seit 1973 bestehende Geburtendefizit und die steigenden Abtreibungsziffern haben den Staat alarmiert. Eines der Mittel, um die Geburtenrate wieder zu erhöhen, ist für ihn eine wirksame Kontrolle und Senkung der Abtreibungsziffern.

Die Aktion Leben hat trotz der 900.000 Unterschriften eine Niederlage erlitten. Besonders in den Städten hat sie von der werktätigen Bevölkerung eine kräftige Abfuhr erhalten, aber auch am Land ist es ihr nicht gelungen, die Bevölkerung für ihre reaktionären Zwecke einzuspannen.

Das hat dazu geführt, daß sich sowohl die ÖVP als auch die

Erfolgreiche Veranstaltung zum Thema Abtreibungsverbot



Am 21.2.1976 fand im Porrhaus eine Veranstaltung des "Komitees für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" statt.

Im Mittelpunkt stand ein Theaterstück der Innsbrucker Agit-Propgruppe "Laienwerkstatt Röntgenschirm" Das Stück stellt die Erfahrungen einer Arbeiterfamilie mit der Fristenlösung dar: Die Arbeiterfrau kann sich im Gegensatz zu einer Frau aus besseren Kreisen eine Abtreibung bei einem Privatarzt nicht leisten. Nun setzt diese Familie, Hoffnungen auf die Fristenlösung. Begleitet von der zweifelnden Frage "....die Betroffenen können selber entscheiden?" erfolgt die Abweisung in der Beratungsstelle. Dort wird im Interesse des Staates und nicht im Sinne der Familien entschieden. In der nächsten Szene wird dieses staatliche Interesse untersucht: Grundlage dafür ist das Interesse der Kapitalisten an billigen Arbeitskräften, die durch einen Arbeitskräfteüberschuß gewährleistet sind. Der Staat zeigt sich als Vertreter des Gesamtkapitals – hier durch die Einführung eines noch wirksameren Abtreibungsverbotes – der Fristenlösung.

Über den Charakter der Fristenlösung gab ein einleitendes Referat Aufschluß. Darin wurde die Entstehungsgeschichte des § 144 und seine Umwandlung in die Fristenlösung, einem neuerlichen Abtreibungsverbot dargelegt.

Das Schlußreferat beinhaltete den Aktionseinheitsaufruf des Komitees, der die Basis für den Zusammenschluß von Organisationen und Einzelpersonen zu einer Demonstration bilden soll. Dieser wurde einstimmig angenommen. Der volle Saal (ca.400 Anwesende) zeigte, daß viele Leute mit der Fristenlösung nicht einverstanden sind.

Durch die einstimmige Annahme des Aktionseinheitsaufrufes und einer Resolution erklärten sich die Versammelten einverstanden, im privaten Kreis, an ihrem Arbeitsplatz und in ihren Organisationen für die Forderung des Komitees einzutreten und für die Demonstration zu mobilisieren.

Form des Abtreibungsverbots ung der Abtreibungsparagraphen

Kirche von der Aktion Leben distanziert haben. Die Aktion Leben selbst hat ihre Linie im Auftreten ebenfalls der Stimmung unter den Werktätigen angepaßt und gerät immer mehr in die Deffensive. Hat sie schon während der Durchführung des Volksbegehrens immer mehr ihre Parole vom "Mord am ungeborenen Leben" durch die Forderung sozialpolitischer Verbesserungen und die Anerkennung der schlechten sozialen Verhältnisse ersetzt, so urgiert sie heute von der Regierung nur mehr eine "ernsthafte Behandlung des Volksbegehrens".

Im Parlament wird keine der dort vertretenen Parteien das Volksbegehren direkt unterstützen und die Rückkehr zum alten § 144 fordern, noch dazu, wo man mit dem alten § 144 schon die Erfahrung machte, daß er nicht verhindern konnte, daß über 100.000 Frauen jährlich abtrieben.

Allerdings ist damit zu rechnen, daß die Regierung der Aktion Leben etwas entgegenkommen wird und unter dem Deckmantel der Bereitschaft, "die positiven Aspekte aus dem Volksbegehren zu berücksichtigen" solche Veränderungen vornehmen wird, die auf eine weitere Verschärfung der Kontrolle hinauslaufen. Denn einerseits muß die Regierung darauf achten, sich bei der Behandlung eines Volksbegehrens, das immerhin 900.000 Wähler unterschrieben haben, den Anschein der "Demokratie" zu wahren. Anderseits wurden auch schon innerhalb der SP-Führung unzufriedene Stimmen laut, weil die Fristenlösung noch nicht den erwarteten Erfolg hatte, nämlich ein Ansteigen der Geburtenrate. (Viele der in Kliniken abgewiesenen Frauen kratzten das Geld für den teuren Privatarzt zusammen oder trieben illegal ab).

Von daher ist auch die Äußerung vom Sekretär des Justizministers Broda, Dr.Keller zu verstehen, wenn er sagte, daß die Einrichtung von Kommissionen, die über eine Abtreibung entscheiden, befürworten würde.

G.Nowotny kritisierte auch schon in der Kronenzeitung an den Beratungsstellen, daß sie oft nicht ihre Aufgabe erfüllten, "die sie eigentlich erfüllen müßten: Nämlich im Zweifelsfall die Schwangere zu bewegen, ihr Kind zu behalten."

In der jetzigen Situation, in der sich innerhalb der werktätigen Bevölkerung schon immer mehr Unzufriedenheit über die Fristenlösung verbreitet, kann es sich die SPÖ-Regierung nicht leisten, am Gesetz etwas in Richtung Indikationenlösung zu ändern. Aber die Fristenlösung läßt offen, wie scharf die Kontrolle über die Bevölkerung ausgeübt wird. Um z.B. staatliche Kommissionen einzusetzen, die für die Frau verpflichtend sind und über eine Abtreibung entscheiden, braucht man das Gesetz nicht zu ändern, dazu genügen einfache Durchführungsbestimmungen.

Eines ist klar: was auch immer im Parlament vorgeschlagen wird, - keine der "Lösungen" gibt dem Volk das Recht auf Abtreibung, sondern jede soll in einer anderen Art für den Staat das Problem lösen, Abtreibungen am wirkungsvollsten zu verhindern. Dagegen muß sich die werktätige Bevölkerung wenden und sich das Recht auf Abtreibung erkämpfen. Wir treten keinesfalls dafür ein, daß die Familien in immer größerem Maß abtreiben sollen, sondern für das Recht der Familien des Volkes, selbst über die Zahl ihrer Kinder und damit auch über die Abtreibung als den oft letzten Ausweg zu entscheiden. Wir müssen dem Staat das Recht abringen, über unsere Angelegenheiten selbst zu entscheiden.

Und gerade der Zeitpunkt, zu dem die bürgerlichen Parteien sich im Parlament über die wirksamste Form des Abtreibungsverbots streiten ist günstig, um in einer Demonstration gegen jedes Abtreibungsverbot, auch gegen die Fristenlösung und für die ersatzlose Streichung aller Abtreibungsparagraphen einzutreten. Mit dieser Demonstration soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Fronten nicht zwischen Aktion Leben und Fristenlösung verlaufen, denn beide verfolgen dasselbe Ziel, sondern zwischen den Interessen des Staates und denen des Volkes. Sie soll aufzeigen, daß das Volk keine Einmischung des Staates in seine Angelegenheiten will.

WK./E.O./F.Sch.

BRD:
Demonstration gegen Abtreibungsparagraphen !

Ein Jahr ist es her, daß der Verfassungsgerichtshof der BRD das Abtreibungsverbot für "ewig" erklärt hat.

Dieses Jahr im Februar war eine sogenannte "Indikationenlösung" beschlossen worden, die das Abtreibungsverbot aufrechterhält. So kam es in über hundert Städten der BRD zu Demonstrationen. In Berlin waren es 1200, in Bremen 1300 Menschen, insgesamt dürften mehr als 13.000 Leute sich beteiligt haben. Die Demonstrationen trafen auf große Sympathie der Bevölkerung. Sie waren kämpferisch, und die Teilnehmer versuchten sehr ideenreich ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Viele Transparente waren mit Szenen und Bildern zum Problem der Abtreibung bemalt. Die Polizei versuchte an einigen Orten Demonstrationen zu zerschlagen, knüppelte und nahm Verhaftungen vor. Das führte aber nur dazu, daß die Menschen zum jeweiligen Polizeipräsidium zogen und die Freilassung der Verhafteten forderten.

Aktionseinheitsaufruf

Die sozialen Verhältnisse sind es, welche die werktätige Bevölkerung seit jeher zur Abtreibung als letzten Ausweg gezwungen haben. Darum gibt es eine lange Tradition der Werktätigen im Kampf gegen die staatlichen Verbote der Abtreibung.

Mit Beginn des Jahres 1975 wurde der alte Strafparagraph 144 von der Regierung durch die sogenannte Fristenlösung ersetzt. Die Fristenlösung ist ebenso wie der alte Paragraph ein Teil des Strafgesetzes. Sie stellt grundsätzlich die Abtreibung unter Strafe (§ 96) und macht nur dann eine Ausnahme, wenn eine Abtreibung nach ärztlicher Beratung von einem Arzt in den ersten drei Monaten (oder bei Gefahr für Mutter und Kind) durchgeführt wird, wobei es den Ärzten frei steht, eine Abtreibung zu machen (§ 97). Das bedeutet für die Betroffenen, dass die Entscheidung über die Durchführung einer Abtreibung nicht in ihren Händen liegt, sondern diese Entscheidung letztlich von den Ärzten getroffen wird bzw. in der Praxis von eigens dafür eingerichteten Beratungsstellen. Das Ergebnis ist, dass unter der Fristenlösung im Jahre 1975 nur ca. 3o.ooo Arbtreibungen (davon ca. 15.ooo medizinische Indikationen!) in den Krankenhäusern durchgeführt wurden. Für die grosse Zahl der abgewiesenen Frauen hat sich nichts geändert.

Wie unter dem § 144 bleibt ihnen wiederum nur die Alternative zwischen der Abtreibung bei einem Privatarzt zu einem für die meisten unerschwinglichen Preis, der sehr gefährlichen Selbstabtreibung oder der Abtreibung bei der "Engelmacherein" bzw. das Austrages des Kindes unter ungünstigsten Voraussetzungen.

Das zeigt deutlich, dass die Fristenlösung ein neuerliches Verbot der Abtreibung ist, das nur wirkliche Vorteile für diejenigen bringt, die es sich wegen ihres Geldes schon immer richten konnten.

All das kann nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sein, die aufgrund ihrer Lebensverhältnisse das Recht auf Abtreibung, dass also die Betroffenen selbst über die Durchführung einer Abtreibung entscheiden können, braucht. Dieses Recht kann nur dann hergestellt werden, wenn die Werktätigen die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen vom Staat erkämpfen.

Ca. Mitte März wird das Volksbegehren der Aktion Leben im Parlament behandelt, das andere Mittel zum Verbot der Abtreibung beinhaltet. In dieser Parlamentsdebatte geht es nicht darum, das Recht auf Abtreibung herzustellen, sondern um die wirksamste Art des Abtreibungsverbotes. Beide "Lösungen" geben vor, im Interesse des Volkes zu handeln. In dieser Situation ist es wichtig, zu zeigen, dass nur die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen im Interesse des Volkes liegt. Deshalb schlägt das Komitee "Für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" eine Demonstration in der Woche der Parlamentsbehandlung des Volksbegehrens unter folgenden Losungen vor:

FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG ALLER ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN!
GEGEN JEDE FORM DES ABTREIBUNGSVERBOTES - WIE FRISTENLÖSUNG ODER GESETZENTWURF DER AKTION LEBEN!

Dieser Aufruf ergeht an: ÖGB, GJ und GE, SJ, JG, VSStÖ., Soz. Frauen, KPÖ, KJÖ, KSV, BdF, FÖJ, GRM & Rote FR.Gr., AUF, VMA, KAJ, VRA, MLPÖ, KB, MLS, VUV, RSB, Freidenkerbund.

Gegen die Minderheitenfeststellung!

Seit der endgültigen Einigung der drei Parlamentsparteien, im März die Novelle zum Volkszählungsgesetz zu beschließen, stellen sich auch die bürgerlichen Zeitungen außerhalb Kärntens darauf ein, Druck auf die Minderheiten auszuüben und ihren Widerstand zu diffamieren. Der Widerstand gegen die Zählung aber ist gerecht und muß unterstützt werden.
Die Vertreter der Minderheiten lehnen die "Prozentdemokratie" ab, weil sie Teilen der Minderheiten weiterhin Sprachenrechte vorenthält. Und sie weisen darauf hin, daß die Zählungen in einer nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre stattfinden würden, daß sie einen üblen Volkstumskampf geradezu provozieren und zur weiteren Einschüchterung der Minderheiten dienen würden. Der Vorwand, man müsse zählen, um zu wissen wo und in welcher Dichte es Minderheiten gibt, ist einfach politischer Betrug mit dem vom undemokratischen Prinzip der geplanten Regelung abgelenkt werden soll.

Vor ca.5 Jahren sprachen die bürgerlichen Parteien noch dauernd von Toleranz und Großzügigkeit gegenüber den Minderheiten. Kreisky betonte damals, er werde nichts unternehmen, was die Minderheiten nicht akzeptieren könnten.

Gesetz über die Zählung: jederzeit einsetzbar um das Volk zu spalten

Das neue Gesetz über die Volkszählung soll ermöglichen, daß Volkszählungen beliebig oft durchführbar sind, daß Sprachenzählungen jederzeit in ganz Österreich oder nur in bestimmten Gebieten durchgeführt, und daß sie geheim oder auch nicht geheim durchgeführt werden können.



So sollen die zweisprachigen Ortstafeln aussehen!
Das Staatswappen - nirgendwo sonst auf einer Ortstafel - ist eine unglaubliche Provokation. Der Staat demonstriert: wenn überhaupt etwas zugestanden wird, dann habt ihr euch gefälligst dem Willen des bürgerlichen Staates zu unterwerfen!

Also ein Instrument, mit dessen Hilfe jederzeit der Geltungsbereich der Minderheitsrechte "korrigiert" werden kann. Die Rechtsanwältekammer Kärntens fordert schon heute eine ständige "Angleichung" des Geltungsbereiches der Minderheitsrechte nach jeder Zählung.
Wie wichtig dieses Gesetz der gesamten österreichischen Bourgeoisie ist, zeigen die Reaktionen der bürgerlichen Ende Februar: Kreisky bezeichnete die Minderheiten als ewig unzufriedene Elemente im Staat, ("Minderheiten werden nie zufrieden sein"), ein Leitartikel im Kurier meinte, die Slowenen in Kärnten hätten den Zug schon längst verpaßt und sollten den Widerstand gegen die geplante Zählung doch aufgeben. Die Presse sagte einen stärkeren, "unvermeidlichen" Zusammenstoß voraus, als es ihn 1972 gab, wenn die Slowenen ihren Widerstand aufrechterhalten. Und vermutete, daß es unter den Slowenen "professionelle Unruhestifter" geben müsse.
Kreiskys Sektionschef Dr.Willibald Pahr, der Fachmann für die neuen Minderheitengesetze, schlägt sogar vor, man solle "ein feierliches Paktum" abschließen, in dem die Regierung eine"verbindliche Erklärung (gibt) den Bestand der Volksgruppen sichern zu wollen" und in dem "andererseits eine Loyalitätserklärung der Volksgruppen zu Österreich" ausgedrückt wird.

Diese beiden letzten Tatsachen zeigen erneut, daß es der Bourgeoisie nicht darum geht, die selbstverständlichsten demokratischen Rechte dem Volk ohne Einschränkung zu gewähren. Jeder, der eine undemokratische Regelung beharrlich ablehnt, wird als Unruhestifter abgestempelt. Und bevor ihm die Rechte gewährt werden, muß er ein "Bekenntnis" ablegen. Natürlich wird hier das Bekenntnis zum bürgerlichen Österreich verlangt, das womöglich noch besagen soll - man sei mit allem voll zufrieden.

Der Widerstand verstärkt sich

Seit Jänner zeichnete sich auch schon ab, daß - besonders wegen des Widerstands unter den Minderheiten - nicht einmal die bürgerlichen Zeitungen verschweigen können, welche Folgen eine Zählung der Minderheiten haben werde. Der Kurier brachte einen Bericht aus Achomitz/Zahomc, wo es beim zweisprachigen Empfang für Olympiasieger Schnabl zu deutschnationalistischen Ausschreitungen kam. Im Gespräch am Gemeindeamt von Hohenthurn, von wo aus Achomitz/Zahomc verwaltet wird, sagte die Sekretärin, wie sich der jahrzehntelange Druck auf die Slowenen heute noch äußert:
"Die Slowenen seint ja lei in da Gruppn stork - wenn oba ana do auf die Gemeinde einakummt und eineschreibn muaß, wos er ist, donn follt a jeda um."

Im Herbst wurde ein Komitee gebildet, das sich die Aufgabe stellt, Aufklärung zu betreiben und alles zu unternehmen, damit das Gesetz zur Minderheitenfeststellung nicht beschlossen werden kann, bzw. aufgehoben werden muß, und nicht zur Durchführung kommt.

Das Komitee hat am 2.2. eine erfolgreiche Veranstaltung in Klagenfurt durchgeführt, auf der über 200 Menschen Protest gegen die staatlichen Maßnahmen erhoben. Mitte März soll eine Demonstration in Klagenfurt gegen die Beschlußfassung des Volkszählungsgesetzes durchgeführt werden.

Neben den Organisationen der Slowenen erheben auch einige Vertreter der kroatischen Minderheit ihren Protest und weisen auf die noch schlechtere rechtliche Lage hin, als sie bei den Slowenen in Kärnten zu finden ist. (Das Recht auf zusätzlichen Kroatisch-Unterricht besteht nur in Gemeinden, in denen der Anteil der Minderheiten 30% überschreitet).

Auch unter den antifaschistischen und anti-deutschnational gesinnten Kräften, zu denen auch Teile der SP-Mitglieder gehören, stoßen die geplanten Maßnahmen auf Widerstand oder Unmut.

Der Zentralausschuß der österreichischen Hochschülerschaft hat das geplante Gesetz zur Volkszählung entschieden abgelehnt. Auch die Hochschülerschaft der Hochschule in Klagenfurt.
Der massive Druck seitens der Regierung, der ÖVP, der FPÖ und der deutschnationalen Organisationen in Kärnten soll die Slowenen dazu zwingen, den angkündigten Boykott der Zählung abzublasen.

Die Bourgeoisie versucht, alle Gegner einer Regelung der Minderheitenrechte, die auf einer Zählung der Minderheiten beruht, als "böse Österreicher" darzustellen.
Wenn es den Kapitalisten und ihren reaktionären Helfern gelingt einen Teil der Werktätigen davon zu überzeugen, daß die sich gegen ein Unrecht wehrenden Minderheiten "Staatsfeinde" sind - dann werden diese Werktätigen den Worten der Kapitalisten auch in anderen Fällen mehr Glauben schenken.

Bei einer Arbeitslosenzahl von über 12,5% (Jänner 76) im Bezirk Völkermarkt und in einer Situation, wo im zweisprachigen Gebiet weitere mittlere Betrieb vor dem Konkurs stehen oder mit Kündigungen drohen - wird sich die Theorie von den "bösen Österreichern" für den Kampf gegen die Verelendung lähmend auswirken.

Auch daran merkt man, daß die Arbeiterklasse in ganz Österreich den bürgerlichen Nationalismus entschieden bekämpfen, die Einheit des Proletariats - egal welcher Sprache - aufbauen und die bürgerliche Staatsgläubigkeit über Bord werfen muß.

V.W.

Arnoldstein/Kärnten

Empörung über Verkehrslärm

Die Marktgemeinde Arnoldstein liegt an der Bundesstraße 17, knapp vor der italienischen Grenze. Tag und Nacht donnert der Großteil des schweren Fernverkehrs nach Italien durch den Ort, verpestet die Luft und läßt die Bewohner nicht ruhig schlafen. Die Straße geht mitten durch den Ort, direkt an der Straße stehen Wohnhäuser und die Schule. Kein Wunder, daß es schon zu zahlreichen tödlichen Verkehrsunfällen kam - vor allem alte Leute und Kinder waren betroffen.
Den Arnoldsteinernplatzte schließlich der Kragen, sie forderten von ihren "Volksvertretern", daß der Ort umfahren wird und Schluß ist mit dem Lärm und Gestank. Um ihre Forderungen durchzusetzen, gründeten sie ein Komitee, das in kurzer Zeit über tausend Unterschriften sammelte. Unter diesem Druck mußte der SP-Bürgermeister - wenn auch vage - die Bürgerinitiative unterstützen. Die Arnoldsteiner brauchen aber klare Antworten und sie wissen, daß man die Behörden nicht an den Worten, sondern an den Taten messen muß: sollten ihre Forderungen abgelehnt oder verschleppt werden (für die Bundesstraßen sind die Bundesbehörden zuständig), drohen sie mit Blockade der Straße durch einen Sitzstreik. Entscheidend für den Erfolg ist, daß eine breite Einheit hinter klaren Forderungen:
Schluß mit der Belästigung und Gefährdnung durch den Schwerverkehr! Umfahrung des Ortes! hergestellt wird und daß vor den Manövern der Behörden um nichts abgerückt wird. Dann wird es dem Staat auch nicht gelingen - wie in Ossiach - die berechtigte Empörung der Anrainer zu kriminalisieren und die Bevölkerung einzuschüchtern.

H.H.

Kärntner Slowenen

Die Diskriminierung im täglichen Leben

Die Slowenen in Kärnten leben nun seit über 100 Jahren in diesem Gebiet. Sie sind heute Teil der österreichischen Nation. Auch unter ihnen stellen die Arbeiter, die kleinen Angestellten und Beamten, sowie kleine Bauern und Gewerbetreibende die große Mehrheit der Bevölkerung dar. Zwischen den slowenischen und den deutschsprachigen Werktätigen gibt es keine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessensgegensätze. Auch in Südkärnten ist der einzige Interessensgegensatz, der zwischen Arbeitern und dem Volk einerseits und den Kapitalisten und ihrem Staat andererseits - unabhängig von der Muttersprache. Was die Slowenen von den Deutschsprachigen unterscheidet, ist ihre Sprache, sowie gewisse geschichtliche und kulturelle Traditionen; dies sind aber keine Gegensätze.

Das Dorf Feistritz in der Gemeinde St. Jakob im Rosental

Das Dorf hat um die 300 Einwohner; es gibt fünf mittlere Bauern, drei oder vier kleine Nebenerwerbsbauern, 2 Fremdenpensionen, 2 Gasthäuser, 3 Gewerbetreibende, eine kleine Baufirma; die meisten Bewohner sind Arbeiter und kleine Angestellte, fast alle Pendler.
Außer etwa fünf Zugewanderten können alle Dorfbewohner slowenisch, und es sprechen alle Erwachsenen über 30 untereinander slowenisch - ausgenommen etwa die schon länger ansäßigen rein deutschsprachigen Familien und Familien, wo ein Deutschsprachiger dazugeheiratet hat.

Mit den Kindern aber wird mit zwei, drei Ausnahmen schon durchwegs deutsch gesprochen. Auch in der Volksschule besuchten in den letzten Jahren nur mehr zwei oder drei Schüler den Slowenisch-Unterricht, zu dem man die Kinder seit 1959 extra anmelden muß. Vor 15 Jahren, als ich noch hier zur Schule ging, war es gerade umgekehrt - nur zwei, drei Schüler lernten nicht slowenisch. Warum ist das so?

Ein kleiner Angestellter, der mit seiner Frau und im Dorf slowenisch spricht, mit den beiden Kindern aber nur mehr deutsch, antwortete, auf seine Gründe dafür angesprochen: "Ich will, daß es meinen Kindern besser gehen wird, als mir. Ich will nicht, daß sie wegen der Sprache diskriminiert werden, als etwas Schlechteres gelten und im Leben schwerer vorankommen werden." Er meint es gut mit den Kindern, und viele andere Leute sagen Ähnliches.

Im Dorf bekannten sich bei der Volkszählung 1961 nur 56 Menschen eindeutig als Slowenen. Viele fürchten von den Nachbarn scheel angesehen zu werden, als "nicht heimattreu".

Die jahrelange chauvinistische Hetze durch die bürgerlichen Parteien und ihre Presse, der Druck der staatlichen Behörden, haben das Ihre bewirkt.

Das Dorf Feistritz-ein Beispiel für viele südkärntner Dörfer

Ziemlich ähnlich wie in F. sieht es in der ganzen Gemeinde aus. Wirtschaftlich gesehen gibt es immer weniger Bauern, relativ viele mittlere bis kleine Gewerbetreibende, Läden, Gaststätten, Dienstleistungsbetriebe, jedoch keinerlei Industrie; so sind die meisten Werktätigen Pendler nach Klagenfurt und Villach. Weil sie dort mit deutschsprachigen Arbeitern zusammenarbeiten, kommen sie auch zunehmend in Kontakt mit der deutschen Sprache. Wo es mehr Fremdenverkehr gibt, sprechen einzelne Familien auch untereinander schon deutsch, obwohl sie Slowenisch verstehen.

In einigen Gebieten wie im Jauntal, spricht die Mehrheit der dort noch stärker bäuerlichen Bevölkerung eher schlecht, zum Teil fast überhaupt nicht deutsch. Für die Bauern ist die slowenische Sprache auch jene, die sie bei der täglichen Arbeit gebrauchen im Gegensatz zu den meisten Arbeitern, die im Betrieb mit deutschsprachigen Kollegen sich verständigen. Man kann sich vorstellen, wie gerade diese Leute unter dem deutschnationalen Druck leiden müssen. Vor allem bei Behörden und Ämtern, wo das Slowenische nicht als Amtssprache gilt, ist diese Tatsache ein ernsthaftes Hindernis und eine grobe Einschränkung für die Wahrnehmung und Erkämpfung von Rechten und Interessen.

Folge des chauvinistischen Drucks: Spaltung der Werktätigen

In Kärnten verbreiten die bürgerlichen Parteien seit Jahrzehnten ihre chauvinistische Hetze, vor allem aber der Kärntner Heimatdienst. Die SPÖ, die auch in Kärnten den meisten Einfluß auf die Arbeiter hat, förderte die Hetze um nichts weniger, als die anderen Parteien. Sie stellt die Landesregierung und hat alles Interesse daran, das Volk zu spalten, um sicher zu herrschen. Denn so kann sie die Bevölkerung ablenken von den brennenden sozialen Problemen und von ihrer volksfeindlichen Politik.
Vor allem die Teilnahme vieler Slowenen am anti-faschistischen Kampf, gemeinsam mit den jugoslawischen Völkern, dessen Ziel auch die soziale Befreiung der Werktätigen von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war, ist Gegenstand der Hetze durch die Bourgeoisie. Die Hetze gegen die Slowenen ist nämlich zugleich blindwütige antikommunistische Hetze. Mit tiefem Haß, niederträchtiger Demagogie und gemeiner Lügenpropaganda werden der antifaschistische Kampf verunglimpft, die Tatsachen verdreht und das Ganze so dargestellt, als hätte sich dieser Kampf gegen die Werktätigen Kärntens und Österreichs gerichtet. Gerade deshalb fördern viele Kapitalisten diese Hetze derart wohlwollend. Der Heimatdienst, dessen Mitglieder auch in der SP, VP und FP sitzen, heizt diese Ideologie mit größtem Eifer immer wieder an. Er macht der Bevölkerung Angst, die Jugoslawen würden einmarschieren, wenn in Südkärnten zweisprachige Aufschriften ständen und die Sprache auch in den Ämtern zugelassen würde; den Slowenen wird unterschoben, sie wollten Südkärnten "slawisieren".

Nicht zufällig hat sich die chauvinistische Ideologie unter vielen kleinen und mittleren Unternehmern sowie jenen Schichten verankert, die in verschiedener Weise die Staatsgewalt repräsentieren und ihre Aufträge durchzuführen haben: Beamte, "bessere" Angestellte, Lehrer und viele Intellektuelle, also vom arbeitenden Volk mehr oder weniger getrennte und gewisse Privilegien innehabende Gruppen.

Das beginnt schon in der Schule, wo der Lehrer die slowenische Sprache als "schiach" und "unnütz" beschimpft, slowenische Schüler benachteiligt, über die Partisanen wie über die gemeinsten Räuber herzieht und die Slowenen, die für ihre Rechte eintreten, mit ihnen gleichsetzt, die Kinder mit dem Einmarsch der Jugoslawen schreckt. Das ist nicht so selten, obwohl es sicher auch fortschrittliche Lehrer gibt. Oder: Im Kindergarten unserer Gemeinde wird überhaupt nicht slowenisch gesprochen. Oder: kommt man auf die Gemeinde und grüßt slowenisch, wird man mürrisch auf deutsch zurückgegrüßt. Spricht man slowenisch, kriegt man in deutsch die Antworten. Was erst, wenn man mit der Gendarmerie zu tun hat, etwa Fahrzeugkontrolle, oder beim Gericht, auf der Bezirkshauptmannschaft. Da kommt neben der ohnehin schon rechtlosen Lage des Volkes gegenüber den staatlichen Organen die zusätzliche Schikane wegen der Sprache hinzu, die eben wegfällt, wenn man sich deutsch gibt (und das nicht, weil es Beamte gibt, die eben nur deutsch sprechen).

Von einem Arbeiter hörte ich, daß in einer Aku-Fabrik seine Anstellung davon abhängig gemacht wurde, ob er seine Kinder vom Slowenisch-Unterricht abmelden wird. Dem Schmied A.U. drohte ein Großbauer, er würde alle seine Aufträge zurückziehen, wenn dieser nicht seine beiden Kinder vom Slowenischunterricht wieder abmeldet, was er daraufhin auch tat. Viele Slowenen beginnen unter diesem Druck ihre Herkunft zu verleugnen. Frühere Freunde und Kollegen reden nicht mehr miteinander, es kommt zu Streit, Raufereien, Klagen bei Gericht. Die bürgerlichen Zeitungen blasen das alles noch recht kräftig auf.
Das ist die Spaltung, die die Werktätigen entzweit an "ihre" jeweiligen Kapitalisten und Politiker bindet.

Man kann sich vorstellen, wie etwa der gemeinsame Kampf der Arbeiter einer Fabrik um irgendetwas, was für alle Arbeiter wichtig wäre, erschwert wird. Etwa die slowenischen Arbeiter wollen einen Kampf nicht unterstützen, weil er von einem Kollegen angeführt wird, der sonst immer gegen die Slowenen hetzt.
Diese Spaltung ist ein Todfeind für die Arbeiterbewegung in Südkärnten, das ohnehin eines der schlechtest entwickelten Gebiete Österreichs mit der höchsten Arbeitslosenzahl ist. Die deutschsprachigen Werktätigen müssen den Chauvinismus durchschauen, seine Schädlichkeit erkennen und darüber Klarheit gewinnen, daß die Slowenen ihre Rechte brauchen, daß diese Rechte gemeinsam gegen den Staat erkämpft werden müssen: Damit die Slowenen als gleichberechtigte Menschen gemeinsam mit den Deutschsprachigen um ihre Klasseninteressen kämpfen können. Die Sprache wird dafür keinerlei Barriere sein, denn die geeinigte Arbeiterklasse und das Volk werden sich dann jener Sprache bedienen, die diese Einheit stählt.

K.Sch.

Zur Landeskonferenz der Privatangestellten - Jugend

Am 31.Jänner 1976 fand die Landesjugendkonferenz der Privatangestelltengewerkschaft (PAJ) statt. Es ging um die Festlegung der gewerkschaftlichen Politik für zwei Jahre. Anträge, die aus den einzelnen Jugendgruppen kamen, wurden dort diskutiert und zur Abstimmung gebracht..

Einige wichtige Anträge möchte ich hier herausstreichen und kurz behandeln.

1. Die Verwirklichung der Forderung des letzten ÖGJ-Kongresses im Herbst 75 nach Erhöhung der Lehrlingsentschädigung für die drei Lehrjahre um jeweils 40,55 und 75 Prozent des kollektivvertraglichen Facharbeiterlohnes.

2. Gegen den Faschismus in Spanien

3. Gegen faschistische Betätigung in Österreich und gegen das passive Verhalten der Behörden, obwohl faschistische Betätigung verboten ist.

Anhand des 1.Antrages hatten wir in unserer Jugendgruppe eine heftige Debatte über die Richtigkeit einer prozentuellen Forderung und der Forderung nach Existenzlohn für alle Lehrlinge in der Höhe von 3.000.- netto. Obwohl allen Lehrlingen einsichtig war und ist, daß sie mehr Geld zum Leben brauchen, waren doch einige der Meinung, daß beides, also genug Geld und gute Ausbildung nicht durchzusetzen sei. Ein Lehrling sei eben zum Lernen da und deswegen glaubten sie, müsse man die niedrige Lehrlingsentschädigung akzeptieren, nur so sei eine gute Ausbildung gewährleistet. Ich glaube aber, daß es keinen Widerspruch zwischen guter Ausbildung und ausreichender Bezahlung gibt und wir Lehrlinge in der Gewerkschaft beides durchsetzen müssen. In der Gewerkschaft ist es ein wichtiger Bereich, politische Fragen aufzugreifen, die für das ganze Volk von Bedeutung sind. Ein Schritt dazu war der zweite und dritte Antrag. Allen war klar, wie wichtig diese Forderungen sind und nach kurzen Erklärungen der Sachlage wurden sie einstimmig angenommen.

I.M.

Am Beispiel Pichling:
Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark

Nachdem in letzter Zeit bekannt wurde, daß ein großer Teil der Pichlinger Lehrlinge, die im Dezember die Auszahlung ihrer völligen Lehrlingsentschädigung erzwungen hatten, noch immer keine neuen Lehrstellen besitzt, beschlossen wir, uns bei den Kollegen an Ort und Stelle zu informieren.

Als erstes interessiert mich der Grund warum ein Teil der Lehrlinge, die ja während der Besetzung als sie bereits alle "beurlaubt" waren, genügend Ausbildungsplätze forderten, nun ausbildungs- und arbeitslos ist.

"Erst haben wir gesagt, wir nehmen so lange keine Lehrstelle an, bis nicht alle untergebracht sind. Aber der H. (ÖGB-Bezirkssekretär) und der K.(Leiter des Voitsberger Arbeitsamtes) haben gesagt, es sind eh genügend Plätze vorhanden, und so hat ein Teil schon während der Besetzung Lehrstellen angenommen, ein kleinen Teil hat nachher welche gekriegt und der Rest sitzt jetzt da."

"Erst kürzlich hat der H. gesagt, er bringt bei 'Sebring' 10 unter, aber dann ist es plötzlich nicht gegangen."

Auf die Frage wieviel ohne Arbeit und Lehrstelle sind:

"Von den 47 Lehrlingen haben 13, die schon im 4.Lehrjahr waren, vorzeitig die Lehrabschlußprüfung abgelegt. Sie sind nun fertige Werkzeugmacher, aber sie haben keine Arbeit. 10 Lehrlinge im 2. oder 3. Lehrjahr sind ohne Lehrplatz. Der Rest ist untergebracht. Aber für Werkzeugmacher war nicht genügend frei, darum haben sieben auf Maschinenschlosser umlernen müssen."

Auf die Frage, was die Gewerkschaftsfunktionäre zur Unterstützung der Lehrlinge getan haben:

"Der H. hat immer gesagt, er ist nicht zuständig und hat uns an den S.(Fachgruppensekretär in Graz) verwiesen. Der war aber nie da, wenn wir angerufen haben, und Vertretung gab es auch keine. Als wir uns dann zur Besetzung der Lehrwerkstatt entschlossen haben, haben wir es ihm halt telefonisch ausrichten lassen." "...wir sind alle 47 gewerkschaftlich organisiert."

"Während der Besetzung haben wir eine Pressekonferenz gegeben und da ist der S. dann auch gekommen. Er hat sich das aber nur angehört, hat kein Wort gesagt und ist dann wieder gegangen."

"Während wir in der kalten Lehrwerkstatt gesessen sind (der Betriebsleiter hatte die Heizung abdrehen lassen), haben die Gewerkschaftfunktionäre in Köflach einen Ball gefeiert."

Was die jetzige Situation für die Kollegen heißt:

"Die 10, die ohne Lehrplatz sind, werden, weil sie noch Lehrlinge sind, nicht einmal als Arbeitslose registriert, bekommen kein Arbeitslosengeld und müssen von Geld ihrer Eltern leben. Bei den 13 vorzeitig Ausgelernten ist es noch schlimmer. Weil Lehrlinge erst ab dem 4. Lehrjahr Arbeitslosenversicherung einzahlen, fehlen ihnen ein paar Wochen. (Mindestbeitragszeit:6 Monate). Auf Arbeit besteht nicht einmal die allerkleinste Aussicht. Wer nimmt schon einen, der noch nicht beim Bundesheer war? Auch sie müssen von ihren Eltern leben, sind aber nicht einmal sozialversichert. Wenn von denen einer einen Unfall hat, dann ist er geliefert." "Ich werd mich halt vorzeitig zum Bundesheer melden."

Zur Lage in der Umgebung:

"So wie bei uns gehts hier überall zu. Es gibt eine Menge Arbeitslose. Der Staat hat früher immer dafür gesorgt, daß es hier nicht zuviel Industrie gibt, damit die Berarbeiter nicht aus ihren Bergwerken in die Industrie abwandern können. Aber jetzt wird überall zugesperrt. Der Kohlebergbau in Piberstein ist aufgelassen und gleichzeitig mit unserem Betrieb hat z.B. die Metallfirma "Hawaschek" zugesperrt. Dort haben an die 30 Facharbeiter gearbeitet und 9 Lehrlinge. Auch die haben jetzt keine Lehrstellen."

"Auf dem Arbeitsamt in Voitsberg kannst du mindestens 4 Stunden warten, bis du drankommst. Es passiert auch, daß du nicht drankommst, und am nächsten Tag wieder kommen mußt."

In einem Brief vom 26.1., der mir gezeigt wird (er ist an den Bundespräsidenten, an den Bundeskanzler, an den Landeshauptmann, an den ÖGB-Präsidenten, an den Arbeiterkammerpräsidenten und an den Bischof gerichtet) wird auf die entsetzliche Lage der Lehrlinge aufmerksam gemacht.

"Bis jetzt haben wir nur die Antwort bekommen, daß der Brief an die zuständigen Stellen weitergeleitet wird."

Während die Klassenversöhnler im ÖGB Österreich als Insel inmitten einer weltweiten Krise bezeichnen, während der bürgerliche Staat mit dem Vorwand, Arbeitsplätze zu sichern, unverschämt die Ausplünderung des Volkes vorantreibt, um die krisengeschüttelten Kapitalisten zu sanieren, entwickeln sich also in Teilen des Landes bereits die Grundlagen für breite Jugendarbeitslosigkeit. Unter diesen Bedingungen kann allein der nächste Schub Schulabgänger im heurigen Sommer das Faß zum Überlaufen bringen.

Gerade die Steiermark mit ihren gegenwärtig bereits 20 000 Arbeitslosen ist ein gutes Beispiel.

Was diese Entwicklung für diejenigen bedeutet, die noch Arbeit haben, führten mir 2 junge Frauen aus dem Bezirk Voitsberg vor Augen:

Sie erzählten mir, daß sie 90 Stunden in der Woche arbeiten müßten, und als Lohn 3 000.- im Monat erhielten. Auf meinen Vorschlag, wegen dieser, jedem Kollektivvertrag hohnsprechenden Arbeitsbedingungen zur Gewerkschaft zu gehen, erklärten sie mir, das würde den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten. Sie jedoch seien froh, unter diesen Bedingungen überhaupt noch Arbeit zu haben.

G.F.

Berufswettbewerb 1976
Der schnellste bekommt 1000.- Schilling

In der Woche vom 1.-5. März veranstaltet die Arbeiterkammer auch in diesem Jahr wieder ein Preisrennen zwischen den Lehrlingen der einzelnen Berufssparten.

Da Geldpreise festgesetzt sind, haben sich auch in meiner Branche - Goldschmiede, Silberschmiede, Gürtler, Graveure, Juweliere und Uhrmacher - die Kollegen sehr zahlreich gemeldet.

Am letzten Schultag vor dem Wettbewerb teilte uns nun ein Fachlehrer mit, welche Aufgaben da vor uns liegen, bevor einige von uns der Siegerehrung entgegensehen dürfen.

Den ersten Teil des Wettkampfes machen Fragen aus den Fachgebieten aus, in denen wir unterrichtet werden. Die Spannung löste sich, als wir nicht nur sämtliche Fragen erfuhren, sondern auch die passenden Antworten dazu.

Klar wurde, dass die Ausbildner uns nicht sehr viel zutrauen und, was noch sicherer ist, selbst genau einschätzen können, wie schlimm es um die Lehrlingsausbildung steht. Worauf es wirklich ankommt bei diesem Wettbewerb, ist das PRAKTISCHE ARBEITEN, wie man uns sagte.

Damit es aber auch da nicht zu "schwer" wird, konnten wir uns das Schmuckstück vorher genau betrachten und auch das Material (Scharniere, Blech...) wird schon vorbereitet sein.

Es geht also nur darum, dass jeder so schnell wie möglich die Teile zusammenfügt, das Fertige anschliessend mit Feile und Schmirgel bearbeitet und sich so einen Vorsprung schafft, wie es ein Akkordarbeiter in der Fabrik täglich macht.

Und dabei ist man sich sicher, dass dies die Lehrlinge auch wirklich können. Wer nicht unter den Ersten sein wird, darf trotzdem auf einen der vielen S 5o.- Trostpreise hoffen - er soll ja nicht glauben, dass die ganze Hasterei etwas Dummes ist. Wer es bis dahin noch nicht so gelernt hat, dass die Hetzerei am Arbeitsplatz für ihn etwas Notwendiges ist, dem wird zumindest sein Weg in die Zukunft klarer gemacht werden.

S.J.

ÖGJ-„Aktion 75" abgeschlossen: Modernisierung der kapitalistischen Berufsausbildung

Die ÖGJ hat die "Aktion 75", über die im "Klassenkampf" bereits ausführlich berichtet wurde, abgeschlossen und einen Gesetzesentwurf fertiggestellt, der in naher Zukunft ins Parlament gebracht werden soll.

Bereits im Vorschlag "Für eine moderne Berufsausbildung" der im April 1975 entstand, wurde festgestellt, daß er keineswegs als "Absage an das System der dualen Berufsausbildung" (Ausbildung in Schule und Betrieb) zu verstehen sei, daß es vielmehr um eine "notwendige Hebung des Ausbildungsniveaus" gehe, was "im Interesse des Lehrlings, wie der Wirtschaft sei".

Diese "notwendige Hebung des Ausbildungsniveaus" wird in der Gesetzesvorlage vor allem durch zwei Maßnahmen angestrebt: "Anerkannte Lehrbetriebe" sollen gefördert, "überbetriebliche (zwischenbetriebliche) Ausbildungsstätten" eingerichtet werden. Überprüfen wir nun, was von der Behauptung, solche Maßnahmen seien im "Interesse der Lehrlinge, wie der Wirtschaft" zu halten ist.

Wie sieht heute die Ausbildung aus?

Die Berufsausbildung stellt sich für die Jugendlichen heute so dar: Für einen Teil der Jugendlichen, etwa ein Viertel, ist heutzutage die Ausbildung überhaupt schon mit Abschluß des "polytechnischen" Lehrganges beendet. Zu entscheiden, wer eine darüberhinausgehende Berufsausbildung erhält, ist Sache der Kapitalisten, die die Lehrlingsausbildung fest unter Kontrolle halten.

Nur die Jugendlichen, die das Glück haben, daß ihre Eltern sie während der drei- bis vierjährigen Lehrzeit weitererhalten können und die einen Kapitalisten finden, der mit ihnen einen Lehrvertrag abschließt haben die Möglichkeit einen Beruf zu erlernen. Wie sieht jedoch ihre Ausbildung aus und was ist ihr Ergebnis?

Der Kapitalist bildet in seinem Betrieb die Lehrlinge ganz genau entsprechend seinen natürlich auf den Betrieb zugeschnittenen Bedürfnissen aus. Er schafft sicherlich keine Maschinen an, die er in seiner Produktion gar nicht brauchen kann, nur um den Lehrlingen umfassendere Kenntnisse und Fähigkeiten beizubringen und er macht sie sicherlich nicht mit Produktionsvorgängen vertraut, die zwar zu ihrem Beruf gehören, aber mit seiner bestimmten Produktion absolut nichts zu tun haben.

Anhängsel der Maschine

Am Ende ihrer Berufsausbildung sind die Jugendlichen dann auch genau das, was die Kapitalisten brauchen: Arbeiter, die in der Lage sind, bestimmte Arbeitsvorgänge zu erledigen, die ihnen von eigens dafür angestellten Spezialisten bestimmt und erklärt werden. Sie verfügen wohl in sehr eng abgegrenzten Gebieten der Produktion über die zur Durchführung der Produktion nötigen Kenntnisse, sind aber oft allein schon wenn sie in einen anderen Betrieb wechseln, nicht in der Lage, die dort verlangten Aufträge auszuführen. Sie sind lediglich Anhängsel ihrer Maschine, deren Zweck es ist, für den Profit der Kapitalisten zu schuften.

Die Kapitalisten haben große Angst davor, daß die Arbeiterklasse über mehr Können und Wissen verfügt, als sie unbedingt braucht um ihre Maschinen zu bedienen. Denn ein Arbeiter, der umfassende Kenntnisse über die Produktion besitzt, wird bald erkennen, daß in Wirklichkeit die Arbeiterklasse es ist, die alle gesellschaftlichen Werte schafft und daß man die kapitalistischen Tagdiebe und Nichtsnutze, die nichts tun als vom Ertrag seiner Arbeit zu leben, zum Teufel jagen muß.

Darum muß die Arbeiterklasse auch die kapitalistische Ausbildung bekämpfen; bekämpfen mit dem Ziel der Durchsetzung einer polytechnischen Ausbildung, einer Ausbildung, die theoretisch und praktisch die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion vermittelt.

Statt Änderung - Modernisierung

Die Vorschläge der ÖGJ hingegen, zielen nicht auf eine Veränderung der Ausbildung ab, sondern, wie die ÖGJ selbst zugibt, auf eine "Modernisierung" ("für eine moderne Berufsausbildung").

Das heißt aber, daß der Gesetzesentwurf das kapitalistische Ausbildungssystem beibehalten will, es lediglich den durch die technische und arbeitsorganisatorische Entwicklung geänderten Anforderungen anpassen will. Im Interesse der Jugendlichen wie der Arbeiterklasse können Vorschläge aber nicht sein, die auf Modernisierung eines Ausbildungssystems hinauslaufen, das für die Ausgebildeten engstbegrenzte Bildung, Verhinderung der Entwicklung ihrer Fähigkeiten bedeutet!

Wie sieht es aber mit den Interessen der "Wirtschaft", mit den Interessen der Kapitalistenklasse aus?

Der Österreichische Wirtschaftsbund hat eine "dynamische Anpassung der Lehrberufe an die Wirtschaft nach Bedarfskomplex" gefordert, die ÖVP ruft nach "Mobilität des Lehrlings"! Noch deutlicher wird ein Kapitalistenblatt, wenn es schreibt: "Eine Anhebung des Ausbildungsniveaus der Mitarbeiter ...stellt...eine existenzentscheidende Frage für die Zukunft der österreichischen Unternehmer dar." Gleichzeitig warnt es aber, daß "eine Anhebung des Ausbildungsniveaus...niemals eine soziale Begründung erfahren darf" ("Die Industrie", 30. 5.1975)

Vergleichen wir diese Forderungen mit den ÖGJ-Vorschlägen, so sehen wir, daß sie beide auf der Grundlage der Beibehaltung des jetzigen Ausbildungssystems stehen, beide auf Verbesserungen der kapitalistischen Ausbildung abzielen.

Was die Förderung "anerkannter Lehrbetriebe" betrifft, so geht es um einen Fonds, der von allen Kapitalisten gespeist wird und den Kapitalisten der "anerkannten"Lehrbetriebe die Kosten für die Lehrlingsausbildung bezahlt. Für das kapitalistische Ausbildungssystem ist dies sicherlich nichts Schlechtes, bedenkt man, daß heutzutage mehr als 80% der Lehrlinge in Gewerbe- und Kleingewerbebetrieben ausgebildet werden, jedoch dann der Großteil der fertigen Arbeiter in der Industrie arbeiten soll.

Aufteilung der Lehrstellen in Österreich Stand: 1974

	83%	17%
	Gewerbe Handel Fremdenverkehr Sonstige	Industrie
	137 039	26512

Die über-(zwischen)betrieblichen Lehrwerkstätten wiederum sollen laut ÖGJ-Vorschlag nach Richtlinien des "Hauptverbandes für Berufsbildung", eines "paritätisch besetzten Gremiums" geschaffen werden und arbeiten. Überhaupt sollen laut Gesetzesvorlage die verschiedensten Behörden geschaffen werden, die alle "paritätisch" zu besetzen sind. Diese Behörden sollen ihre Beschlüsse einstimmig fassen müssen, sodaß die Kapitalistenvertreter natürlich alles blockieren können, was ihnen nicht paßt.

Dieser Vorschlag geht von der Klassenzusammenarbeit aus!

Ein feiner Vorschlag also, den sich die Gewerkschaftsspitze da ausgedacht hat! Ein Vorschlag, der nur dann "im Interesse des Lehrlings, wie der Wirtschaft" sein kann, wenn die Lehrlinge so wie die Gewerkschaftsführung das in vielen Fragen von der Arbeiterklasse verlangt, auf ihre eigenen Interessen verzichten, und sich voll hinter die Interessen ihrer kapitalistischen Ausbeuter stellen.

Das werden sie aber nicht tun! Denn gerade in einer Situation, in der die Ausbildung ohnehin in allen Bereichen schlechter wird, wird es sich die Arbeiterklasse nicht nehmen lassen, um ihre Interessen in der Ausbildung zu kämpfen. Die "Vorschläge" der Arbeiterklasse werden allerdings einen anderen Weg nehmen, als der ÖGJ-Gesetzesentwurf. Ihre Durchsetzung wird nicht von irgendwelchen bürgerlichen "Volksvertretern" im Parlament abhängen, sondern vom Klassenkampf, den das Proletariat gegen die Bourgeoisie führt. Und in der Gewerkschaft, die die Arbeiterklasse braucht, um im Kampf gegen die Kapitalisten geschlossen und stark zu sein wird sie alle Vorstellungen und Kräfte, die sie von diesem richtigen Weg abbringen wollen, beseitigen.

G.F.

30% weniger Lehrstellen in der Wiener Industrie

1975 waren es noch 2127 Lehrstellen für die von der Wiener Industrie Lehrlinge gesucht wurden. Heuer sieht die Situation schon anders aus:

Die Anzahl der offenen Lehrstellen bei der Industrie ist um 30 % auf ca. 1500 zurückgegangen. Auch insgesamt, berücksichtigt man, dass der Löwenanteil der Ausbildungsplätze auf das Gewerbe entfällt, ändert sich nichts an diesem düsteren Bild. 1975 gab es 8600 freie Stellen, für heuer werden aber, und dabei geht man offensichtlich schon davon aus, dass ein Teil der jugendlichen Schulabgänger ohnehin keinen Lehrberuf ergreifen, wenigstens 9000 gebraucht.

Es ist daher zu erwarten, dass heuer ein grösserer Teil der Schulabgänger als 1975 die unbekannte Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, die nicht registriert und zum Teil nicht einmal sozialversichert sind, hinauftreiben wird.

G.F.

Italien
Einheitsfront gegen Kapital und Reaktion !

Das ist die Bilanz des Krisenjahres 1975 für Italien: ca. 13% Rückgang der Industrieproduktion, Steigerung der Verbraucherpreise um 12% (beides gemessen am Vorjahrsstand), Bankrott von über 2 000 Unternehmen (unter ihnen zunehmend Großbetriebe mit Tausenden von Beschäftigten, nach Schätzungen der Gewerkschaften an die drei Millionen Arbeitslose.

Die Attacke der Bourgeoisie...

Die Bourgeoisie versucht, aus der Krise mit ihren Mitteln herauszukommen: Stillegung von Produktionseinheiten und massenhafte Entlassungen, Steigerung der Arbeitsintensität und der Ausbeutung, Senkung der Lohnkosten. Von staatlicher Seite werden die Tarife erhöht und weitere, noch gravierendere Massensteuern vorbereitet. Kurz, die Krise, die sollen die Arbeiter und die übrigen Werktätigen bezahlen.

Um diese Maßnahmen gegen die kampfstarke und erfahrene italienische Arbeiterbewegung abzusichern, wird der staatliche Repressionsapparat ausgebaut. Neue Gesetze erweitern die Vollmachten der Exekutive und schränken die demokratischen Rechte des Volkes ein. Das berüchtigste unter ihnen, das nach dem Innenminiser benannte "Legge Reale", gibt den Ordnungskräften beinahe unbeschränkte Schießerlaubnis. Sein letztes Opfer bisher ist der Student Pietro Bruno, der im Dezember vorigen Jahres im Verlauf einer antiimperialistischen Demonstration in Rom von der Polizei erschossen wurde. Zur staatlichen Ausübung des Terrors der Bourgeoisie gesellt sich der meist geduldete, oft direkt unterstützte Terror der faschistischen Mord- und Überfallkommandos.

Auf der ideologischen Front ruft die Reaktion zum Kreuzzug gegen den Kommunismus. Ihre treuesten Diener sind dabei Vatikan und Klerus, deren Einfluß in Italien nicht zu unterschätzen ist. Vor kurzem hat die italienische Bischofskonferenz abermals die "Unvereinbarkeit von christlichem Glauben und Unterstützung einer marxistischen Bewegung" verkündet.

... trifft auf den Widerstand einer klassenbewußten Arbeiterschaft

Auf den allseitigen Angriff der Bourgeoisie und des Staates antworten die italienischen Werktätigen mit neuen und härteren Kampfmaßnahmen. Dutzende Fabriken sind gegenwärtig von den Arbeitern besetzt. Unter ihnen: das Automobilwerk Leyland-Innocenti (Mailand) von 4.500 Beschäftigten, die Textilfabrik "Harry's Moda" (Lecce) von 2.000 Beschäftigten, darunter 85% Frauen, UNIVAC (Bergamo) 1.000 Beschäftigte, die chemische Fabrik ANGUS (Neapel) seit August vorigen Jahres von 450 Arbeitern.

In den Fabriken verbreitet sich der Kampf gegen die Rationalisierungs- und Intensivierungsmaßnahmen des Kapitals. Viele Belegschaften weigern sich geschlossen, Überstunden zu leisten.

Ein starkes Hindernis für die weitere Entfaltung der Arbeiterbewegung stellt die gegenwärtige Politik der Gewerkschaftsführung dar.

Im Herbst letzten Jahres sind die alten Tarifverträge abgelaufen (Laufzeit 3 Jahre). Die Gewerkschaften geben aber dem Druck der Unternehmer nach und setzen keine Schritte zur Eröffnung der Verhandlungen. Stattdessen nehmen sie schon von vornherein immer mehr Forderungen zurück und erklären "verantwortungsbewußt", die Verteidigung des Lohnes hinter die Verteidigung des Arbeitsplatzes zu stellen. In der Tat verteidigen sie weder Lohn noch Arbeitsplatz. Sie haben den Plan der Regierung zur "Inflationsbekämpfung" zur Kenntnis genommen und erklärt, sich für dieses Jahr mit einer Lohnerhöhung von nur 8% zufriedengeben zu wollen. Nach der Abwertung der Lira verlangen sie nicht einmal eine entsprechende Anpassung der Lohnerhöhungen. Und nur halbherzig war ihre Ablehnung des jüngsten Vorschlags der Regierung, die Lohnrunden überhaupt auf 1977 zu verschieben.

Die Verteidung des Arbeitsplatzes und der baldigste Abschluß der Tarifverträge liegen jedoch im unmittelbaren Interesse der italienischen Arbeiter, die sich von den Gewerkschaftsführern nicht mit Phrasen abspeisen lassen wollen. Deutlich hat sich das Ende Jänner und Anfang Februar bei den Streiks und Demonstrationen gegen die Entlassungen bei Leyland-Innocenti gezeigt. Der Konflikt zwischen der Belegschaft des Mailänder Automobilwerkes und dem multinationalen Konzern British-Leyland ist bereits einige Monate alt (wir berichteten darüber im "Klassenkampf" vom November 75). Am Vormittag des 28.Jänner wurde den Innocenti-Arbeitern mitgeteilt, daß nunmehr die Kündigungsbriefe für alle 4.500 unterwegs sind.

Am Nachmittag desselben Tages zogen spontan 50.000 wütende Arbeiter aus über hundert Mailänder Fabriken durch die Stadt. Vier Stunden lang standen die Räder in allen Mailänder Fabriken still. Der Bahnhof von Mailand-Lambrate wurde von tausenden Arbeitern einige Stunden lang besetzt. Ungeachtet der sofortigen Distanzierung führender Gewerkschaftsfunktionäre von den "bedauerlichen Ausschreitungen" wurden die Kampfaktionen am darauffolgenden Tag fortgesetzt. Und nicht nur in Mailand. In verschiedenen nord- und süditalienischen Industriezentren strömten die Arbeiter aus den Fabriken. In Turin streikten alle Metallarbeiter und im Verlaufe einer kämpferischen Demonstration wurde der Verkehr am Bahnhof Porta Nuova vier Stunden lang lahmgelegt. In harten Kern der Kämpfe in Turin bildeten die Arbeiter des mulitnationalen Konzerns Singer: zweitausend von ihnen sind von einer geplanten Betriebsstillegung betroffen. Die spontanen Auseinandersetzungen erreichten in diesen beiden Tagen eine Qualität und Härte, die die versöhnlerischen Gewerkschaftsführer unangenehm an das heiße Jahr 1969 erinnerte. Damals hatten sie auf weite Teile der kämpfenden Arbeiter fast jeglichen Einfluß verloren.

Am 6.Feber streikten 7 Millionen Arbeiter in ganz Italien.

Der Wunsch der Massen nach Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse ist offenkundig. Auf der politischen Ebene richtet er sich in erster Linie gegen die Democrazia Cristiana (DC), die seit 30 Jahren den Staat der italienischen Bourgeoisie verwaltet und nach wie vor die Speerspitze der Reaktion ist.

"Es ist höchste Zeit, daß die Arbeitenden die Macht übernehmen!" - diese Parole ist immer häufiger und lauter auf den Arbeiterdemonstrationen zu hören. Über den Weg dorthin besteht allerdings noch wenig Klarheit.

Die KPI auf dem Weg des "historischen Kompromiss"

Die große Mehrheit der italienischen Werktätigen erwartet sich die Lösung ihrer dringendsten Probleme, die Durchführung der grundlegendsten Reformen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nach wie vor noch von der KPI. Es gibt aber wohl kaum Revisionisten in Westeuropa, deren Unterordnung unter die Interessen der eigenen Bourgeoisie so weit geht, wie die der italienischen Berlinguer-Clique. Die KPI hat seit langem schon der Revolution abgeschworen und sich als staatstragenden Kraft profiliert. Das Neue seit dem Machtantritt Berlinguersist nicht die wütende Gegnerschaft gegen jeden revolutionären Ausweg aus der Krise des Kapitalismus, sondern die deutliche Absage auch an die von der KPI früher selber vertretene Reformpolitik. Aus der Partei der "Strukturreformen" ist die Partei des "historischen Kompromisses" geworden, die es sich zur Aufgabe macht, die Macht der schwer angeschlagenen und diskreditierten DC abzustützen.



Mit großer Unterstützung der Werktätigen Mailands kämpfen die Arbeiter von Leyland-Innocenti gegen Entlassungen und Stillegung des Betriebs.

Der schwache und krisengeschüttelte italienische Kapitalismus hat keinen Spielraum für Reformen, die den Massen zugute kommen. Um sich aufrechtzuerhalten muß er danach trachten, die volle Last der Krise auf die Werktätigen abzuladen. Die Revisionisten, seit jeher hellhörig für seine Bedürfnisse, eilen ihm zur Hilfe und tun ihr Bestes, um den Schwung der Massenkämpfe abzubremsen und die Kontinuität der Herrschaft der arbeiterfeindlichen DC zu sichern.

Freunde erkennt man in der Not. Die DC hat in der KPI einen wirklich guten Freund gefunden. Zur Zeit ihrer schwersten po-

25. Parteitag der KPdSU

Die »Friedenstauben« gehen auf Kollisionskurs

2o Jahre nach der Machtergreifung der revisionistischen Chruschtschow-Clique auf dem XX. Parteitag der KPdSU können die neuen Herren der Sowjetunion auf eine erfolgreiche Umwandlung des ehemals proletarischen Staates in einen Staat des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückblicken, der heute zur zweiten imperialistischen Supermacht aufgestiegen ist und offen mit den USA um die Weltherrschaft ringt. Am 25. Parteitag Ende Februar, dessen wichtigste Punkte die Billigung des Rechenschaftsberichtes von Breschnew und die Annahme des 1o. Fünfjahresplanes sind, tritt offen zutage, dass Innen-, Aussen- und Wirtschaftspolitik der neuen Zaren ausschliesslich von ihrer Gier nach Profit, ihrer unersättlichen Raubgier und dem Streben nach Weltherrschaft bestimmt ist.

Schärfere Töne in der ideologischen Kriegsvorbereitung

Sehr zufrieden zeigte sich Breschnew in seinem Rechenschaftsbericht mit den Erfolgen der Entspannungspolitik, immerhin konnte die Sowjetunion, während sie "Abrüstung" und "Entspannung" predigte, in den letzten Jahren die USA im Rüstungswettlauf in quantitativer und qualitativer Hinsicht überholen.

Das Rüstungsbudget der Sowjetunion übersteigt heute das amerikanische um 3o %. Die Sowjetunion verfügt heute über viermal so viel Kriegsschiffe, viermal so viel Angriffs-U-Boote und doppelt so viel Raketen-U-Boote wie die USA. Die sowjetische Truppenstärke übersteigt die der US-Streitkräfte um das doppelte, die Anzahl der sowjetischen Panzer ist viermal so hoch, und die der strategischen Raketen um 3o % höher als die der USA. Nur in der Luftwaffe gibt es noch ein leichtes Übergewicht der USA (nach dem Londoner Institut für strategische Studien und der Library of Cogress, zitiert in New York Herald Tribune, 2.2.1976, und Newsweek, 1.3.1976).

Am deutlichsten ist die sowjetische Aufrüstung in der Kriegsflotte, die heute über Kriegsschiffe und Unterseeboote in allen Weltmeeren verfügt. In seinem Buch "Die Streitkräfte des sowjetischen Staates" (Moskau 1975, S. 1o5) berichtet Verteidigungsminister Gretschko stolz: "Die sowjetische Kriegsflotte verliess die Küstengewässer und Binnenmeere und eroberte die weiten Räume des Stillen Ozeans. Sie verfügt über alles, was notwendig ist, um kurz- und langfristige militärische Aktionen in den Ozeanen und Meeren durchzuführen".

Mit ihrer militärischen Stärke stieg auch die Kriegslüsternheit der neuen Zaren. Stellten sie sich im "Friedensprogramm" des 24. Parteitages noch die Aufgabe, im Zeichen der Entspannung "Konfliktherde zu beseitigen", wie z.B. in Indochina und dem Nahen Osten, d.h. den Befreiungskampf der Völker niederzuhalten, so predigen sie heute, dass Entspannung natürlich nicht den Verzicht auf den Klassenkampf und die Unterstützung des Kampfes der Völker für ihre Freiheit bedeutet. Im Munde der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion heisst das nichts anderes, als dass sie heute fähig und bereit sind, jede revolutionäre Strömung auszunutzen und ihren Einfluss zu erweitern, wie sie das gerade jetzt in Afrika probieren. Geändert hat sich auch ihr Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern des Westens. Nicht mehr auf die friedliche Entwicklung und friedliche Infiltration setzen sie, sondern die Kremlherren fühlen sich stark genug, die Krise der westlichen Welt zu "revolutionären Veränderungen" zu nutzen. Wie sie die Herrschaft über die westliche Welt erobern wollen, macht Oberst Tjuschkewitsch im Armeejournal "Kommunist Vooruschenych Sil" Nr. 22 klar: Er sieht die politische Aufgabe der Armeen des Warschauer Paktes darin, "dass sie als ein wirksamer Faktor die Entwicklung fortschrittlicher sozialer Prozesse fördern", und das nicht etwa innerhalb des Ostblocks, sondern in "anderen Teilen der Welt" (Neue Zürcher Zeitung 1./2.2.1976). Die Bereitschaft der Sozialimperialisten, auch auf eine bewaffnete Machtergreifung unter dem Deckmantel der Revolution zu setzen, wird natürlich durch solche revisionistische Parteien wie der Frankreichs oder Italiens empfindlich gestört, die lieber auf einen Kompromiss mit der eigenen Bourgeoisie setzen und keinen Gedanken an einen Putsch verschwenden.

Mit diesen neuen Klängen versucht die Breschnew-Clique, die Völker der Sowjetunion für einen imperialistischen Raubkrieg im Namen des "Sozialismus" zu gewinnen und die Völker der Welt auf die "Unterstützung" der Sozialimperialisten vorzubereiten.
An der Theorie der "Entspannung" versuchen die neuen Zaren trotz aller offensichtlichen Aufrüstung festzuhalten. Breschnew verstieg sich in seinem Rechenschaftsbericht sogar soweit, einen "Weltvertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen" vorzuschlagen. Die Kremlherren hoffen, damit die Völker der Welt über ihren wahren Charakter irrezuführen und zugleich eine "verbesserte Atmosphäre für die Zusammenarbeit mit dem Westen" zu schaffen (Prawda, 12.2.76), das heisst, vermehrte wirtschaftliche Infiltration und bessere Möglichkeiten, an westliche Techologie heranzukommen.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Die durchschnittlich jährliche Steigerung der Militärausgaben

1961–1965	1966–1970	1971–1974
9%	11,1%	11,9%

Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen

1960	1970	1974
13,1%	17,1%	19,6%

Zuwachs an Interkontinentalraketen (Stückzahl)

1962	1969	1974	1975
75	1050	1575	1618

Zunahme der auf U-Booten installierten Raketen (Stückzahl)

1963	1971	1975
100	440	784

Tatsachen und Zahlen zur Verstärkung der allseitigen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung durch die Sowjetunion

litischen Niederlagen und größten inneren Zersetzung wird der DC, deren Korruptionsaffären und deren Komplicenschaft mit Neofaschisten und Mafia in Italien offenes Geheimnis sind, von der KPI "demokratische und antifaschistische, volksfreundliche Gesinnung" bestätigt.
Die KPI hat sich mehrmals deutlich gegen die Perspektive einer Linksregierung mit den Sozialisten ausgesprochen. Sie will regieren, aber gemeinsam mit der DC.

Man kann den Kampf gegen die Reaktion nicht führen ohne den Revisionismus zu bekämpfen

Das Ergebnis der Regionalwahlen vom 15.Juni 1975 war eine gewaltige Niederlage für die DC. In ganz Italien strömten damals die Menschen auf die Straßen, um den Wahlsieg der Linken zu feiern. Sie verbanden mit diesem Sieg die Hoffnung auf baldige Veränderung, auf Reformen, auf sozialen Fortschritt. Geändert hat sich jedoch in Wirklichkeit nicht viel. Nach wie vor ist es die DC, die den Massen ihren Willen aufzwingt und die Revisionisten machen mit ihnen den "historischen Kompromiß" und widersetzen sich entschieden jeder Perspektive der Einheitsfront gegen die Reaktion. Die Reaktion kann nur geschlagen werden durch die Einheitsfront der Arbeiter- und Volksmassen, diese Einheitsfront kann nur zustandekommen auf den Trümmern des "historischen Kompromisses". Der Kampf gegen Reaktion und Kapital ist daher untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen Revisionismus und Klassenversöhnlertum.
Die Einheitsfront der italienischen Arbeiterklasse und der Volksmassen schmiedet sich in den Kämpfen in den Fabriken, den Wohnvierteln, den Schulen und Universitäten. Sie ist allerdings noch nicht soweit gediehen, um auf der Ebene der Ausübung der Macht eine konkrete Alternative aufzuzeigen. Solange diese Perspektive jedoch konkret noch nicht existiert, solange das Hindernis des "historischen Kompromisses" noch nicht von den Kämpfen beseitigt worden ist, solange haben die Wachablösen in der Regierungsausübung der DC nur wenig Bedeutung. Die jüngste Regierungskrise (die 33. seit dem Bestehen der italienischen Republik!) war von den Sozialisten provoziert worden, die mit Recht befürchten müssen, zwischen der DC und der KPI erdrückt zu werden.
Das Ergebnis der Regierungskrise war die Bildung eines monocoloren Minderheiten-Kabinettes Moro, des schwächsten in der Geschichte des italienischen Parlamentes, das dessen ungeachtet dieselbe volksfeindliche Politik fortführt - mit der Duldung und indirekten Unterstützung der Sozialisten und der KPI.

Der Weg, den Italien einschlagen wird, wird jedenfalls nicht von den Parlamentariern, sondern von den Volksmassen entschieden werden.

K.P.Sch.

Fortsetzung **... 25: Parteitag**

Das sowjetische Volk, das unter völliger politischer Rechtlosigkeit, verstärkter Ausbeutung und allen Übeln der kapitalistischen Entwicklung leidet, soll mit Versprechungen auf einen höheren Lebensstandard bei der Stange gehalten werden. Diese kommen allerdings in immer grösseren Widerspruch zur Wirklichkeit.

Der 10. Fünfjahresplan - Ausdruck der Militarisierung derVolkswirtschaft

Der neunte Fünfjahresplan der UdSSR (1971 - 1975) ist zweifellos gescheitert. Die gesamte Industrieproduktion wuchs in den Jahren 1971 - 75 um 43 %, die Produktion von Konsumgütern nur um 37 %, obwohl Breschnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU 1971 eine "wesentliche Hebung des Wohlstandes der Werktätigen" als die Hauptaufgabe bezeichnet hatte. In vier Jahren des Jahrfünfts blieben die Ergebnisse der Landwirtschaft weit unter dem Plansoll. Im Jahre 1975 betrug die Getreideernte, wie die "Prawda" im Jänner zugeben musste, mit 14o Mill. t unter dem Plansoll von 215 Mill t. Das hat bereits zu Appellen zu sparsamem Brotverbrauch in der Presse, in den Restaurants und Geschäften der Sowjetunion geführt. Wie die Agentur Reuter aus Moskau meldet, sind Brot und Semmeln in den letzten Wochen kleiner geworden, und an Wochenenden herrscht in den Stadtbäckereien grosser Andrang von Bauern aus der Umgebung, die sich mit grossen Mengen eindecken (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.2.1976). Gleichzeitig kam es in den letzten Jahren zu vielen verschleierten Preissteigerungen, sodass von einer Hebung des Volkswohlstandes keine Rede sein kann.

Der 1o. Fünfjahresplan räumt bereits in den Planziffern radikal mit allen Versprechungen einer Hebung des Lebensniveaus der breiten Massen auf.
Er bestimmt wieder einen absoluten Vorrang für die Schwerindustrie, die um 38 - 42 % wachsen soll, während der Zuwachs der Konsumgüterindustrie nur 26 - 28 % betragen soll. Im Jahre 1976 wird deshalb die Steigerung der Konsumgüterproduktion nur 2,7 % ausmachen. Die landwirtschaftliche Produktion soll im neuen Plan nur mehr um 15 % wachsen und soll im Durchschnitt eine Getreideernte von 215 Mill. t erreichen, ein Ziel, das schon im alten Plan hätte erreicht werden sollen.
Begründet wird dies gegenüber dem russischen Volk mit der Aufgabe, die "Qualität der Produktion" zu erhöhen, was natürlich nur durch verstärkte Investitionen in der Schwerindustrie, z.B. die Produktion der Produktionsmittel, geschehen kann (Prawda, 1o.2.76). In der sowjetischen Armeezeitung "Roter Stern" aber werden die wahren Gründe des Vorranges für die Schwerindustrie genannt:
"Man muss auf dem gegenwärtigen Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte die gesamte Schwerindustrie als die Grundlage für die militärische Macht des Staates betrachten...."
Im einzelnen nennt die Zeitung folgende Industriezweige als besonders wichtig für die Rüstung: Produktion von Spezialmetallen, Maschinenbau, Produkte der Schwerchemie, der Energiewirtschaft.
Der Schwerpunkt dieses Fünfjahresplanes liegt in der Bereitstellung der Grundlagen für eine militärische Aufrüstung und in der Aufrüstung selbst. Der Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen betrug bereits 1974 19,6 %, das ist mehr als im Hitlerdeutschland vor dem 2. Weltkrieg.
Dass für die Sozialimperialisten der Schlüssel zur Bewältigung ihrer ungeheuren Aufrüstung bei wachsendem ökonomischen Chaos in der Steigerung der Ausbeutung liegt, sagen sie selbst: "Sowjetunion heute" behauptet, dass das "Schlüsselproblem der sowjetischen Wirtschaft .... die Verbesserung der Arbeitsqualität" und "der Arbeitsdisziplin" ist (eben da 21/75). Bedenkt man, dass in der Sowjetunion breite Rationalisierungswellen auf der Tagesordnung sind, der Akkord verschärft, Schichtarbeit eingeführt wird, so kann man mit Sicherheit sagen, dass das neue Planjahrfünft nicht eine Besserung der Lage der Volksmassen bringen wird sondern neuerliche Verschlechterungen.
Die Herren Sozialimperialisten haben aus der bolschewistischen Partei Lenins und Stalins eine Partei aus Vertretern der bürokratischen Monopolkapitalisten gemacht. Sie nutzen den Parteitag, um ihre Politik verstärkt auf die Eroberung der Weltherrschaft auszurichten. Sie sind die gefährlichsten Kriegstreiber; während die US-Imperialisten vor den Augen der Völker völlig blossgestellt sind und eine Schlappe nach der anderen einstecken müssen, muss die sozialimperialistische Sowjetunion die USA erst aus ihren Positionen drängen um zum Ziel zu gelangen.
Imperialisten greifen in einer Situation, in der für sie keine anderen Möglichkeiten mehr bestehen, Absatzmärkte und Einflussphären zu erweitern, zum letzten Mittel - dem Krieg, um ihre Absichten zu verwirklichen. Die russischen Sozialimperialisten sind hier keine Ausnahme, obwohl sie nach aussen hin als Friedensengel auftreten.

R.K./E.U./Red.

DDR : Streik algerischer Gastarbeiter

Im Braunkohlenwerk "Schwarze Pumpe" bei Hoyerswerda, DDR, streikten im Oktober vergangenen Jahres die dort beschäftigten algerischen Arbeiter. Sie forderten höhere Löhne und menschenwürdige Unterkünfte. Die 5 000 algerischen Arbeiter in der DDR arbeiten dort auf Grund eines Vertrags zwischen den Regierungen der beiden Länder, der ein bestimmtes Lohnminimum für sie vorsieht. Die algerischen Arbeiter im Werk "Schwarze Pumpe" wurden weit unter diesem Minimum bezahlt. Zunächst weigerten sich die DDR-Behörden, überhaupt auf die Forderungen der algerischen Kumpel einzugehen. Als diese ihre Kampfmaßnahmen fortsetzen, und verlangten, daß sie Wohnstätten bekämen, wie man es ihnen versprochen hatte, änderte die DDR-Bürokratie ihre Taktik. Sie gab den Forderungen teilweise nach und wartete ab, bis sich die Unruhe unter den Kollegen etwas gelegt hatte. Daraufhin wurden die Streikführer der algerischen Arbeiter in ihre Heimat zurückgeschickt. Gesetzlich entsprach das durchaus den Bestimmungen, die die DDR für solche Fälle vorsieht: die Algerier sind an die Arbeitsgenehmigung durch ein bestimmtes Werk in der DDR gebunden und können auf dessen Veranlassung jederzeit zurückgeschickt werden. Darüberhinaus ist es den Arbeitern verboten, ihre Familien mitzubringen. Praktisch unterscheidet sich das nicht vom "Ausländerbeschäftigungsgesetz", das sich die österreichische Bourgeoisie im letzten Jahr geschaffen hat. Hier wie dort werden ausländische Arbeiter als besonders billige Arbeitskraft eingesetzt zum Zweck der Steigerung der Profite, der Spaltung und Schwächung der gesamten Arbeiterklasse. Hier wie dort unterliegen sie besonderer Entrechtung und Unterdrückung. Diejenige in der DDR verkauft diese alte Praxis der Kapitalisten als "internationale Arbeitsteilung" und "Hilfe für die Entwicklungsländer". Was für eine "Hilfe" das ist, enthüllten die algerischen Arbeiter bei ihrer Rückkehr: Man hat ihnen für die Zeit ihres Aufenthalts eine qualifizierte Ausbildung versprochen. Tatsächlich sind sie die ganze Zeit nur als Hilfsarbeiter zum Einsatz gekommen und hatten nie die Möglichkeit erhalten, sich größeres Fachwissen im Dienst ihrer Heimat anzueignen.

a.g.

Das alba

In Albanien, dem leuchtenden Bollwerk des Sozialismus an der Adriaküste - praktisch vor unserer Haustür, ist gegenwärtig eine große und wichtige politische Debatte im Gang: am 21. Jänner wurde der Entwurf für eine "Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien" (SVRA) veröffentlicht. Bevor sie von der Volksversammlung, dem höchsten Organ der Staatsmacht, beschlossen wird, wird der Text von alt und jung in jedem Winkel des Landes studiert, erläutert und diskutiert. Bereits am Tag der Veröffentlichung wurden in den Arbeiterzentren, in den Dörfern, Schulen und Militäreinheiten erste Versammlungen abgehalten, um den Text bekannt zu machen.

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ist aber nicht nur ein wichtiges historisches Ereignis für das albanische Volk, es ist auch eine große Ermutigung für das internationale Proletari at und die Völker der ganzen Welt, insbe-

Die ökonomische Basis des Sozialismus wurde in Albanien vollständig errichtet; das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln hat das Privateigentum ersetzt. Hieß es in der alten Verfassung noch: "Der Staat übt eine allgemeine Kontrolle über den Sektor der privaten Wirtschaft aus", legt der Entwurf der neuen Verfassung entsprechend dem tatsächlichen Stand der Entwicklung fest: "In der sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine ausbeutenden Klassen; das Privateigentum und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind beseitigt und verboten" (Artikel 15). Auf dieser Grundlage wurde aus einem völlig rückständigen Agrarland ein fortgeschrittenes Agrar-Industrieland, das zu einem neuen qualitativen Sprung ansetzt, um ein Industrie-Agrarland zu werden. Als erstes Land der Welt hat Albanien jegliche Steuern und Gebühren abgeschafft, was auch im Entwurf der Verfassung sanktioniert wird (Artikel 31). Die radikalen Veränderungen an der ökonomischen Basis und in der gesellschaftlichen Klassenstruktur ermöglichten auch große Veränderungen im politischen und ideologischen Überbau der albanischen Gesellschaft, wie z.B. den erfolgreichen Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus, die Verbesserung des Arbeitsstils und der Beziehungen zwischen den Kadern und den Massen, die Ausweitung der direkten Arbeiter- und Massenkontrolle, die Bewaffnung des ganzen Volkes, die Revolutionierung der Schulen, die Abschaffung der religiösen Einrichtungen, die Entwicklung und Festigung des sozialistischen Bewußtseins durch Massenkampagnen etc. Die ununterbrochene Revolutio-

nische Volk diskutiert eine neue Verfassung

sondere für die europäischen Völker. Denn das albanische Volk ist das einzige in Europa, das in seinem Staat die Macht besitzt und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Sozialismus errichtet. Eben diese großartige historische Realität kommt in der geplanten neuen albanischen Verfassung zum Ausdruck. Sie dient der Konsolidierung und Vervollkommnung des Staates der Diktatur des Proletariats in Albanien in der Etappe des vollständigen Aufbaus des Sozialismus. Sie besitzt gleichzeitig großen theoretischen und praktischen Wert, denn sie beinhaltet und sanktioniert die großen Prinzipien und Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, die die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) stets schöpferisch angewandt und in einem unerbittlichen Klassenkampf gegen die verschiedenen Abweichungen der modernen Revisionisten vom Schlage Titos, Chruschtschows, Breschnews etc. verteidigt hat und verteidigt. Alle Prinzipien und Bestimmungen im Entwurf der neuen Verfassung zeichnen den Aufriß eines wahrhaft sozialistischen Staats, einer wirklich proletarischen Gesellschaftsordnung. Es sind Grundzüge, die diesen Staat fundamental von den scheinbar sozialistischen Staaten unterscheiden, die in Wirklichkeit auf den Weg des Kapitalismus zurückgekehrt sind und eine bürgerliche Gesellschaftsordnung besitzen. Der Entwurf der Verfassung ist somit auch ein großer Beitrag des sozialistischen Albaniens zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis über die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus. Gleichzeitig bringt er die großen revolutionären Veränderungen zum Ausdruck, die während der letzten 30 Jahre, seit dem Sieg der Volksrevolution und seit der Billigung der ersten sozialistischen Verfassung am 14.3.1946 in Albanien durchgeführt wurden, und die eine neue Verfassung nötig machen.

nierung dieser Bereiche und die Ausübung der Diktatur auch in diesen Gebieten sind dringend notwendig, um die sozialistischen Errungenschaften verteidigen zu können. Dabei wurden auch im letzten Jahr neue große Erfolge erzielt. Die Einheit zwischen Volk und Partei wurde weiter gestärkt. Die revolutionäre Wachsamkeit, der Klassenkampf gegen Feinde aller Schattierungen, der inneren und äusseren, wurde erhöht. Im Jahr 1975 führte die albanische Arbeiterklasse einen erfolgreichen Kampf, um die Aufgaben des letzten Jahres des 5. Fünfjahrplans zu erfüllen. Bei der Steigerung der Produktion, beim Aufbau industrieller Großwerke und in der Landwirtschaft wurden beachtliche Erfolge erzielt, während die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt von der Krise geschüttelt wurde.

Festhalten an der Diktatur des Proletariats

Die reichen Erfahrungen und Siege des albanischen Volkes während der letzten Jahre und Jahrzehnte unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) sollen nun in der neuen Verfassung zusammengefaßt werden. Hauptaufgabe ist es dabei, die Generallinie der PAA beim Aufbau des Sozialismus zum Ausdruck zu bringen und dem Willen des albanischen Volkes Ausdruck zu verleihen, den Klassenkampf und die Revolution unter der proletarischen Diktatur fortzusetzen. In allen Punkten betont der Verfassungsentwurf die führende Rolle der Arbeiterklasse, der kommunistischen PAA und der Theorie des Marxismus-Leninismus:

ARTIKEL 2)

Die sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Arbeiter ausdrückt und verteidigt. Die sozialistische Volksrepublik Albanien stützt sich auf die Einheit des Volkes und hat zur Grundlage das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter Führung der Arbeiterklasse."

ARTIKEL 3)

"Die Partei der Arbeit Albaniens, Avantgarde der Arbeiterklasse, ist die einzige führende politische Kraft des Staats und der Gesellschaft. In der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die herrschende Ideologie der Marxismus-Leninismus, auf der Grundlage seiner Prinzipien entwickelt sich die ganze sozialistische Gesellschaftsordnung."

ARTIKEL 4)

Die sozialistische Volksrepublik Albanien entwickelt unaufhörlich die Revolution, indem sie am Klassenkampf festhält; ihr Ziel ist der endgültige Sieg des sozialistischen Wegs über den kapitalistische Weg und die vollständige Errichtung des Sozialismus und Kommunismus."

Im Gegensatz zu den kapitalistischen Staaten, in denen die Bourgeoisie und die modernen Revisionisten die Macht innehaben und die Interessen einer kleinen Minderheit von Ausbeutern gegen die überwältigende Mehrheit des Volkes mit jedem Mittel durchsetzen, hat der albanische Staat keinen Grund, seinen Klasseninhalt und seinen Charakter als Herrschaftsinstrument zu verschleiern: Das Ziel der Diktatur des Proletariats ist die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, und dieses Ziel kann nur erreicht werden unter der Führung der politischen Partei der Arbeiterklasse, die sich Staat, Armee, Erziehung, Wissenschaft, Kultur - alle gesellschaftlichen Bereiche unterordnen muß, um einen allseitigen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie führen zu können. Dabei muß sie sich aber fest auf die Massen stützen. Die sozialistische Demokratie für alle Werktätigen ist im Entwurf der albanischen Verfassung kein formales Recht, sondern im Gegenteil die unerläßliche Bedingung für die Existenz der Diktatur des Proletariats, für ihre Wahrung und permanente Konsolidierung. "Ohne sozialistische Demokratie" hat Genosse Enver Hoxha betont, "gibt es keine Diktatur des Proletariats, wie es keine wirkliche Demokratie für die Arbeiter geben kann ohne Diktatur des Proletariats." Die bürgerliche Demokratie ist eine verlogene und heuchlerische Demokratie, Demokratie für die Reichen, Betrug fürs Volk. Auch das bittere Beispiel der Sowjetunion und der anderen Staaten, wo die Macht von den modernen Revisionisten usurpiert wurde, zeigt gerade, daß die sozialistische Demokratie vollständig liquidiert wird, wenn Leute an die Macht kommen, die die Diktatur des Proletariats für passé erklären und so den kapitalistischen Elementen alle Möglichkeiten geben, wieder hochzukommen.

Die Wahrnehmung der demokratischen Rechte wird garantiert

Der Entwurf der albanischen Verfassung legt aber nicht nur die Rechte und demokratischen Freiheiten der albanischen Staatsbürger, sondern auch die unerläßlichen Garantien, Mittel und Maßnahmen für ihre wirkliche und praktische Wahrnehmung fest. Damit die Macht wirklich vom Volk ausgeht und dem Volk gehört, d.h. von ihm auch unmittelbat ausgeübt wird - wie es die Verfassung festlegt - sind im Entwurf u. a. folgende Bestimmungen vorgesehen:

ARTIKEL 7)

"In ihrer Arbeit stützen sich die vertretenden Organe und die anderen Staatsorgane auf die schöpferische Initiative der Arbeiter und der sozialen Organisationen; sie ziehen sie zur Regierung des Landes heran und legen vor dem Volk Rechenschaft ab."

ARTIKEL 8)

"Die Wähler haben das Recht, ihren Vertreter abzuberufen, sobald dieser ihr politisches Vertrauen verliert, nicht die Aufgaben erfüllt, die ihm aufgetragen wurdan oder gegen die Gesetze handelt."

ARTIKEL 9)

"Die Funktionäre dienen dem Volk, sie nehmen direkt an der Produktion teil und werden im richtigen Verhältnis zu Arbeitern und Bauern entlohnt, um die Entstehung einer privilegierten Schicht nicht zuzulassen."

ARTIKEL 10)

"Die Arbeiterklasse, als die führende Klasse der Gesellschaft, wie die übrigen werktätigen Massen üben eine direkte und organisierte Kontrolle über die Aktivität der Staatsorgane, der ökonomischen und sozialen Organisationen und ihre Angestellten aus, um die Siege der Revolution zu verteidigen und die sozialistische Ordnung zu stärken."

ARTIKEL 11)

"Das politische und ökonomische Leben in der SVRA entwickelt sich in Verbindung der zentralisierten Führung, der Selbsttätigkeit der lokalen Organe und der schöpferischen Initiative der werktätigen Massen im Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus."

Völlige nationale Souveränität!

Von besonderer Bedeutung sind die Bestimmungen im Entwurf der albanischen Verfassung, die sich auf das Prinzip der Ausübung der völligen nationalen Souveränität beziehen.

ARTIKEL 90)

"Das Territorium der SVRA ist unveräußerlich und seine Grenzen sind unverletzlich."

ARTIKEL 91)

"Die Verteidigung des Vaterlandes und der Siege des Sozialismus wird durch das bewaffnete Volk gewährleistet, organisiert in den bewaffneten Kräften der Volksarmee, den Kräften des Innenministeriums und den freiwilligen Kräften der Selbstverteidigung des Volkes. Die Volksarmee als die hauptsächliche Verteidigungskraft des Vaterlandes ist eine Armee, die dem Volk gehört und dem Volk dient. Die bewaffneten Kräfte werden kommandiert durch die PAA."

ARTIKEL 94)

"Es ist verboten, ausländische Militärbasen und Truppen auf dem Territorium der SVRA einzusetzen."

Um jeder Art der Verletzung der nationalen und ökonomischen Unabhängigkeit den Weg zu versperren, wird festgelegt:

ARTIKEL 26)

"Die Entwicklung der Wirtschaft und des ganzen sozialistischen Aufbaus in der SVRA gründet sich prinzipiell auf die eigenen Kräfte sowie auf die internationalistische Hilfe der anderen sozialistischen Staaten. In der SVRA ist es verboten, ausländischen Gesellschaften und anderen ökonomischen und finanziellen Institutionen oder mit kapitalistischen und revisionistischen Monopolen und Staaten gemischten Gesellschaften Konzessionen zu gewähren, zu bilden und von diesen letzteren Kredite zu nehmen."

Das sozialistische Albanien bekämpft scharf die imperialistischen Theorien der beiden Supermächte, die sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker richten, sei es in der Form der amerikanischen "internationalen Abhängigkeit" oder der russsichen "begrenzten Souveränität", "sozialistischen Arbeitsteilung" etc.

ARTIKEL 14)

"Die SVRA stellt sich jeder Form imperialistischer Aggression, kolonialer Ausbeutung, Vormundschaft, Diktat, Hegemonie, nationaler Unterdrückung und rassischer Diskriminierung entgegen. Sie hält an den Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker, der Ausübung der vollen nationalen Souveränität und der Gleichheit aller Länder in den internationalen Beziehungen fest."

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Kambodscha festigt die Volksmacht

Am 3. Jänner bestätigte der kambodschanische Ministerrat die neue Verfassung, die im Dezember des vorigen Jahres von den ungefähr 1.000 Mitgliedern des nationalen Volkskongresses angenommen wurde. Diese neue Verfassung formuliert die Errungenschaften des Kampfes um die nationale Befreiung.

- Der Artikel 1 spricht von einem unabhängigen, friedlichen, neutralen und blockfreien Kambodscha, einem Staat mit territorialer Einheit und Unverletzbarkeit der Grenzen. Das demokratische Kambodscha ist ein Staat der Arbeiter, Bauern und der anderen Werktätigen.
- In bezug auf die Wirtschaftsordnung heisst es: Alle wichtigen Produktionsmittel sind in den Händen des Volkes oder kollektives Eigentum der Volksgemeinschaften. Die Arbeiter sind die Herren der Fabriken, die Bauern die Herren der Landwirtschaft.
- Frauen und Männer haben die gleichen Rechte.
- Die Kultur ist nationalpopulär, fortschrittlich und richtet sich nach den Bedürfnissen der Verteidigung und des Aufbaues des Landes.
- Im Artikel 9 wird die Gerichtsbarkeit und die Exekutive in die Hände des Volkes gelegt. Die Volksgerichte gehen aus Wahlen in der Volksversammlung hervor.
- Kambodscha bekennt sich zu einer Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Nichteinmischung. In keinem Fall erlaubt es einem fremden Land, Militärbasen in seinem Territorium zu errichten und stellt sich gegen jede Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten. Das demokratische Kambodscha steht in einer Reihe mit den Völkern der 3. Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika und mit allen friedliebenden Völkern der Welt und unterstützt den Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus für die Unabhängigkeit, den Frieden, die Freundschaft, Demokratie, die Gerechtigkeit und den wahren Fortschritt der Welt.



Gruppen der gegenseitigen Hilfe beim Bau von Dämmen

- Jeder Staatsbürger Kambodschas geniesst voll das Recht auf materielles, moralisches und kulturelles Leben, dessen Bedingungen sich unaufhörlich verbessern. Jeder Staatsbürger wird mit allen Lebensmitteln versorgt. Die Werktätigen haben das Recht auf Arbeit. In Kambodscha gibt es auf keinen Fall Arbeitslosigkeit.

Die Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau sind auf die Linie, sich auf die eigenen Kräfte stützen, zurückzuführen. Einer Linie, die während des fünfjährigen Befreiungskampfes durchgeführt wurde. Das Volk bestimmt nun die Produktion, die Produktionsmittel sind verstaatlicht. Ausbeutung durch eine besondere Klasse, wie zur Zeit der imperialistischen Einmischung, gibt es nicht mehr. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist beseitigt.

Radio Demokratisches Kambodscha berichtete am 24. Jänner 1976 von neuen Erfolgen. Im ganzen Land hat sich die Produktion der Fabriken in Anzahl und Güte weit verbessert. Die Arbeiter machen immer neue Erfahrungen in der Produktion. Auch in der Landwirtschaft hat sich die Produktion erhöht. Im ganzen Land wurde eine grosse Anzahl von Staudämmen, Bewässerungsanlagen, Kanälen und Deichen errichtet. Die Anbaumethoden wurden verbessert. In Kambodscha gibt es keine Reisknappheit. Ja, vor wenigen Wochen schickte Kambodscha 5.000 Tonnen Reis nach Laos, um dort bei Schwierigkeiten auszuhelfen. Heuer wird das Land bereits wieder Reis exportieren. "Ein kleines Land kann ein grosses Land besiegen. Das haben wir bewiesen. Übrigens: Während die Lon Nol Bande, als sie von uns umzingelt war, aus der Luft mit Reis versorgt werden musste, haben wir sogar trotz des Krieges einen Reisüberschuss erzielen und exportieren können. Da sehen Sie, was die eigene Kraft imstande ist" (Sihanouk, erster Präsident des demokratischen Kambodscha, in einem Interview).

Die Lügen der bürgerlichen Presse, Kambodscha sei eine Kolonie Chinas, Sihanouk deren Marionette, es gäbe keine Demokratie für die Volksmassen, über Hungersnöte und Überfälle auf Thailand, usw. sind erneut aufgeflogen. In dieser neuen Verfassung spiegeln sich die wahren Verhältnisse wieder. Die oberste Vertretung, der Kongress der Volksvertreter Kambodschas, soll durch allgemeine freie Wahlen am 20. März 1976 zustande kommen. 150 Bauern, 50 Arbeiter und andere Werktätige und 50 Angehörige der Volksbefreiungsstreitkräfte sollen darin vertreten sein. In den Komitees der FUNK (Nationale Einheitsfront Kambodschas) nimmt das Volk auf den verschiedensten Ebenen an den politischen Entscheidungsprozessen teil.

Die "Unterentwicklung" der Industrie und der Landwirtschaft wird ebenfalls nach der Regel, "unabhängig sein und auf sich selbst zählen", bekämpft. "Für die Entwicklung der Landwirtschaft im Rahmen einer Politik, die sich auf die eigenen Kräfte stützt, werden alle Mittel aufgeboten. Das ganze Volk ist daran beteiligt: Männer, Frauen, Jugendliche, Alte, Kämpfer, Kämpferinnen und leitende Funktionäre sind für die Arbeiten in der Landwirtschaft mobilisiert. Unser Volk, das alle Hindernisse überwindet, widmet sich der Wiederaufrichtung der Wirtschaft und dem nationalen Aufbau und hat bereits befriedigende Ergebnisse erzielt. Mehr als vier Monate nach dem Kriegsende ist das ganze Territorium von Kambodscha ein riesiger Arbeitsplatz geworden, bedeckt von Reis- und anderen Feldern, die eine gute Ernte versprechen" (Ieng Sary, September 1975).

Die neue Verfassung stellt einen weiteren Höhepunkt im Kampf des kambodschanischen Volkes um seine Unabhängigkeit dar. Sie dokumentiert die Einheit des Volkes und die Herstellung der Volksmacht in diesem Land. Präsident Sihanouk sagte in einem Interview nach der Befreiung: "Diese Einheit (des Volkes) wird auch nach dem Sieg bleiben. Denn die FUNK (Nationale Einheitsfront Kambodschas), die politische Kraft, unter deren Führung der epochemachende Sieg errungen wurde, wird die einzige politische Kraft im Lande bleiben. Niemand ist demokratischer als sie. Die Bedrohung durch den Imperialismus hört nicht auf, unser Volk wird in Einheit das Land wiederaufbauen."

mh

FORTSETZUNG VON SEITE 25.

In jeder einzelnen Bestimmung der geplanten Verfassung drückt sich aus, daß der Staat der Diktatur des Proletariats der Arbeiterklasse und dem Volk gehört, um ununterbrochen auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus vorwärtszuschreiten, daß er den Willen und die Wünsche des werktätigen Volkes verkörpert. Die neue Verfassung wird eine wichtige Waffe in den Händen des albanischen Volkes sein, um diesen Staat und seine Errungenschaften weiter zu konsolidieren und wie den eigenen Augapfel zu schützen, um das Banner des Marxismus-Leninismus weiter hochzuhalten und revisionistische Abweichungen besser zu erkennen, zu kritisieren und gegen sie vorzugehen.

W.G.

Die Sozialimperialisten wollen das angolanische Volk unterwerfen

Fortsetzung von S. 28

lichung des Abkommens von Alvor bis zu dem Grad, daß die Differenzen zwischen den Organisationen über das gemeinsame Interesse der nationalen Unabhängigkeit zu überwiegen begann und in den brudermörderischen Kampf um die Macht umschlug. Im Kampf gegeneinander, und damit gegen Teile des eigenen Volkes, konnte sich natürlich keine der Befreiungsbewegungen voll auf die Volksmassen stützen. Sie waren auf immer mehr Waffenhilfe der Supermächte angewiesen, was deren Einfluß in Angola weiter vergrößerte.

Die USA, die durch die Niederlage des portugiesischen Kolonialismus ihre Kapitalanlagen und ihren ganzen Einfluß in Angola gefährdet sahen, verstärkten ihre schädlichen Manöver in trauter Eintracht mit den südafrikanischen Rassisten, versuchten das Land territorial zu zerstückeln und setzten in Angola auf die FNLA und die UNITA.

Die Sowjetunion, die in Angola nichts zu verlieren, aber sehr viel zu gewinnen hat, setzte auf die MPLA. Nachdem die Sowjetunion während des schärfsten Kampfes gegen die portugiesischen Kolonialisten jede Waffenhilfe für die MPLA eingestellt hatte (zwischen Jänner 1974 und dem Alvor-Abkommen), begann sie nach Abschluß dieses Vertrages massiv Waffen nach Angola zu schikken, darunter schwere Waffen, die den Befreiungsorganisationen während des Kampfes gegen den Kolonialismus nie zur Verfügung gestanden hatten. Sie hat dadurch genau das Gegenteil von dem getan, was Revolutionäre tun müssen und tun. Den Revolutionären kommt nicht die Aufgabe zu, die verschiedenen Strömungen einer nationalen Befreiungsbewegung gegeneinander aufzuhetzen, sondern ihre Einheit mit allen Kräften zu unterstützen, weil nur die Einheit den Sieg der Nation im Kampf gewährleisten kann.

Welche Interessen verfolgte nun die Sowjetunion bei ihren Interventionen in Angola? Sie befindet sich mit den USA in einem erbitterten Wettstreit um die Vorherrschaft in der Welt. Der USA-Imperialismus befindet sich im Niedergang und wird überall in der Welt bekämpft. Überall dort, wo er in Schwierigkeiten gerät, versucht die Sowjetunion sofort nachzustoßen. Aufgrund der strategischen Bedeutung ist Angola für die Sowjetunion genauso interessant, wie aufgrund der wirtschaftlichen Reichtümer. Die Sowjetunion hat ein Interesse daran, den USA-Imperialismus zu verdrängen und ihn zu ersetzen. Sie hat kein Interesse an der Unabhängigkeit der Völker, sondern versucht den jungen Nationalstaaten Militärstützpunkte und Landungsrechte abzuluchsen, und sie unter dem Deckmantel der militärischen und wirtschaftlichen "Hilfe" von sich abhängig zu machen. Ihre "Militärhilfe" besteht im Verkauf von Waffen zu Wucherpreisen, ihre "Wirtschaftshilfe" im Verkauf von Maschinen zu Wucherpreisen und den Einkauf von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zu niedrigen Preisen, wo sie hohe Profite erzielt. Wenn sie Kapital investiert, so schafft sie sogenannte "gemischte Gesellschaften", die nichts anderes als Varianten der multinationalen Konzerne sind und deren Ziel in der Gewinnung der Kontrolle über die Wirtschaft der afrikanischen Staaten besteht. Ist das vielleicht "fortschrittlicher" als die Politik der USA? Ist es nicht vielmehr richtig und unerläßlich die Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht zu bezeichnen, und ständig auf die große Gefahr hinzuweisen, die den Völkern der Welt von ihr drohen?

Der Freiheitskampf des angolanischen Volkes ist nicht beendet

Die chinesischen Genossen raten den Völkern der Welt eindringlich, im Kampf gegen den Imperialismus eine revolutionäre Taktik einzuschlagen, die darin besteht, " den Wolf bei der Vordertür hinauszujagen, ohne den Tiger bei der Hintertür hereinzulassen." Diese Taktik leitet sich davon ab, daß in der heutigen Welt nicht ein Imperialismus allein die Weltherrschaft anstrebt, sondern daß es zwei imperialistische Supermächte gibt, die sich jede Schwäche des Gegners zunutze machen, um sich in seiner Einflußsphäre niederzulassen. Die Befreiungsbewegungen Angolas sind den beiden Supermächten in die Falle gegangen. Nach wie vor steht in Angola die Aufgabe der Erkämpfung der nationalen, völligen Unabhängigkeit auf der Tagesordnung. Der Hauptfeind des angolanischen Volkes in diesem Kampf ist heute die sozialimperialistische Supermacht, die tausende von Militär"beratern" bis in Schlüsselpositionen des Landes gehievt hat und über deren Interesse zehntausend Soldaten einer regulären Einheit der kubanischen Armee (keine Freiwilligenbrigaden!) auf angolanischem Boden wachen.

Der Bürgerkrieg hat die Bedingungen für einen baldigen Sieg der angolanischen Nation im Freiheitskampf erheblich verschlechtert. Die siegreiche MPLA ist gezwungen, den wirtschaftlichen Aufbau und die politische Stabilität in einem Land zu bewerkstelligen, in dem sie große Teile der Bevölkerung nicht gewonnen, sondern militärisch bezwungen hat. Sie kann sich nicht in dem Maß auf die Massen stützen, das unbedingt notwendig ist für einen Wiederaufbau des Landes mit eigener Kraft. Sie ist mit den immer frecher en Forderungen der Sozialimperialisten nach "Gegenleistung" für die "Militärhilfe" konfrontiert und wird es aufgrund der politischen Zerrissenheit des Landes schwer haben, ihnen Paroli zu bieten.

Die VR-China war sich von Anfang an der Gefahr der Entwicklung in Angola bewußt und hat in jeder einzelnen Etappe ihre Außenpolitik konsequent auf die Interessen des angolanischen und der übrigen afrikanischen Völker ausgerichtet. Ihre Politik gegenüber Angola war und ist vom Geist des proletarischen Internationalismus durchdrungen, und erklärt sich keineswegs aus irgendwelchen großmachtchauvinistischen Rangeleien mit der Sowjetunion. Die KP-Chinas steht nach wie vor auf der Seite, auf der sie immer stand: auf der Seite der um die Befreiung kämpfenden Völker. Genosse Kubi sollte die Ereignisse in Angola sehr genau studieren und nicht vorschnell urteilen. Sonst besteht die Gefahr, daß er sich - im besten Glauben und mit ehrlichster revolutionärer Gesinnung - plötzlich auf einer Seite findet, die er gewiß nicht einnehmen möchte: auf der Seite der Befürworter und Helfershelfer des sowjetischen Sozialimperialismus und seiner aggressiven und expansionistischen Bestrebungen, die sich immer und überall gegen die Völker der Welt richtet.

K.P.Sch.

Donnerstag 11.3.1976 19³⁰ Porrhaus (Treitlstraße)

PROTESTVERANSTALTUNG GEGEN DEN BAU VON VÖEST-STAHLWERKEN IN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN

Ein Vertreter des ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) wird über die elende Lage, die Unterdrückung und den Kampf seines Volkes um die Erlangung der Freiheit und Unabhängigkeit berichten.

Es wird ein **SPRECHSTÜCK MIT DIAS** zu Rhodesien aufgeführt.

Auf Initiative des "Komitees Südliches Afrika" (KSA) arbeiteten verschiedene Organisationen eine gemeinsame Protesterklärung an die Bundesregierung aus. Darin heißt es:

"Die geplanten und laufenden Investitionen des verstaatlichten VÖEST-Alpine-Konzerns in Südafrika und Rhodesien stellen die bisher massivste Zusammenarbeit Österreichs mit den Rassistenstaaten dar. Sie bedeuten eine gewaltige Stärkung des Schwerindustrie- und Rüstungspotentials und damit der Kolonialmacht der Siedlerstaaten im südlichen Afrika...Die Völker von Azania (Südafrika) und Zimbabwe (Rhodesien) kämpfen gegen diese Staaten, weil sie sich von Unterdrückung und Ausbeutung nur befreien können, wenn sie die rassistischen Kolonialregimes stürzen. Unterstützung für diese Regime heißt, die Unterdrückung der dort lebenden afrikanischen Nationen zu verstärken. Sie dient dazu, den dortigen Kolonialisten die Kraft zu geben, die Afrikaner weiterhin der fundamentalsten Rechte zu berauben. Wir rufen daher alle Menschen, die gegen Rassismus und Kolonialismus sind, auf, gegen die Projekte der VÖEST-Alpine zu protestieren. Die österreichische Regierung fordern wir auf, alle Maßnahmen zu treffen, um den Bau der VÖEST-Projekte in Südafrika und Rhodesien zu verhindern!"

Bisher beteiligen sich folgende Organisationen: GRM, KSA, KB Wien, MLS, VUV, RSB, Iran.Studenten, Kurdische Studenten, Nationale UNION Syr.Studenten, SASSUA (Südafrikanische Studentenunion in Österreich), KSA-Linz

---

Der KB Wien unterstützt diese Initiative voll und ganz. Die Völker von Zimbabwe (Rhodesien), Azania (Südafrika) und Namibia haben den Kampf um ihre Befreiung und Selbstbestimmung gegen die rassistischen Siedlerregimes und ihre imperialistischen Freunde aufgenommen und führen ihn mit großer Entschlossenheit. Die österreichischen Imperialisten nutzen gerade die Unterdrückung der Völker, um große Profite zu machen. Die österreichische Arbeiterklasse kann an diesen Geschäften "ihrer" Bourgeoisie" kein Interesse haben, denn sie steht dann einer gestärkten Kapitalistenklasse gegenüber, die ihre Profite zur Steigerung der Ausbeutung der österreichischen Arbeiter verwendet. Der österreichische Imperialismus und sein Geschäftsträger, die Bundesregierung sind unser gemeinsamer Feind. Der Freiheitskampf der Völker von Zimbabwe, Azania und Namibia muß unser Kampf sein!

KEINE VÖEST-STAHLWERKE IN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN!



Das Volk von Zimbabwe läßt sich von den Polizeischergen des rhodesischen Siedlerregimes nicht mehr einschüchtern.

Zur Unterstützung des angolanischen Volkes ist Klarheit über seine Feinde notwendig

Die Ereignisse in Angola haben bei vielen revolutionär und fortschrittlich gesinnten Menschen, darunter auch in den Reihen der Marxisten-Leninisten,beträchtliche Verwirrung angerichtet.Der Grund dafür liegt darin, daß viele über die internationale Lage und dieEntwicklung in Angola nur wenig Klarheit haben. Diese Gelegenheit haben die Revisionisten und Trotzkisten benutzt, um ihre Hetzpropaganda gegen die KP Chinas und alle Marxisten-Leninisten zu verstärken und den Leuten über den imperialistischen Charakter der sowjetischen Supermacht Sand in die Augen zu streuen.
Wir halten es für unbedingt notwendig, daß über diese Fragen Klarheit geschaffen wird.Dazu ist ihre breite und öffentliche Erörterung erforderlich.Wir drucken deshalb einen uns zugesandten Leserbrief und die Antwort eines Genossen des KB dazu ab.

Red-

Leserbrief

Während die vorhandenen Gegensätze im Vietnam-Befreiungskrieg nicht imstande waren, die solidärische Hilfe der VR China und der Sowjetunion entscheidend zu stören, sie lief weiter trotz Hindernissen und gegenseitigen Beschuldigungen, ist die Situation in Angola viel ernster.
Die offizielle chinesische Argumentation zur Angola-Frage lautet: "Die Spaltung und der Bürgerkrieg in Angola ist zur Gänze das Resultat der Rivalität zwischen den beiden Supermächten und insbesondere der unverhüllten Expansion und groben Einmischung durch jene Supermacht, die unter dem Firmenschild Sozialismus agiert." ("Peking Rundschau", Nr. 50 v. 15.12.1975.)
In den letzten 3 Nummern der "Peking Rundschau" 50, 51, 52, die zeitlich in die Periode der Verschärfung des Konfliktes hineinfallen und die in verschiedenen Artikeln und Notizen sich mit der Angola-Frage befassen, wird die "grobe Einmischung der sowjetischen Supermacht" als die Hauptgefahr für die Unabhängigkeit Angolas bezeichnet.
Bemerkenswert und geradezu auffallend ist, daß der Einsatz regulärer südafrikanischer Truppen, portugiesischer Fremdenlegionäre und Söldner mit keinem Wort erwähnt wird.
Die gesamte Weltpresse brachte die Informationen, daß sowohl im amerikanischen Senat als auch im "Christian Science Monitor" authentische Nachrichten veröffentlicht wurden, daß die Sowjetunion erst Waffen sandte, als die USA über Südafrika und Zaire mit 60 Millionen Dollar und Waffen für die FNLA und UNITA in Angola intervenierte. Wohlgemerkt es handelt sich hier um westliche Quellen.
Der Leser der "Peking Rundschau" wird diese in der ganzen Welt verbreiteten Informationen vergeblich suchen. Sie fehlen - absichtlich. Denn sie passen nicht in das Bild der "Hauptgefahr der sowjetischen Supermacht".

In einem Interview das der Präsident der Volksrepublik Angola, Neto, dem Sonderkorrespondenten der "Le Monde" in der letzten Dezemberwoche gab, erklärte dieser zur Frage der sowjetischen Hilfe:
"Wir sind keine Satelliten, weil uns die UdSSR Waffen liefert. Niemals haben wir die Sowjetunion gefragt, wie wir unseren Staat organisieren sollen. Wieder ist es das State Department, das erneut als Hauptagent des internationalen Imperialismus fungiert. Die Südafrikaner wollen über Angola herrschen. Die Südafrikaner haben schon immer gesagt, daß ihre Verteidigungslinie durch Angola und Mozambique verläuft. Deshalb wollen sie unser Land völlig besetzen um die Sicherheit zu haben, den ganzen Teil des südlichen Afrikas zu kontrollieren. Sambia, Zimbabwe und vielleicht Mozambique werden dann unter den Schlägen von Prätoria fallen."
Zur Frage über das Ende jeder ausländischen Intervention in Angola antwortete Neto dem Korrespondenten der "Le Monde":
"Wir sind ein souveräner Staat und werden jeden den wir wollen ersuchen uns bei der Verteidigung der Integrität unseres Landes, unserer Wirtschaft und unseres nationalen Wiederaufbaus zu helfen. Wenn die Amerikaner über die Beendigung der ausländischen Intervention sprechen, dann verlangen sie nichts anderes als die Entfernung der sozialistischen Kräfte, genauer gesagt aller jener, die uns helfen bei der Erreichung unseres Zieles: zu vermeiden, daß Angola eine amerikanische Neo-Kolonie wird."
Die Spaltung der Organisation der afrikanischen Staaten auf der Konferenz von Addis Abbeba und die Unterstützung der FLNA und UNITA durch die USA und dem südafrikanischen Rassisten-Regime und "die Neutralität" seitens der VR China in diesem Konflikt sind eine Gefahr für die Unabhängigkeit Angolas.

Es ist bedauerlich, daß die VR China ihre während des Befreiungskrieges des vietnamesischen Volkes bewiesene Solidarität nicht auch der antiimperialistischen Bewegung in Angola erweist.
Ist es denkbar, daß die Hilfe der Sowjetunion für die MPLA es der VR China unmöglich macht eine eindeutige marxistische Haltung in der Angola-Frage einzunehmen?

Es ist gar nicht so lange her, daß die Sowjetunion von der VR China wegen der Unterstützung des reaktionären Lon-Nol-Regimes in Kambodscha mit Recht kritisiert wurde. Wo steht die KP China heute?

KUBI

Die Aufgaben der angolanischen Revolution

Der Marxismus vertritt die Ansicht, dass die gesellschaftlichen Veränderungen durch die Widersprüche bewirkt werden zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte auf der einen,und den Fesseln dieser Produktivkräfte,durch die bestehenden Produktionsverhältnisse,auf der anderen Seite auferlegt sind.
In einem kolonialen und halbkolonialen Land wie Angola bestehen diese Fesseln in der Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus, die eine unabhängige Entwicklung des Landes unmöglich machen.
Welche Klassen haben ein Interesse an der Abstreifung der dem Land durch den Imperialismus auferlegten Fesseln?In erster Linie das Proletariat, das unter der kolonialen und imperialistischen Herrschaft in menschenunwürdigen Bedingungen zu leben gezwungen ist, um durch seine Arbeit die gigantischen Profite der internationalen Finanzhyänen zu vermehren.Ihm zur Seite steht die Klasse der Bauern, die seit Jahrhunderten von den weissen Kolonialisten ausgebeutet und in Elend und Unwissenheit gehalten wird.Diese beiden Klassen bilden die Hauptkraft der Revolution.
Aber auch die entstehende angolanische Bourgeoisie hat ein Interesse darau, die Ketten des Imperialismus zu zerbrechen.Solange der Imperialismus die Reichtümer Angolas ausbeutet, ist es für sie nicht möglich, das Kapital in ihren eigenen Händen zu konzentrieren.
Die angolanische Nation, die aus diesen drei Klassen hauptsächlich besteht, hat also ein gemeinsames Interesse daran, das Joch von Imperialismus und Kolonialismus abzustreifen.
Der Hauptwiderspruch in Angola ist der zwischen der Nation auf der einen und dem Kolonialismus und Imperialismus auf der anderen Seite. Innerhalb der Nation bestehen natürlich die Widersprüche zwischen den Klassen weiter.Es handelt sich dabei jedoch um Nebenwidersprüche, das heisst um Widersprüche, die unter den Bedingungen des Kampfes gegen den Hauptfeind in Hinblick auf die konsequente und einheitliche Führung dieses Kampfes ausgetragen werden müssen.Wird dieser Kampf einmal siegreich zu Ende gehen und Angola frei und unabhängig sein, werden die heutigen Nebenwidersprüche selbstverständlich an die erste Stelle rücken und den Charakter von Hauptwidersprüchen annehmen.Der gegenwärtige Inhalt der angolanischen Revolution ist jedoch antiimperialistisch, woraus folgt, das die Arbeiterklasse als konsequenteste antiimperialistische Kraft die Führung dieses Kampfes erringen und sich fest mit allen antiimperialistischen Kräften, auch den inkonsequentesten, zusammenschliessen muß, um Imperialismus und Kolonialismus zu schlagen und ein freies und unabhängiges Angola zu errichten.

Vietnam und Angola

Wie man das macht, hat die vietnamesische Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunisten die Völker der Welt gelehrt. In langen und harten Kämpfen hat sie die Hegemonie im Kampf gegen den Imperialismus errungen; alle, wirklich alle möglichen Bündnispartner einschliesslich der unzuverlässigsten und schwankendsten wie die Buddhisten und die "dritte Kraft" in den nationalen Befreiungskampf einbezogen und die Einheit der Nation stets an die erste Stelle gesetzt.Es ist ihnen sogar gelungen, Elemente auf ihre Seite zu ziehen, die an das Thieu-Regime gebunden waren und damit maximal die Marionettenclique und das Marionettenheer unter der Bevölkerung politisch zu isolieren.
Die Entwicklung des Befreiungskampfes in Angola unterscheidet sich von dem Gang derGeschichte in Vietnam beträchtlich.In Angola war es den fortgeschrittensten Kräften in der antikolonialen Bewegung nicht gelungen, die Einheit des Volkes herzustellen.Es gab nicht eine, sondern drei Befreiungsorganisationen, vereint im Ziel der Erringung der nationalen Unabhängigkeit, jedoch von unterschiedlicher Konsequenz in der Führung des Kampfes.Wir waren stets der Meinung und sind es auch heute noch, daß die MPLA unter den drei Befreiungsorganisationen jahrelang die fortgeschrittenste Kraft bildete und haben zugleich darauf hingewiesen, daß die Spaltung der antiimperialistischen Front ein schwerer Nachteil für den angolanischenBefreiungskampf ist, weil die Imperialister und Kolonialisten diese Spaltung ausnützen können zu ihrer subversiven Taktik der Infiltration in Angola.
Mit grosserFreude haben wir daher das Abkommen von Alvor vom 15.1.75 begrüsst, durch das die portugiesische Regierung gezwungen wurde,Angola am 11.11.75die Freiheit zu gewähren und die Macht einer gemeinsam von Repräsentanten der MPLA,FNLA und UNITA gebildeten Regierung zu übergeben.Das Abkommen von Alvor lag zutiefst im Interesse des Weges der angolanischen Nation zurFreiheit und Unabhängigkeit.Es ist klar, das dieses Abkommen von Anfang an auf den heftigen Widerstand aller an Angola interessierten Imperialisten und Kolonialisten stoßen musste.
Ist das Volk einig und stark, schwinden damit ihre Chancen, die unterdrückerische Herrschaft über das Volk aufrechtzuerhalten.
Sie setzten daher alles daran, um die Widersprüche zwischen den Befreiungsbewegungen zu verschärfen und zu vertiefen. Auf diese Gefahr wies Genosse Tschu En-lai in einem Telegramm an die Führer der drei Befreiungsorganisationen Neto, Holden und Savimbi hin: "Die Unterzeichnung des angolanischen Unabhängigkeitsabkommens ist ein grosser Sieg des heroischenangolanischen Volkes...Selbstverständlich ist das Abkommen vorerst nur beschriebenes Papier und es ist noch ein weiterer, schwerer Kampf notwendig, um alle Bestimmungen in die Tat umzusetzen. Alte kolonialistische Kräfte wollen nicht freiwillig von der Bühne abtreten und neokolonialistische Kräfte aller Schattierungen werden jede Gelegenheit suchen, Unruhe zu stiften und Sabotage zu betreiben. Der Kampf des angolanischen Volkes für die völlige nationale Unabhängigkeit bleibt noch von langer Dauer und ist windungsreich." (zit.n. Peking Rundschau 6/1975)

Die beiden Supermächte schüren den Bürgerkrieg

Nach der Unterzeichnung des Unabhängigkeitsvertrages mit Portugal, der die Niederlage des portugiesischen Kolonialismus besiegelte und den Weg des Aufbaus in nationaler Unabhängigkeit für Angola freimachte, stellte die VR-China jede neue Militärhilfe für alle drei Befreiungsorganisationen ein (siehe die Rede von Tjiao Guan Hua auf der UNO-Vollversammlung,Peking Rundschau Nr. 40/1975). Diese Haltung der VR-China war konsequent und richtig. Der Hauptfeind war geschlagen, die portugiesischen Truppen waren zum Abzug gezwungen worden. Wer nach dem Vertrag von Alvor weiter Waffen nach Angola schickte, konnte damit nur bezwecken, die drei Befreiungsorganisationen gegeneinander aufzuhetzen,die Widersprüche zwischen ihnen auszunützen, um sich in Angola gegen den Willen des Volkes halten bzw. festsetzen zu können.
Genau das taten und bezweckten die beiden Supermächte USA und Sowjetunion. Sie torpedierten die Einheitsbestrebungen der Befreiungsbewegungen im Kampf um die Verwirk-

FORTSETZUNG SEITE 27